

3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Gut für Sachsen-Anhalt: Solidarität statt Ellenbogen

(Entwurf des Landtagswahlprogramms – beraten in der Sitzung des Landesvorstandes am 16. November 2020)

**Arbeitsgrundlage für die Beratung zum Programmkonvent
am 28. November 2020**

41	Inhaltsverzeichnis	
42		Seite
43	Präambel: Nur ein starker Sozialstaat schützt uns vor der Krise	3
44	Teil I: Gerechtigkeit, die wir meinen	5
45	I.1 Gute Arbeit: Sachsen-Anhalt verdient besseres	5
46	I.2 Soziales: Sicher und gerecht durch die Krise	9
47	I.3 Gesundheit: Gemeinwohl statt Profite	11
48	I.4 Gerechtigkeit ist weiblich	12
49	I.5 Senior*innen: Für einen guten Lebensabend in Sachsen-Anhalt	15
50	I.6 Ostdeutsch: Selbstbewusst und Selbstbestimmt	16
51	Teil II: Fortschritt, den wir meinen	17
52	II.1 Wirtschaft: Ein Investitionspaket für Sachsen-Anhalt schnüren	17
53	II.2 Energiewende: Sozial, ökologisch und vor Ort	20
54	II.3 Klimaschutz: CO ₂ -Ausstoß reduzieren, Naturschutz verbessern	22
55	II.4 Land- und Fortwirtschaft: Ausverkauf stoppen, Wälder retten	25
56	II.5 Digitalisierung: Teilhabe statt digitaler Spaltung	29
57	II.6 Entwicklungspolitik: Globale Gerechtigkeit, die wir meinen	31
58	Teil III: Bildungsgerechtigkeit, die wir meinen	32
59	III.1 Schule: Wir werden den Mangel beenden!	32
60	III.2 Kitas und Jugend: Beitragsfrei für Alle	35
61	III.3 Studium und Wissenschaft fördern	37
62	Teil IV: Zusammenhalt, den wir meinen	40
63	IV.1 Ländliche Räume und kommunale Selbstverwaltung	40
64	IV.2 Verkehr: Angebote für Stadt und Land	41
65	IV.3 Stadtentwicklung und Wohnen: Bezahlbar, familienfreundlich und altersgerecht	43
66	IV.4 Kultur: Kreativ und solidarisch	45
67	Teil V: Vielfalt braucht Solidarität	47
68	V.1 Queeres Sachsen-Anhalt: Diskriminierung überwinden	47
69	V.2 Integration statt Abschottung	48
70	V.3 Sachsen-Anhalt barrierefrei	51
71	Teil VI: Demokratie, wir meinen	52
72	VI.1. Bürgerbeteiligung und Volksgesetzgebung in Schwung bringen	52
73	VI.2 Justiz: Bürgernah und gerecht	53
74	VI.3 Inneres, Feuerwehr und Bevölkerungsschutz	57
75	VI.4 Staatsziel Antifaschismus	61
76	VI.5 Für Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat	62
77	VI.6 Bundes- und Europapolitik	63
78	VI.7 Für eine plurale Medienlandschaft	63
79	Teil VII: Wer bezahlt die Rechnung für die Krise?	64
80	Teil VIII: Ohne Frieden ist alles andere nichts: Nein zum Krieg! Nein zur Rüstung!	67
81		

82 **Präambel: Nur ein starker Sozialstaat schützt uns vor der Krise**

83 Die Wucht der andauernden Corona-Pandemie hat Sachsen-Anhalt, Deutschland und die gan-
84 ze Welt hart getroffen. Wir sind im Anfang der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.
85 Ihre Folgen werden uns weit über die nächsten Landtags- und Bundestagswahlen beschäfti-
86 gen. Das Corona-Management des Bundes und des Landes hat bei der Eindämmung der zwei-
87 ten Welle der Pandemie versagt.

88

89 Unter der Krise leiden vor allem diejenigen, die ohnehin schon zu wenig Geld für sich und ihre
90 Familien haben. Den deutschen Milliardären geht es dagegen immer besser. Ihr Vermögen ist
91 seit einem Jahr um knapp 100 Milliarden gewachsen. Dies ist Sinnbild herrschende Politik,
92 die das Auseinanderdriften der Gesellschaft hinnimmt. Wer DIE LINKE wählt, wählt soziale
93 Sicherheit und stärkt eine Kraft gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte, Ver-
94 sicherte und Rentner*innen und Patient*innen. Wer DIE LINKE wählt, stärkt eine Kraft, die
95 sich gegen sinnlose Rüstungsausgaben wendet und die Gelder für eine Bildungsoffensive ein-
96 setzen wird. Schulen und Kitas, statt Panzer und Kriegsschiffe! Und fast zwei Drittel der Bür-
97 gerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts, darunter auch viele CDU-Anhänger, wollen eine Ver-
98 mögensabgabe zur Bewältigung der Krisenlasten, wie sie DIE LINKE fordert.

99

100 Die wirklichen Leistungsträger dieser Gesellschaft, die durch ihre tägliche Arbeit den Reich-
101 tum schaffen, müssen endlich bessere Löhne erhalten. Das gilt vor allem für die „systemrele-
102 vanten Berufe“, die übrigens mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Gerade während des
103 Lockdowns konnten wir sehen, wie sehr Frauen unsere Gesellschaft mit ihrer Arbeit zusam-
104 menhalten. Genau diese Tätigkeiten werden aber schlecht oder gar nicht bezahlt. Gesell-
105 schaftlich notwendige Arbeit muss jetzt und für die Zukunft neu bewertet werden. Auch hier
106 hat der Markt versagt. Nur ein starker Sozialstaat wird dafür sorgen, dass weibliche Fürsor-
107 gearbeit so bezahlt und so wertgeschätzt wird, wie sie es verdient. Nur ein starker Sozialstaat
108 kann zum Rettungsanker für Selbstständige und Kleine Unternehmen werden.

109

110 Die Stärke der LINKEN wird mit darüber entscheiden, ob die enormen Möglichkeiten der öf-
111 fentlichen Hand in Sachsen-Anhalt endlich zu einer wirksamen Krisenbekämpfung eingesetzt
112 werden, ob Massenarbeitslosigkeit und neue Privatisierungen abgewendet werden können,
113 ob wir künftig bessere Krankenhäuser und bessere Pflegedienste in Sachsen-Anhalt haben
114 werden, ob der Mangel an den Schulen beendet wird. Ohne uns wird es keine Entschuldung
115 der Kommunen geben. Unsere Stärke ist entscheidend, wenn es um die Bekämpfung alter
116 und neuer Nazis geht.

117

118 Nicht Sachsen-Anhalt ist schwach, sondern sein Ministerpräsident, seine Regierung und seine
119 zerstrittene und verzagte KENIA-Koalition sind es. Diese Regierung regiert nicht und diese
120 Koalition gestaltet nicht, sondern verwaltet den Mangel. Während andere Landeregierungen
121 die historisch einmalige Niedrigzinsphase sowohl für den Ausgleich der besorgniserregenden
122 Steuerausfälle nutzen, als auch eigene zusätzliche Hilfs- und Konjunkturprogramme auflegen,
123 versagt das Kabinett Haseloff in diesen beiden Punkten. So werden mitten in der Krise die
124 Landesfinanzen gegen die Wand gefahren. Wie sehr wir in Sachsen-Anhalt eine neue Politik
125 brauchen, zeigt sich vor allem im ländlichen Raum. Über viele Jahre hinweg - zuerst unter
126 Böhmer & Bullerjahn, jetzt unter Haseloff - zieht sich der Staat aus der Fläche zurück. Mit
127 dieser Politik der stillgelegten Busse und Bahnen, der verkauften Krankenhäuser muss
128 Schluss sein.

129 Mit unserem Landtagswahlprogramm reden wir Klartext über Missstände und sagen konkret,
130 was sich ändern muss. Wir sind überzeugt davon, dass Sachsen-Anhalt gestärkt aus der Krise
131 hervorgehen kann. Ein Konjunktur- und Investitionspaket, gezielte Hilfen für Soloselbstständige,
132 die Erhöhung des Mindestlohnes und die Ausweitung der Tarifbindung sind dabei Punkte
133 auf die es ankommt. Im Gesundheitswesen wollen wir neue Wege gehen: Mit einem Krankenhausverbund
134 wollen wir nicht nur einen Schutzschirm gegen die Privatisierung kommunaler
135 Krankenhäuser schaffen, sondern ein leistungsfähiges, öffentliches Krankenhausunternehmen,
136 das schrittweise Häuser von Privaten übernehmen kann. Privaten Krankenhausbetreibern,
137 die ihren Versorgungsauftrag nicht erfüllen, muss die Betriebserlaubnis entzogen werden
138 und die Krankenhäuser sind in öffentliche Hand zu überführen.

139

140 Der Klimawandel stellt auch Sachsen-Anhalts Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Das
141 betrifft keineswegs nur den Kohleausstieg im Süden unseres Landes, sondern ebenso die
142 Automobilzulieferer sowie die Land- und Forstwirtschaft. Dass eine Wirtschaft, die sich auf
143 dem Verbrennen fossiler Rohstoffe gründet, keine sicheren Perspektiven mehr bieten kann,
144 sehen immer mehr Menschen ein. Deswegen gibt es in unserem Programm keine wichtige
145 wirtschaftliche Frage, die nicht auch einen Klimaschutzaspekt hat. Wir richten unsere wirtschafts-,
146 energie- und agrarpolitischen Konzepte an der Achse des ökologischen Strukturwandels aus.
147 Doch das, was ökologisch vernünftig ist, ist deswegen nicht automatisch sozial gerecht.
148 Grüne Politik mag innovativ sein, vor allem aber gibt sie denen, die schon haben,
149 immer noch etwas mehr dazu. Der ökologische Umbau muss auch im Interesse derer erfolgen
150 und ausgestaltet werden, die mit weniger finanziellen Möglichkeiten ausgestattet sind, hier in
151 Sachsen-Anhalt und weltweit. Dafür steht DIE LINKE wie keine andere Partei.

152

153 In der Krise wollen die Menschen Sicherheit und eine Perspektive für ein besseres Leben in
154 Gerechtigkeit und Würde. Diese Hoffnung wird nicht nur durch wirtschaftliche Verwerfungen
155 bedroht, sondern auch durch alte und neue Nazis, Reichsbürger und andere Feinde einer demokratischen
156 Gesellschaft. Der antisemitische Terroranschlag vom 09. Oktober 2019, der in
157 einer Reihe mit den Morden des „NSU“, an Walter Lübcke, in Hanau oder Christchurch steht,
158 ist Folge der gewaltvollen Ideologie der völkischen Rechten. Im ganzen Land sind verfestigte
159 neonazistische Strukturen aktiv, von denen eine konkrete Gefahr für das Leben und die Freiheit
160 der Menschen in Deutschland ausgeht. Wir brauchen eine Regierung, die endlich konsequent
161 dagegen vorgeht. Mit Sonderstaatsanwälten, mit einer konsequenten Entwaffnung, mit
162 konsequenter Anwendung der Gesetze. Die AfD ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus,
163 trotzdem sind Teile der CDU nicht bereit, sich von einer Zusammenarbeit zu distanzieren.
164 DIE LINKE kämpft gegen jeden Einfluss der extremen Rechten auf die Regierungspolitik
165 in Sachsen-Anhalt.

166

167 DIE LINKE ist die Partei, die im Bund, im Land und in den Kommunen auf einen starken Sozialstaat
168 setzt. DIE LINKE ist die Partei der ostdeutschen Interessenvertretung.

169

170 DIE LINKE ist ihrem sozialistischen Erbe verpflichtet, das untrennbar mit der ostdeutschen
171 Revolution von 1989 verbunden ist. Sie steht für den Bruch mit der SED-Herrschaft. Und sie
172 war ebenso auch mutige Reformbewegung eines demokratischen und ökologischen Sozialismus,
173 eines dritten Weges. Ein demokratisch-sozialistisches Ideal, dass das Privateigentum
174 nicht über alles hebt, dass wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens nicht dem Markt überlassen
175 will. Gleichheit und Solidarität, Freiheit und Frieden sind für uns die Vision einer besseren
176 Gesellschaft.

177

178 **Teil I: Gerechtigkeit, die wir meinen**

179

180 **I.1 Gute Arbeit: Sachsen-Anhalt verdient besseres**

181

182 DIE LINKE kämpft für ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen soziale Si-
183 cherheit ermöglicht und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt: Arbeit muss für alle
184 Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mit-
185 gestaltet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder
186 Blaumann geleistet wird. In einem reichen Land wie Deutschland fängt sozial gerechte Politik
187 damit an, dass Armut trotz Arbeit, sozialer Abstieg und permanente Unsicherheit in prekären
188 Jobs sofort gestoppt werden.

189

190 Seitdem in Deutschland nicht zuletzt auf Druck der LINKEN der Mindestlohn eingeführt wur-
191 de, war er vor allem für viele Geringverdiener*innen in Sachsen-Anhalt ein Erfolgsmodell. Er
192 führte zu einer überdurchschnittlichen Erhöhung des Lohnniveaus und zu einer erhöhten Bin-
193 nennnachfrage. Der Mindestlohn ist jedoch kein Ersatz für gute Löhne, die eine auskömmliche
194 Rente ermöglichen. Und gute Löhne gibt es vor allem dort, wo nach Tarif bezahlt wird. Doch
195 nur die Hälfte unserer Beschäftigten ist durch einen Tarifvertrag geschützt. Deswegen unter-
196 stützen wir die Gewerkschaften in ihrem Kampf um gute Tarifverträge. In Streiks können Ge-
197 werkschaftsmitglieder höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Und wir
198 haben eine klare und einfache Botschaft: Öffentliche Aufträge soll nur bekommen, wer sich
199 an Tarifverträge hält bzw. einen Vergabemindestlohn von 13 Euro brutto pro Stunde bezahlt.
200 Wir setzen uns für ein Vergabegesetz mit verbindlichen sozial-ökologischen Kriterien ein. DIE
201 LINKE tritt dafür ein, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, insbesondere für die
202 Bereiche Handel, Reinigung und Pflege. Das Vetorecht der Arbeitgeber bei Allgemeinverbind-
203 licherklärungen von Tarifverträgen gehört abgeschafft. Wir unterstützen die Forderung des
204 DGB nach einem Kompetenzzentrum für Gute Arbeit.

205

206 Geht es nach Ministerpräsident Haseloff (CDU), bleibt Sachsen-Anhalt ein Niedriglohnland.
207 Die Menschen arbeiten länger, verdienen dafür weniger und haben nicht so viel Urlaub wie in
208 den alten Bundesländern. Denn die CDU führt in Sachsen-Anhalt einen rückwärtsgewandten
209 Kampf gegen den Mindestlohn, die Tarifbindung und die Erweiterung von Arbeitnehmerrech-
210 ten. Das muss sich ändern. Nicht in 10 oder 20 Jahren, sondern jetzt.

211

212 **Existenzsicherung in der Wirtschaftskrise**

213

214 Viele Beschäftigte müssen aufgrund von Kurzarbeit Lohneinbußen hinnehmen. Das bedeutet
215 auch später weniger Rente. Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent erhöht werden. Jegli-
216 chen Forderungen, den Mindestlohn zu senken, erteilt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine schar-
217 fe Absage. Wir fordern ein Grundeinkommen für Solo-Selbständige, Künstler*innen und
218 Dienstleister der Veranstaltungsbranche von 1.200 € im Monat bis zum Ende der Beschrän-
219 kungen für ihre Arbeit.

220

221 **Das Land Sachsen-Anhalt muss als Arbeitgeber vorbildlich sein**

222

223 Galt ein Job im öffentlichen Dienst vor Jahren als sicher bis zur Rente, ist jetzt dieser Sektor
224 vor allem durch Überalterung und Befristung geprägt. Fast die Hälfte der zurzeit im Öffentli-
225 chen Dienst Beschäftigten erreicht in den kommenden zehn Jahren das Rentenalter. Dennoch
226 erfolgt mehr als die Hälfte der Neueinstellungen nur befristet und nur jede/r vierte befristet

227 Beschäftigte wird in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. So gewinnt man keinen
228 Nachwuchs, sondern verprellt ihn. DIE LINKE wird den Öffentlichen Dienst wieder zum attrak-
229 tiven Arbeitgeber machen. Sachgrundlose Befristungen wollen wir abschaffen, den Nach-
230 wuchs besser ausbilden und durchlässige Aufstiegskorridore schaffen. Insbesondere für mitt-
231 lere und gehobene Laufbahnen wollen wir mehr Entwicklungsmöglichkeiten aus dem eigenen
232 Personalbestand schaffen.

233

234 **Was wir für Arbeitnehmerrechte tun wollen**

235

236 Der Aushöhlung von **Arbeitsschutzrechten** unter dem Vorwand der Digitalisierung oder der
237 Corona-Pandemie sagen wir den Kampf an. Arbeit muss flexibler werden, aber für die Be-
238 schäftigten, nicht die Konzerne. Die Bestimmungen zu Sonn- und Feiertagsarbeit dürfen nicht
239 aufgeweicht werden. Die Kosten, die durch Homeoffice entstehen, dürfen nicht auf die Be-
240 schäftigten abgewälzt werden. Wo Gewerkschaftsarbeit behindert (union busting) und Ge-
241 werkschafter gemobbt werden, muss der Staat eingreifen. Wer die Bildung eines Betriebsra-
242 tes oder dessen Arbeit behindert, macht sich strafbar. Aber nur in seltenen Fällen kommt es
243 zur Anklage. Hier muss bei der Ahndung und Verfolgung von solchen Straftaten mehr getan,
244 aber auch der öffentliche Druck auf solche Unternehmen erhöht werden, auch mit Einschrän-
245 kungen bei der Fördermittelvergabe des Landes. DIE LINKE fordert die Einführung eines **Ver-**
246 **bandsklagerechtes für Gewerkschaften**. Wir wollen, dass gegen Mobbing von Beschäftig-
247 ten und Betriebsräten, gegen Verstöße gegen Tarifverträge und Arbeitsrechte auch die Ge-
248 werkschaften Klage erheben können.

249

250 **Ausbeuterische Werkverträge und Leiharbeit abschaffen**

251

252 Skandalöse Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie, auf dem Bau und in der Landwirt-
253 schaft gefährden die öffentliche Gesundheit. Hohe Infektionszahlen sind dort deswegen kein
254 Zufall, sondern Ergebnis unerträglicher Ausbeutungsverhältnisse auf der Basis von Werksver-
255 trägen und Leiharbeit. So ziehen sich Unternehmen aus der Verantwortung für Arbeitneh-
256 mer*innenschutz, kassieren aber hohe Gewinne durch die Dumpingangebote von Subunter-
257 nehmen. DIE LINKE fordert die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit, illegaler Arbeitneh-
258 mer*innenüberlassung und das Verbot von Leiharbeit. Sozialstandards und Arbeitneh-
259 mer*innenrechte müssen überall in Sachsen-Anhalt und für jeden gelten. Egal, woher sie/er
260 kommt.

261

262 **Betriebliche Mitbestimmung stärken**

263

264 Dass nur rund 14 Prozent der Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten im Land einen Betriebs-
265 rat haben, muss sich endlich ändern. DIE LINKE fordert über die jährlich stattfindende Be-
266 triebsrätekonferenz hinaus, eine Förderung der Anerkennungskultur betrieblicher Mitbestim-
267 mung, u.a. auch durch eine Aufnahme in den Unterricht an berufsbildenden Schulen. Unter-
268 nehmen, Betriebs- und Personalräte wollen wir beim betrieblichen Gesundheitsmanagement
269 unterstützen und Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern.

270

271

272

273

274

275

276 **Damit Arbeit nicht krank macht**

277

278 Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz sind ein wichtiges Gut. Der
279 Arbeits- und Gesundheitsschutz von Menschen darf nicht dem Kommerz bzw. dem Rotstift
280 geopfert werden. Das Landesamt für Verbraucherschutz, vor allem der Fachbereich Arbeits-
281 schutz, war jahrelang Kürzungs- und Spardruck ausgesetzt und ist personell unterbesetzt.
282 Schon heute wird ein Unternehmen in Sachsen-Anhalt durchschnittlich nicht einmal rund aller
283 19 Jahre kontrolliert. Eine effektive Kontrolltätigkeit sieht anders aus. DIE LINKE. Sachsen-
284 Anhalt setzt sich für mehr Personal im Landesamt ein. Das Verlangen nach ständiger Erreich-
285 barkeit, die beschleunigte digitale Informationsflut und Arbeitsverdichtung sowie schlechte
286 Arbeitsausstattungen gefährden die Gesundheit und führen zu einer Zunahme vor allem psy-
287 chischer Erkrankungen. Auf diese Veränderungen ist bislang im Arbeitsschutzrecht und bei
288 der Prävention nicht ausreichend reagiert worden. Deswegen brauchen wir eine Anti-Stress-
289 Verordnung, und eine gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber*innen beim betrieblichen
290 Gesundheitsmanagement. Die Trennung von Arbeit und Privatleben ist ein schützenswertes
291 Gut. Die Ausweitung des Home-Office erfordert daher angepasste Regelungen für einen Ar-
292beits- und Gesundheitsschutz. Es sollte einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf mobiles
293 Arbeiten und Home-Office geben, aber nur freiwillig und mit verbindlichem tariflichen Schutz
294 vor Überlastung und Stress.

295

296 **Mehr Geld für Auszubildende**

297

298 Auszubildende sind nicht einfach billige Arbeitskräfte, die zu ausbildungsfremden Tätigkeiten
299 und Überstunden gezwungen werden können. Betrieben, die gegen das Jugendarbeitsschutz-
300 gesetz und das Berufsbildungsgesetz verstoßen, muss von den zuständigen Stellen die Aus-
301 bildungsberechtigung entzogen werden. Wir fordern eine Mindestausbildungsvergütung von
302 1050 Euro. Das Schulgeld bei den nichtärztlichen Heilberufen und Erziehungsberufen werden
303 wir abschaffen und eine adäquate Ausbildungsvergütung für die schulischen Ausbildungen
304 einführen.

305

306 **Wir wollen ein landesweites Azubiticket**

307

308 In Sachsen-Anhalt nehmen demografisch bedingt auch in den kommenden Jahren weniger
309 junge Menschen eine Ausbildung auf. Dadurch kommt es zwangsläufig zu weiten Wegen zur
310 Ausbildungsstätte und zur Berufsschule. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für ein Angebot
311 an Internatsplätzen an jedem Berufsschulstandort und für ein Azubiticket, das den Namen
312 verdient, ein.

313

314 **Der Fachkräftemangel kann überwunden werden**

315

316 Arbeit in Sachsen-Anhalt muss attraktiver werden, sowohl bei der Bezahlung als auch bei der
317 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Arbeitsbedingungen. Sachsen-Anhalt leidet seit
318 Jahren unter dem Weggang von jungen Menschen. Schon jetzt fehlen Lehrer*innen, Erzie-
319 her*innen, Richter*innen, Fachkräfte im Industriebereich, aber auch im Handwerk, in der
320 Gastronomie/Hotellerie und im Gesundheitswesen. Prekäre Beschäftigung im Wissen-
321 schaftsbereich und mehr Solo-Selbstständige durch Outsourcing von regulärer Beschäftigung,
322 etwa im Bereich Webdesign, Netzwerkadministration usw. sind für viele keine ausreichenden
323 Perspektiven. DIE LINKE will alle Möglichkeiten nutzen, Fachkräfte zu gewinnen und zu hal-
324 ten. Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen sollen Fachkräfte halten, das Land aber auch

325 interessant für Rückkehrer machen. Wir wollen, dass betriebliche und überbetriebliche Wei-
326 terbildungsmaßnahmen auch darauf ausgerichtet sind, beruflichen Perspektiven von Fach-
327 kräften zu stärken.

328
329 Berufliche Weiterbildung wird beim Voranschreiten von Digitalisierung und Strukturwandel
330 eine wichtige Rolle einnehmen. Einerseits müssen Betriebe es ihren Beschäftigten ermögli-
331 chen, steigenden Anforderungen im digitalen Bereich gerecht zu werden, andererseits müs-
332 sen arbeitssuchende Menschen auf neue Gegebenheiten im Arbeitsalltag vorbereitet werden.
333 Die Bandbreite von nötigen Qualifizierungsangeboten vom 2-stündigen Kurs zu Datenschutz
334 bei Videokonferenzen bis zur 2-jährigen Umschulung ist so vielfältig wie die Menschen selbst
335 und muss ausgeschöpft werden. Allerdings muss Arbeitnehmer*innen nicht nur berufliche
336 Weiterbildung, sondern jegliche Form der Erwachsenenbildung wie z.B. politische, kulturelle
337 oder ehrenamtliche Bildung während ihrer Arbeitszeit ermöglicht werden. Dazu strebt DIE
338 LINKE die Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes in ein modernes Bildungszeitgesetz an.
339 Digitale Formate wie Webinare und Livestreams sind Bestandteil der Erwachsenenbildungs-
340 angebote und gewinnen künftig an Bedeutung. Die Träger der Erwachsenenbildung benötigen
341 in diesem Feld Rechtssicherheit. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Abrechnungssyste-
342 matik bei den Trägern der öffentlich verantworteten Erwachsenenbildung diesem Wandel an-
343 gepasst wird. Zahlreiche Studien zur demografischen Entwicklung zeigen, dass es sich Sach-
344 sen-Anhalt nicht leisten darf, auch nur einen Menschen auszugrenzen. Angebote von Trägern
345 der öffentlich verantworteten Erwachsenenbildung zu Alphabetisierung und Grundbildung
346 sind zu fördern und auszubauen.

347

348 Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung

349

350 Ohne zugewanderte Fachkräfte kann unsere Wirtschaft nicht auskommen. Und dafür braucht
351 es eine offene Willkommenskultur und die schnelle Anerkennung von ausländischen Bil-
352 dungsabschlüssen. Die Anerkennungsverfahren müssen deutlich beschleunigt, ihre Gebühren
353 sozial verträglich ausgestaltet werden. Die wichtige Unterstützung von migrantischen Ar-
354 beitskräften und die Hilfen gegen Ausnutzung und Missbrauch müssen fortgeführt werden
355 und das Projekts BemA-Beratung migrantischer Arbeitskräfte - personell verstärkt werden.
356 Die Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte, etwa in Schlachthöfen oder Erntebetrieben, ist
357 zu bekämpfen. DIE LINKE fordert häufigere und unangekündigte Kontrollen und dass Verstö-
358 ße konsequent geahndet werden. Die Zusammenarbeit von Zoll, Gewerbeämtern und Landes-
359 amt für Verbraucherschutz, Veterinäramt muss verbessert und besser verzahnt werden. Wir
360 wollen das Landesamt für Verbraucherschutz vor allem im Bereich Arbeitsschutz personell
361 verstärken.

362

363 Nicht nur Erwerbsarbeit ist Arbeit

364

365 Care-Arbeit Pflege und ehrenamtliche Arbeit sind so nötig, wie selten zu vor. Jedoch werden
366 sie nach wie vor für selbstverständlich genommen und gar nicht oder schlecht bezahlt. Hier
367 braucht es einen Systemwechsel zur **Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich** und
368 Arbeitsumverteilung. Wir wollen dazu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei der kon-
369 kreten Entwicklung von Modellen der Arbeitszeitverkürzung, die sich am konkreten Bedarf der
370 Arbeitnehmer*innen orientieren, unterstützen.

371

372 Durch das Ende der ESF-Förderperiode 2021/22 werden die kaum noch zählbaren Arbeits-
373 marktprogramme für einzelne Personengruppen wie z.B. Alleinerziehende, ältere arbeitslose

374 Menschen oder Langzeitarbeitslose auslaufen. DIE LINKE will anstatt einer neuen unüber-
375 sichtlichen Förderstruktur ein Modellprojekt Grundeinkommen in Verbindung mit freiwilliger
376 und sozialversicherungspflichtiger Gemeinwohlarbeit für arbeitslose Menschen etablieren.

377
378

379 **I.2 Soziales: Sicher und gerecht durch die Krise**

380

381 DIE LINKE will den Sozialstaat in Deutschland erneuern. Dies ist nötig, weil die Armutsrisiken
382 in unserem Land rapide ansteigen. Stimmen aus Union und FDP stellen die Finanzierbarkeit
383 des Sozialstaates wegen Corona in Frage. Jetzt müssen unsere sozialen Sicherungssysteme
384 vor neuen Angriffen derjenigen geschützt werden, die die Krise skrupellos missbrauchen wol-
385 len, um nach den Wahlen Leistungen zu kürzen. Für die Kosten der Krise müssen die großen
386 Vermögen herangezogen werden, die übrigens auch am stärksten von den Konjunkturpro-
387 grammen des Bundes profitiert haben.

388

389 **Ein Schutzschirm gegen Armut: Gute Löhne, Gute Renten**

390

391 Es darf nicht sein, dass Menschen mehrere Jobs annehmen müssen, weil sie von einem allein
392 nicht leben können und noch aufstocken müssen. Wenn in Sachsen-Anhalt immer noch mehr
393 als ein Drittel der Menschen für Niedriglöhne arbeiten, zeigt das nicht nur, wie in unserem
394 Land gegen das Leistungsprinzip verstoßen wird, sondern die Dimension von Altersarmut, die
395 uns droht, wenn nicht gegengesteuert wird. Wir setzen dagegen auf flächendeckende Tarif-
396 verträge mit einer dynamischen Lohnentwicklung. Der Mindestlohn muss angehoben werden,
397 damit niemand im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist. Wir wollen die gesetzliche Rente
398 stärken und eine Rentenkasse für alle Menschen mit Erwerbseinkommen einführen. Für einen
399 Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen
400 Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte,
401 solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen. Die Anhebung des Rentenein-
402 trittsalters auf 67 Jahre lehnen wir ab. Sie ist nichts außer einer weiteren Kürzung der Renten.
403 Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen.

404

405 **Für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung: Eine für Alle**

406

407 Die bestehende Gesetzliche Krankenversicherung folgt Grundsätzen, die sozial ausgeglichen
408 sind. Gesunde zahlen für Kranke und Gutverdienende für Geringverdienende. Aber leider gibt
409 es von diesen Grundsätzen so viele Ausnahmen, dass grobe Ungerechtigkeiten die Folge sind.
410 Einige Bevölkerungsgruppen können sich aus der Solidarität verabschieden, v.a. Beamtinnen
411 und Beamte, Selbstständige und Angestellte mit hohem Einkommen. Wer arbeitet, zahlt auf
412 sein Gehalt Beiträge, wer Einkommen aus Aktien, aus Vermietung u.a. hat, zahlt darauf
413 nichts. Prozentual sinkt die Belastung mit steigendem Einkommen. Damit muss Schluss sein.
414 Unser Vorschlag ist klar: Wenn sich alle in Deutschland lebenden Menschen nach ihrem Ein-
415 kommen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen, ist das nicht nur gerechter,
416 sondern die Beitragssätze könnten auch deutlich sinken. Deshalb hat DIE LINKE das Konzept
417 der Solidarischen Gesundheitsversicherung (Bürgerversicherung) entwickelt. Der Beitragssatz
418 könnte damit laut einer Studie aus dem Jahr 2017 von 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent des
419 Einkommens sinken. Auf Löhne und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur
420 noch einen Anteil von 5,85 Prozent statt derzeit 8,4 Prozent zahlen. Wir brauchen eine Ge-
421 sundheits- und Pflegereform, um die Kostenübernahme in den Pflegeheimen zu regeln und
422 eine deutlich bessere Bezahlung des Personals in Pflege und Gesundheit durchzusetzen.

423 **Eine Grundsicherung, die Ihren Namen verdient**

424

425 Statt Hartz IV, brauchen wir eine sanktionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung, die
426 vor dem finanziellen Absturz schützt, und eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder. Hartz
427 IV ist durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro grundlegend zu überwin-
428 den. Sanktionen müssen abgeschafft werden. Die Bedarfsgemeinschaftskonstruktion lehnt
429 DIE LINKE ebenso ab wie Zwangsumzüge und Schnüffeleien im Privatleben. In der Krise
430 kämpfen wir für Pandemiezuschläge auf Sozialleistungen und für ein Grundeinkommen
431 (Selbstständigengeld), um eine Pleitewelle bei kleinen Unternehmen, Solo-Selbständigen,
432 Künstler*innen und Dienstleistern der Veranstaltungsbranche zu verhindern.

433

434 **Kinderarmut überwinden**

435

436 Mehr als jedes fünfte Kind in Sachsen-Anhalt lebt in Armut oder ist armutsgefährdet. Was ist
437 zu tun? Auf Bundesebene muss eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und Jugendli-
438 che eingeführt werden. Die Anhebung des Kindergeldes und Kinderfreibetrages wird das ak-
439 tuelle Problem nicht lösen, denn noch immer wird das Kindergeld auf die Hartz-IV-Leistungen
440 angerechnet und bei den Kinderfreibeträgen profitieren nur die, die auch eine entsprechende
441 Höhe an Steuern zahlen – also die Besserverdienenden. Wir fordern daher als ersten Schritt
442 das Ende der Anrechnung auf Transferleistungen. Auf Landesebene wollen wir ein Netzwerk
443 früher Hilfen entwickeln, das Kinder und Jugendliche von der Geburt bis zum Einstieg in das
444 Berufsleben begleitet. Ein solches Netzwerk bietet Unterstützung für Kinder und Eltern
445 gleichermaßen. Voraussetzung ist ein wertschätzender, vertrauensvoller Umgang aller Betei-
446 ligten miteinander. Die Realisierung dieses Konzeptes erfordert einen Dialog mit den Kom-
447 munen. Als Anreiz zur Umsetzung dieses Konzeptes durch die Kommunen werden zusätzliche
448 Landesmittel zur Verfügung gestellt.

449

450 **Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

451

452 Unternehmen, Banken und Konzerne setzen ihre Macht regelmäßig zum Nachteil der Ver-
453 braucherinnen und Verbraucher ein. Unlautere Werbung, Abzockerei bei Telefon- und Inter-
454 netangeboten, die miesen Praktiken der Inkasso- und Abmahnindustrie müssen wir uns so
455 wenig gefallen lassen, wie schlechte und ungesunde Lebensmittel.

456

457 Es gibt inzwischen kaum einen Raum, in dem Menschen keine Werbung aufgedrängt wird. Wir
458 wollen eine schrittweise Einschränkung von Produkt- und Markenwerbung im öffentlichen
459 Raum, das betrifft auch die Werbung in Schulen und Kitas.

460

461 Alle Verbraucher müssen das Recht haben, selbst zu bestimmen, was mit ihren Daten ge-
462 schieht, ohne benachteiligt zu werden.

463

464 Die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt ist mit ihren Beratungsstellen eine Säule des Ver-
465 braucherschutzes in unserem Land. Ihre vielfältigen Angebote der Rechtsberatung, der Fach-
466 beratung Lebensmittel, der Energieberatung, der Pflegerechtsberatung – um hier nur einige
467 zu nennen – helfen alltäglich vielen Menschen. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Arbeit mit
468 einer guten Finanz- und Personalausstattung durch das Land gewürdigt wird. Auch die kom-
469 munalen Schuldnerberatungen und die Insolvenzberatung brauchen eine gute Ausstattung.
470 Denn damit Schulden verhindert werden, bevor sie entstehen, brauchen wir gut ausgestattete

471 Schuldnerberatungsstellen. Dazu gehört auch eine mobile Verbraucherberatung in den ländli-
472 chen Regionen Sachsen-Anhalts.

473

474

475 **I.3 Gesundheit: Gemeinwohl statt Profite**

476

477 Einst gab es in Sachsen-Anhalt ein dichtes Netz mit öffentlichen 70 Krankenhäusern. Heute
478 gibt es noch 11 Krankenhäuser in öffentlicher Hand und 18 Häuser, die von frei-
479 gemeinnützigen Trägern betrieben werden. 17 Krankenhäuser sind von privaten Kranken-
480 hauskonzernen übernommen worden, der Rest ist geschlossen. Die Menschen wollen kein
481 privatisiertes Gesundheitssystem und keine Zwei-Klassenmedizin. Die Beschäftigten in priva-
482 tisierten Kliniken wie AMEOS streiken gegen miese Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne.
483 Mittlerweile gibt es einen riesigen Investitionsstau, auf den die Landesregierung nur unzu-
484 reichend reagiert.

485

486 **Für einen öffentlichen Klinikverbund in Sachsen-Anhalt**

487

488 **DIE LINKE will einen Schutzschirm gegen Privatisierung für die verbliebenen kommu-**
489 **nalen Krankenhäuser. Dafür müssen wir den überregionalen Unternehmensstrukturen**
490 **der privaten Krankenhauskonzerne einen eigenen öffentlichen Klinikverbund entge-**
491 **gensetzen.**

492

493 Über den Klinikverbund soll sich das Land an den kommunalen Kliniken beteiligen. Außerdem
494 sollte das Land die Salus-GmbH in den Verbund einbringen. Die Verbundgesellschaft wird mit
495 Eigenkapital und Kreditbürgschaften ausgestattet. Damit wird die Kapitalbasis der kommun-
496 alen Krankenhäuser gestärkt. Als zusätzlicher Anreiz sollte über die Übernahme von Altschul-
497 den der Häuser gesprochen werden. Aufgabe des Klinikverbundes ist es, über Beteiligungen
498 an den kommunalen Häusern eine Holding zu bilden, welche die wirtschaftliche Koordinierung
499 der einzelnen Häuser übernimmt. Die ärztliche Leitung der Standorte sowie die Verwaltungs-
500 leitung verbleiben auf kommunaler Ebene. Die wirtschaftliche Gesamtleitung und das Kredit-
501 management liegt beim Klinikverbund. Derartige regionale Gesundheitsunternehmen gibt es
502 schon in anderen Bundesländern. Gelänge es, die verbliebenen kommunalen Krankenhäuser
503 unseres Landes unter dem Dach einer Holding zu vereinen, stünden dort ca. 4.500 Betten für
504 die Patientenversorgung zur Verfügung. Wir wollen dafür sorgen, dass er wirtschaftlich so
505 aufgestellt wird, um perspektivisch Krankenhäuser aus dem privaten in den öffentlichen Be-
506 reich zurückzuholen. Wenn private Betreiber die Versorgung nicht mehr sicherstellen, ist
507 ihnen der Versorgungsauftrag zu entziehen und das Krankenhaus in die öffentliche Hand zu-
508 rückzuführen.

509

510 **Für eine solidarische Finanzierung der Krankenhäuser und der stationären Pflege**

511

512 Das bestehende Fallpauschalensystem hat zu Personalmangel, Lohndumping, Pflegenotstand
513 geführt. Es ist weder pandemiesicher noch gemeinwohlorientiert. Die Fallpauschalen müssen
514 durch ein neues System der kostendeckenden Finanzierung abgelöst werden. DIE LINKE for-
515 dert eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte Personalbemessung für alle Be-
516 rufsgruppen im Krankenhaus. Für die stationäre Pflege müssen die Vorschläge von ver.di,
517 Deutschem Pflegerat (DPR) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur Pflegeper-
518 sonal-Regelung (PPR 2.0) umgesetzt werden.

519 Das Land muss seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nach-
520 kommen. Der jährliche Investitionsbedarf aller Krankenhäuser liegt bei 150 Millionen Euro.
521 Für die kommenden 5 Jahre sollte dieser mit 750 Millionen Euro im Haushalt festgeschrieben
522 werden. Davon sollen 80 Millionen Euro jährlich pauschal für Ersatzbeschaffungen und kleine
523 Baumaßnahmen ausgereicht werden. Die verbleibende Summe soll über den Fünfjahreszeit-
524 raum als Einzelfallförderung zur Umsetzung der Strukturveränderungen des Krankenhauspl-
525 nes verwendet werden.

526

527 **Gesundheits- und Sozialberufe aufwerten**

528

529 Es wird immer wieder beklagt, dass in der Kranken- und Altenpflege, für die Betreuung von
530 Menschen mit Beeinträchtigungen zu geringe Löhne gezahlt werden und deswegen viele
531 Fachkräfte fehlen. Das ist nicht die ganze Wahrheit. Es geht auch darum, dass die Überlas-
532 tung des Personals durch eine verfehlte Sparpolitik bewusst in Kauf genommen wurde. Des-
533 wegen unterstützen wir die Gewerkschaften im Kampf um gute und flächendeckende Tarifver-
534 träge. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, dies für allgemeinverbindlich zu erklä-
535 ren, um die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zur Aufwertung der Ge-
536 sundheitsberufe gehört aus unserer Sicht auch, die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe,
537 die Vergütung der Ausbildung und ihre perspektivische Akademisierung durchzusetzen. Die
538 Leistungen der Beschäftigten in der Gesundheits-, Pflege- und Sozialbranche werden am bes-
539 ten gewürdigt, indem die bestehenden Missstände beseitigt werden und endlich Löhne ge-
540 zahlt werden, die ihren Leistungen entsprechen.

541

542 **Öffentliche Gesundheitsdienste und kommunale Pflegedienste**

543

544 Durch die Pandemie ist vielen bewusst geworden, wie wichtig der öffentliche Gesundheits-
545 dienst (ÖGD) und leistungsfähige Gesundheitsämter sind. Dass nun von Bund und Ländern
546 beschlossen wurde, Finanzmittel für tausende neue Stellen und den Ausbau elektronischer
547 Meldewege zur Verfügung zu stellen, ist ein überfälliger Schritt. Der ÖGD sollte befähigt wer-
548 den auch bei der Infektionsprophylaxe, z.B. bei Reihenimpfungen in Kitas, Schulen und Be-
549 trieben, Kapazitäten zu entwickeln.

550

551 **Ein dynamischer Pandemieplan für Sachsen-Anhalt**

552

553 Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass im Falle einer Pandemie ein koordiniertes, zügi-
554 ges und konsequentes Handeln erforderlich ist. Ein dynamischer Pandemieplan ist dafür ein
555 unverzichtbares Instrument. Der Pandemieplan muss in einem Zweijahresrhythmus angepasst
556 werden – es sei denn, es ergeben sich zwingende Änderungen aus aktuellem Anlass. Wir
557 brauchen eine eigenständige Bevorratung an Schutzausrüstungen, Desinfektionsmitteln,
558 Masken, Medikamenten usw., um im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung und damit die
559 Sicherheit der Bürger*innen gewährleisten zu können. Darüber hinaus ist es unabdingbar, die
560 Produktion dieser lebenswichtigen Produkte im Inland sicherzustellen. (Überarbeiten wg. ak-
561 tueller Lage, ggf. Änderungsantrag zum LPT)

562

563

564 **I.4 Gerechtigkeit ist weiblich**

565

566 Die Corona-Pandemie wirft auch ein Schlaglicht darauf, wie Frauen unsere Gesellschaft zu-
567 sammenhalten. Der Frauenanteil in den systemrelevanten Berufen liegt bei 75 Prozent. Nach

568 Angaben des deutschen Frauenrates haben Frauen in den Familien schon vor der Pandemie
569 durchschnittlich 1,5 Std. täglich mehr mit Sorgearbeit verbracht, als Männer. Diese Doppelbe-
570 lastung (Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, Homeschooling mobiles Arbeiten und
571 Haushalt) ist während der Pandemie weiter gestiegen. Viele wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen
572 gehen jedoch an der Lebenswirklichkeit von Frauen vorbei. Wer einen schlechtbezahlten so-
573 genannten Frauenberuf hat oder prekäre Teilzeit- bzw. Mini-Jobs, ist in Krisenzeiten nicht ge-
574 schützt. Frauen sind aufgrund der schlechteren Entlohnung (Gender-Pay-Gap und Niedrig-
575 lohnssektor), Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc. weitaus gefährdeter als Männer, in
576 die Armutsfalle zu geraten. Weibliche Arbeit darf nicht länger schlecht bezahlt und abgewertet
577 werden. Eine geschlechtergerechte Krisenpolitik muss zu besseren Arbeitsbedingungen und
578 höheren Gehältern in den systemtragenden Berufsgruppen führen. Dies setzt für uns voraus,
579 auch erneut die Frage der geschlechtergerechten Verteilung der Mittel in den öffentlichen
580 Haushalten auf die Tagesordnung zu setzen. Deswegen fordern wir in Sachsen-Anhalt das
581 Gender-Budgeting-Prinzip in allen öffentlichen Haushalten sowie dessen Aufnahme in die
582 Landesverfassung.

583

584 **DIE LINKE will den internationalen Frauentag als gesetzlichen Feiertag in Sachsen-**
585 **Anhalt einführen.**

586

587 **Frauen verdienen mehr**

588

589 DIE LINKE will bessere Löhne und mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen, statt selbstgefälli-
590 gem Beifall. Die schlechtere Bezahlung sogenannter „Frauenberufe“ muss überwunden wer-
591 den. Wir wollen den Niedriglohnssektor, in dem überwiegend Frauen arbeiten, durch einen
592 Mindestlohn von 13 Euro abschaffen. Die Arbeit in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pfl-
593 geheimen muss endlich aufgewertet und besser bezahlt werden. Wir wollen Mini- und Mi-
594 dijobs durch unbefristete Arbeitsverträge mit existenzsichernden Einkommen ablösen. Per-
595 spektivisch sollen keine Pflegefachkraft und keine Erzieher*in unter 3000 Euro brutto/Monat
596 verdienen. Die Mehrwertsteuer auf Frauenhygieneprodukte ist auf 7 Prozent zu senken.

597

598 **Damit Frauen bestimmen, wo es lang geht**

599

600 Schon seit 1997 sieht das Frauenförderungsgesetz von Sachsen-Anhalt vor, dass der öffentliche
601 Dienst, die Kommunen, die Landesbetriebe sowie „alle der Aufsicht des Landes unterstehen-
602 den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts“ darauf hinwirken sol-
603 len, dass alle Gremien zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Davon sind wir weit entfernt. Dies
604 liegt nicht nur an der frauenpolitisch rückwärtsgewandten CDU, die ein modernes Gleichstel-
605 lungsgesetz blockiert, sondern an der mangelnden Förderung des weiblichen Nachwuchses.
606 DIE LINKE will der strukturellen Benachteiligung von Frauen weiterhin entgegenwirken, um
607 die beruflichen Chancen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Wirtschaft für Frauen
608 erheblich zu verbessern. Hierbei sind die unter dem Dach des Landesfrauenrates entwickel-
609 ten Empfehlungen für ein Gleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt eine geeignete Grundlage.

610

611 Im Jahr 2020 – gut 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts – gibt es immer noch
612 keine Gleichberechtigung bei der Besetzung von politischen Führungspositionen. Deswegen
613 wollen wir mit einem Paritégesetz für Sachsen-Anhalt dafür sorgen, dass mindestens die Häl-
614 fte der Landtagsmandate und der Mitglieder der Landesregierung weiblich sind. Wir wollen das
615 „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ unter Beteiligung der

616 gleichstellungspolitischen Interessenvertretungen fortschreiben und für die Landesbehörden
617 verbindlich machen.

618

619 **Frauenarmut verhindern**

620

621 Frauen sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden
622 und ihren Kindern, d.h. jeder fünften Familie liegt sogar bei über 40 Prozent. Zur finanziellen
623 Absicherung von Alleinerziehenden und ihren Kindern muss der Unterhaltsvorschuss bedingungslos
624 für alle Bedürftigen verfügbar sein. Die Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss
625 muss abgeschafft werden. Die Kürzung des Elterngeldes muss zurückgenommen werden. Es darf nicht
626 auf Transferleistungen wie Harz IV angerechnet werden. Alleinerziehende sollen einen Anspruch auf
627 24 Monate Elterngeld erhalten. Wir fordern, dass Betriebe Alleinerziehenden, im Falle einer
628 Notfallbetreuung eine Freistellung bei Lohnfortzahlung ermöglichen müssen. Bund und Länder
629 müssen diese Maßnahmen finanziell unterstützen.
630

631

632 **Weibliches Forschen und Wissen fördern**

633

634 Sachsen-Anhalt muss als Bildungsstandort gerade auch für Frauen attraktiv werden. Wir fordern
635 eine dauerhaft etablierte Geschlechterforschung an den Universitäten und Hochschulen des Landes
636 Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen die Arbeit des Projektes FrauenOrte, das Biografien von Frauen
637 für Frauen in unterschiedlichen Zeitperioden in ganz Sachsen-Anhalt als Erlebnispfad vorstellt
638 und Frauengeschichte(n) erlebbar macht. Damit erfüllt das Projekt einen wichtigen geschlechtergerechten
639 Bildungsauftrag. Wir fordern die Verstetigung der Projektfinanzierung durch das Land.
640

641

642 **Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen**

643

644 Deutschland hat sich mit der Istanbul-Konvention verpflichtet, Gewalt gegen Mädchen und
645 Frauen aktiv zu bekämpfen. Doch noch immer ist jede dritte Frau in Deutschland mindestens
646 einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen. Jede Vierte
647 wird mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren aktuellen oder
648 früheren Partner. Physische und psychische Gewalt gegen Frauen muss entschieden bekämpft
649 werden. Wir fordern daher die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für von Gewalt betroffene
650 oder bedrohte Mädchen und Frauen im Land Sachsen-Anhalt. Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen
651 Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund zählen zu den besonders verletzlichen Gruppen.
652 Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen verbessern, damit auch Frauen ohne gesicherten
653 Aufenthaltstitel vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt geschützt sind. Zur Kontrolle
654 der Umsetzung der Istanbul-Konvention regen wir die Einrichtung einer staatlichen unabhängigen
655 Monitoringstelle sowie eines Runden Tisches an, an dem Vertreter*innen aller relevanten NGOs
656 mitarbeiten. Darüber hinaus wollen wir Präventions- und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen
657 anbieten, die Opfer von Hate Speech geworden sind. Wir brauchen Studien zu geschlechtsspezifischer
658 Gewalt im Internet sowie die geschlechtsdifferenzierte Erfassung von Cybergewalt in der
659 Polizeilichen Kriminalstatistik.
660

661

662 Frauenschutzhäuser sind für viele Frauen und ihre Kinder die Rettung vor häuslicher Gewalt.
663 Wir stellen uns hinter die Forderungen der LAG der Frauenhäuser und setzen uns für eine
664 bundesweit einheitliche einzelfall- und tagessatzunabhängige, bedarfsgerechte Finanzierung

665 der Frauenschutzhäuser ein. Für alle Gewaltschutzprojekte fordern wir eine Institutionalisierte
666 Förderung. Zudem muss die Eingruppierung der Mitarbeiter*innen überprüft werden, um eine
667 Schlechterstellung zu vermeiden. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewaltschutzprojekte Ange-
668 bote für Kinder vorhalten, die von Gewalt mitbetroffen sind.

669
670

671 **I.5 Senior*innen: Für einen guten Lebensabend in Sachsen-Anhalt**

672

673 Niemand soll seinen Lebensabend mit Altersarmut und Rentenungerechtigkeit verbringen. Die
674 Ost-West-Rentenangleichung bis 2025 dauert entschieden zu lange. Um die Lebensleistung
675 der Rentnerinnen und Rentner im Osten Deutschlands zu würdigen, tritt DIE LINKE für eine
676 schnellstmögliche Angleichung der Renten an West-Niveau ein. Die Doppelbesteuerung von
677 Renten sollte so weit wie möglich eingedämmt werden. Deshalb fordert DIE LINKE, den steu-
678 erlichen Grundfreibetrag von heute 9.408 Euro sofort auf 12.600 Euro anzuheben. Das würde
679 viele kleine Renten komplett von der Steuerpflicht befreien. Zudem fordert DIE LINKE eine
680 außerordentliche Rentenerhöhung, die zu einem lebensstandardsichernden Rentenniveau und
681 einer automatischen Neuberechnung des individuellen Rentenfreibetrags führen soll. Damit
682 soll sichergestellt werden, dass die Rente auch netto wieder den Lebensstandard sichert und
683 Alle - übers gesamte Leben betrachtet - von der nachgelagerten Besteuerung profitieren wer-
684 den.

685

686 Wir wollen das seniorenpolitische Programm des Landes weiterentwickeln und dabei an die
687 tatsächlichen Probleme anknüpfen. Das betrifft z.B. aufsuchende Seniorenarbeit im ländli-
688 chen Raum, die Förderung des altersgerechten Wohnens, die Einführung eines landesweiten
689 Senientickets und die Einrichtung eines 50/50-Taxi für Menschen ab 65 Jahre.

690

691 Die **Altenpflege** gewinnt für eine älter werdende Gesellschaft immer mehr an Bedeutung,
692 aber sie muss bezahlbar sein und dem Erhalt und der Förderung der Lebensqualität sowie
693 verbliebener Fähigkeiten der pflegebedürftigen Menschen dienen. Jede und jeder Pflegebe-
694 dürftige muss die freie Wahl zwischen ambulanter und stationärer Pflege sowie alternativen
695 Wohnformen haben. Die bestehenden Zwänge der Pflegeversicherung führen viele Pflegenden,
696 die in voll-stationären Einrichtungen leben, dazu, an ihrem Lebensabend Sozialhilfe beantra-
697 gen zu müssen, weil sie die steigenden Heimkosten nicht mehr bezahlen können. Deswegen
698 brauchen wir auf Bundesebene eine Reform der Pflegeversicherung. Bis dahin wollen wir in
699 Sachsen-Anhalt ein **Landes-Pflegewohngeld** für die Betroffenen. Dies ist bereits Praxis in
700 Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern als einkommens-
701 und vermögensabhängige Leistung gezahlt.

702

703 Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung kein Geriatrie-Konzept vorgelegt hat. Wir
704 wollen eine wohnortnahe, intensiviertere geriatrische Versorgung für ganz Sachsen-Anhalt si-
705 cherstellen.

706

707 Immer mehr ältere Menschen erkennen die Chancen der Nutzung des Internets. Sie haben
708 aber Sorgen, dass sie in der digitalen Welt in Situationen geraten können, denen sie nicht
709 gewachsen sind. Wir wollen deswegen seniorenspezifische Beratungsangebote in Sachsen-
710 Anhalt vernetzen und ausbauen.

711

712 Das Gleiche gilt für den gleichberechtigten Zugang zu Leistungen für alle Senior*innen egal
713 welcher Herkunft – Sprachbarrieren und kulturelle Hinderungsgründe sind abzubauen, so
714 dass eine kultursensible Altenhilfe gewährleistet werden kann.

715
716 DIE LINKE wendet sich auch weiterhin konsequent gegen Altersdiskriminierung und Gewalt
717 an Älteren in der Gesellschaft. Die Gewalt gegen ältere Menschen, die im häuslichen Bereich
718 gepflegt werden, hat aktuellen Studien zufolge zugenommen. Das ist nicht hinnehmbar. Wir
719 brauchen eine Kultur der Achtung und Freundlichkeit im Umgang mit den Senioren. Ihnen
720 muss mehr Gehör für ihre Belange geschenkt werden. Direkte Demokratie mit Rede-, Anhö-
721 rungs- und Antragsrecht auf allen politischen Ebenen ist dafür notwendig. Dafür wollen wir
722 mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz sorgen.

723

724

725 **I.6 Ostdeutsch: Selbstbewusst und Selbstbestimmt**

726

727 Seit drei Jahrzehnten werden die Menschen vertröstet, wenn es um die Korrektur von Fehlern
728 und Versäumnissen der deutschen Einheit geht. Es ist überfällig, die verschiedenen ostdeut-
729 schen Perspektiven, die Erfahrungen aus zwei politischen Systemen anzuerkennen und ernst
730 zu nehmen, was dauerhafte Deindustrialisierung, Niedriglohnpolitik, kulturelle Ignoranz und
731 Abwanderung für jede Region und ihre Menschen bedeuten können. DIE LINKE wird auch
732 deswegen die verfehlte Treuhandpolitik der 90er Jahre und ihre Folgen für Sachsen-Anhalt
733 weiter thematisieren.

734

735 Der wirtschaftliche Kahlschlag in den 90er Jahren ging Hand in Hand mit einem Elitenwechsel,
736 der Ostdeutsche von Karrierewegen und Spitzenpositionen ausschloss. Diese Einstellungspol-
737 itik hat sich verfestigt und grenzt nun eine junge Generation aus, die nicht mehr in der DDR
738 aufgewachsen ist. Es spricht auch für das persönliche Versagen des Ministerpräsidenten Ha-
739 seloff, die Förderung des ostdeutschen Nachwuchses in den Ministerialverwaltungen, Lan-
740 desämtern und Wissenschaftseinrichtungen versäumt zu haben. In den meisten Leitungsbe-
741 reichen dieser Institutionen sind Ossi in der Minderheit. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass
742 endlich mehr Ostdeutsche in Schlüsselfunktionen kommen.

743 Es muss Schluss damit sein, dass jede grundsätzliche Kritik an den Problemen mit Verweis
744 auf die DDR diskreditiert und abgebügelt wird. Denn wer jetzt in den Ruhestand geht, hat 30
745 Jahre im vereinten Deutschland gearbeitet und gelebt. Es ist nicht akzeptabel, dass bereits
746 heute mehr als 40 Prozent der Ostdeutschen nach mindestens 40 Versicherungsjahren weni-
747 ger als 1000 Euro Rente haben, genau so wenig akzeptabel wie Armutsrenten im Westen.

748

749 Die bei der Renten-Überleitung gemachten Fehler müssen endlich behoben werden. Zu viele
750 Gruppen sind betroffen: die in der DDR geschiedenen Frauen, Bergleute der Braunkohlevered-
751 lung, Krankenschwestern, Tänzerinnen und Tänzer, Angestellte bei der Post oder der Eisen-
752 bahn und andere mehr. Sogar die aus der DDR Geflohenen und Ausgereisten wurden nach
753 der Wiedervereinigung wieder nachträglich zu Ostdeutschen im Rentenrecht. Im 30. Jahr der
754 Einheit erwarten sie endlich Gerechtigkeit und nicht nur die Behandlung von Härtefällen.
755 Hierbei ist auch Verantwortung für ehemalige ausländische Vertragsarbeiterinnen und Ver-
756 tragsarbeiter in der DDR anzuerkennen.

757 Wir setzen uns für die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen in den 30 Jahren nach der
758 deutschen Einheit ein. Die Bewältigung von Umbrüchen, Enttäuschungen, Neuanfängen und
759 die Bewahrung von Selbstbewusstsein nach vielen Erniedrigungen hat gerade in Sachsen-
760 Anhalt für sehr viele Menschen einen Erfahrungsvorsprung im Umgang mit Krisen und Kon-

761 flikten mit sich gebracht. Wir wollen diese, zum Teil auch mit bitteren Erfahrungen verbunde-
762 nen Erkenntnisse gern weitergeben.

763

764

765 **Teil II: Fortschritt, den wir meinen**

766

767 **II.1 Wirtschaft: Ein Investitionspaket für Sachsen-Anhalt schnüren**

768

769 Der Corona-Lockdown hat die wirtschaftliche Existenz vieler Betriebe und Gewerbetreibende
770 bedroht und in Frage gestellt. Die Landesregierung hält sich dagegen zu Gute, „das größte
771 Soforthilfe-Programm für Unternehmen in der Geschichte Sachsen-Anhalts aufgelegt“ zu ha-
772 ben. Tatsächlich hat sie im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur wenig Landesgelder für
773 finanzielle Hilfen und öffentliche Investitionen mobilisiert. „Bisher“, so kritisiert der DGB-,
774 „macht das Land ‚Dienst nach Vorschrift‘... Fakt ist: Mit dieser mutlosen Politik ist kein Auf-
775 bruch möglich. Vier von fünf Unternehmen in Sachsen-Anhalt rechnen mit Umsatzeinbußen,
776 dem Bruttoinlandsprodukt des Landes wird ein empfindlicher Rückgang prognostiziert.“¹ Zu
777 lange hat sich die KENIA-Koalition der trügerischen Sicherheit hingegeben, dass Sachsen-
778 Anhalt besser als andere durch die Krise gekommen sei. Dagegen haben z.B. Thüringen und
779 Baden-Württemberg für Soloselbstständige einen „Unternehmerlohn“ als Zuschuss zum Le-
780 bensunterhalt aufgelegt. Dies wurde von der CDU in Sachsen-Anhalt bis November 2020 blo-
781 ckiert.

782

783 Von März bis Oktober 2020 haben 23.000 Betriebe in unserem Land Kurzarbeit für ihre Be-
784 schäftigten in Anspruch genommen. Durchschnittlich 70.000 Beschäftigte waren davon pro
785 Monat betroffen. Kurzarbeit bedeutet in einem Niedriglohnland wie Sachsen-Anhalt ein er-
786 höhtes Armutsrisiko. Der „Corona-Effekt“ bei der Arbeitslosenquote lag im Oktober 2020 bei
787 1,4 Prozentpunkte. Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu 2019 auf ... gestiegen. Sicherlich
788 gibt es in anderen Bundesländern höhere Steigerungsraten. Aber von Statistik kann sich nie-
789 mand etwas kaufen, Kinder versorgen, Raten und Mieten bezahlen.

790

791 **Ein Konjunktur- und Investitionspaket für Sachsen-Anhalt schnüren**

792

793 Öffentliche Investitionen sind der Schlüssel für die Gestaltung der Zukunft nach der Pande-
794 mie. Das Land Sachsen-Anhalt verfügt über enorme Möglichkeiten, gestärkt aus der Krise
795 hervorzugehen. DIE LINKE fordert ein erweitertes Konjunktur- und Investitionsprogramm für
796 Sachsen-Anhalt und steht dabei an der Seite des DGB. Wir stimmen mit den Gewerkschaften
797 überein, dass die historisch einmalige Niedrigzinslage an den Kapitalmärkten für eine solche
798 Investitionsoffensive genutzt werden muss. In diesem Sinne sollten wir uns für die Umsetzung
799 der Forderung des DGB einsetzen, einen **Sachsen-Anhalt-Fonds** als Sondervermögen einzu-
800 richten: Der Fonds wird vom Land ... durch Kredite mit Eigenkapital ausgestattet, „das der
801 Fonds durch Anleihen zu den historisch niedrigen Zinskonditionen des Landes vervielfacht.
802 Auf dieser Basis kann der Fonds die öffentlichen Investitionen massiv ausweiten – z.B. für
803 Schulen, Straßen, Kitas, Krankenhäuser, den öffentlichen Personennahverkehr. Obligatorisch
804 ist dabei, dass jede Investition mit einem eigenen Tilgungsplan versehen wird. Wichtige Zu-
805 kunftsinvestitionen können jetzt vorgenommen und über die Nutzungsdauer refinanziert wer-

¹Drei Säulen- Konzept des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt, Magdeburg Juli 2020, S. 11

806 den. Der Sachsen-Anhalt-Fonds richtet sich dabei explizit auch an Kommunen, indem kom-
807 munale Investitionen durch Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaften (ÖÖP) gemeinsam mit dem
808 Fonds getätigt werden können.“² Aus unserer Sicht wäre dies auch für einen Einstieg in die
809 Errichtung weiterer kommunaler Pflegebetriebe zu nutzen.

810

811 **Den Strukturwandel erfolgreich gestalten**

812

813 Bereits vor der Pandemie sah sich Sachsen-Anhalt mit großen Herausforderungen bei der
814 Umgestaltung seiner Wirtschaft konfrontiert. Die durch den Klimawandel erforderlichen
815 Transformationsprozesse betreffen Kernbereiche der Wirtschaft, wie die Autozulieferer, die
816 Energiewirtschaft und das Mitteldeutsche Revier, die Land- und Forstwirtschaft. Viele Men-
817 schen haben verstanden, dass das auf dem Verbrennen fossiler Rohstoffe basierende Wirt-
818 schäftsmodell unumkehrbar zu Ende geht. Mit dem Verbrennen von Kohle und Erdöl kann
819 keine wirtschaftliche, technologische und soziale Zukunft mehr gesichert werden. Doch die
820 Unterstützung für ökologische Umbauprozesse hängt nicht nur entscheidend davon ab, wie
821 dieser Prozess sozial abgefedert wird, sondern wie stark ihn die Menschen selbst in ihren
822 Regionen mitgestalten können. DIE LINKE will die Mittel zur Bewältigung des Strukturwandels
823 dazu nutzen, ein Landesförderprogramm „Klimaschutz in der Industrie“ aufzulegen. Dies wird
824 Zuschüsse für Klimaschutzprojekte in kleinen und mittelständischen Betrieben umfassen so-
825 wie langfristige zinslose Kredite zur klimagerechten Umstellung von Produktionsverfahren.
826 Mit Überleitungsgesellschaften setzen wir auf gezielte Weiterbildung und Qualifizierung der
827 Beschäftigten.

828

829 Wir müssen den Strukturwandel nutzen, um die noch zu schwach ausgeprägte industrielle
830 Basis unseres Landes zu stärken und vor der Wirtschaftskrise zu schützen. Dabei setzen wir
831 auf **Schlüsselzweige** wie die chemische und pharmazeutische Industrie, den Maschinen- und
832 Anlagenbau und die Lebensmittelwirtschaft. Sachsen-Anhalt ist ein wichtiger Standort der
833 Solarstromproduktion. Wir haben damit gute Voraussetzungen, zukunftsfähige Strukturen
834 aufzubauen und den Zustand einer verlängerten Werkbank zu überwinden. Statt vorrangig
835 Zulieferer für westdeutsche und internationale Konzerne zu sein, wollen wir eine Industriepoli-
836 tik, die Wertschöpfung stärker in Sachsen-Anhalt verankert. Sachsen-Anhalt kann gerade im
837 Bereich der Erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze gewinnen, wenn die Weichen jetzt
838 richtig gestellt werden und der Strukturwandel für eine umfassende Mobilitätswende, die
839 Nutzung der Solarenergie, den Ausbau der Windkraft unter Berücksichtigung der Natur-
840 schutzbelange, die Reduzierung des Energieverbrauchs in allen Lebensbereichen und die För-
841 derung regionaler Wirtschaftskreisläufe genutzt wird.

842

843 DIE LINKE fordert wie auch der DGB einen institutionalisierten Strukturwandel-Dialog der So-
844 zialpartner.

845

846 DIE LINKE stellt fest, dass die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland die Interessen des
847 Landes Sachsen-Anhalt geschädigt haben und seine industriepolitische Entwicklung behin-
848 dern. Wir fordern die Aufhebung dieser Sanktionen.

849

850 Wir werden die **Regionale Innovationsstrategie über das Jahr 2020 hinaus weiterentwi-**
851 **ckeln.** Dabei stellen wir das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt
852 – wichtig ist der dauerhafte Aufbau eigener Forschungskapazitäten bei den Unternehmen.

² Drei Säulen- Konzept des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt, Magdeburg Juli 2020, S. 11

853 **Die Wirtschaftsförderung muss dem Gemeinwohl dienen**

854

855 Wenn es um Fachkräfte und attraktive Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft und im öffent-
856 lichen Sektor geht, steht Sachsen-Anhalt im harten Wettbewerb mit anderen Regionen. Das
857 starrsinnige Festhalten an Billiglöhnen und schlechten Sozialstandards sorgt nicht für mehr
858 Wettbewerbsfähigkeit, sondern für mehr Abwanderung. Es stärkt nicht den Wirtschaftsstand-
859 ort, sondern schwächt die Kaufkraft. Es vergrault den ostdeutschen Nachwuchs nach Westen.

860

861 Nicht nur in der Krise zeigt die CDU, dass sie wenig für die Interessen und Notlagen vor allem
862 der kleinen und mittleren Betriebe übrighat. Sie fokussiert sich meist auf Großinvestitionen
863 und nicht auf die kleinen und mittleren Betriebe, die wir im Land haben. Während der Pande-
864 mie hat sie sich kaum um Solo-Selbständige und Unternehmen der Veranstaltungsbranche
865 gekümmert. DIE LINKE sagt: Unser Land verfügt über enorme Einflussmöglichkeiten für die
866 Gestaltung einer zukunftsorientierten, sozialen, gerechten und innovativen Wirtschaftsstruk-
867 tur. Wirtschaftsförderung muss an Tariflöhne, gute Arbeit und Mitbestimmung im Betrieb ge-
868 koppelt sein. Guter Lohn und Gute Arbeit sind Standortfaktoren für Fachkräfte. Wir werden
869 **Subventionen** so einsetzen, dass Unternehmen nachhaltiger und ökologischer wirtschaften.

870

871 **Damit Handwerk goldenen Boden hat**

872

873 Wir wollen das Handwerk und den Mittelstand weiter unterstützen, denn sie wirtschaften so-
874 lide, innovativ und kreativ. **Unternehmerinnen und Unternehmer, die die Risiken der**
875 **Selbstständigkeit tragen und in den bei uns überwiegend kleinen und mittleren Be-**
876 **trieben wirken, ermöglichen Beschäftigung, Ausbildung und Innovation.** Sie brauchen
877 Unterstützung beim Wachstum, weniger Bürokratie und Hilfe bei der Unternehmensnachfolge.
878 Vor allem in den Bereichen Berufsausbildung und Unternehmensgründungen und -nachfolge
879 wollen wir mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Zukunftssicherung der
880 Unternehmen beitragen.

881

882 **Regionale Wirtschaftskreisläufe sind wichtiger denn je**

883

884 Die Lieferengpässe von medizinischer Schutzausrüstung und Medikamenten, aber auch von
885 Lebensmitteln und Verbrauchsgütern haben uns die Bedeutung einer leistungsfähigen Regio-
886 nalwirtschaft unmissverständlich vor Augen geführt. Just-in-time-Produktion und die Verlage-
887 rung von Lagerkapazität auf die Straße in Form der Ausweitung des LKW-Verkehrs gehören
888 zum Problem und nicht zur Lösung. Die Diversifizierung der Wirtschaft- und Landwirtschafts-
889 struktur und Stärkung der Eigenversorgung insbesondere in den Bereichen der Daseinsvor-
890 sorge und des Bevölkerungsschutzes durch ausreichende Bestände an Schutz- und anderer
891 medizinischer Ausrüstung ist notwendig.

892

893 Solidarische und kooperative Wirtschaftsformen, wie Genossenschaften, Sharing- und
894 Tauschplattformen, Sozialunternehmen usw. wollen wir systematisch fördern und entwickeln,
895 in den Kommunen und im Land. Genossenschaften sind eine gute Möglichkeit, um kleine Be-
896 triebe im ländlichen Raum zu erhalten. Belegschaften können so gemeinsam ihre Betriebe
897 fortführen.

898

899

900

901

902 **Start-Ups, Gründerinnen und Gründer fördern**

903

904 Ohne neue unternehmerische Ideen kann keine Wirtschaft auskommen. Deswegen wollen wir
905 Netzwerke der Kreativ- und IT-Branche, der Wissenschaft und Unternehmen aus anderen
906 Wirtschaftszweigen fördern. Die Schaffung von Co-Working-Spaces soll unterstützt werden.
907 Mit einem neuen Förderprogramm »Zweite Chance« wollen wir zunächst gescheiterten Grün-
908 derinnen und Gründern einen neuen Anlauf ermöglichen. Das bisher ungenutzte Potential in
909 Sachsen-Anhalt wollen wir analysieren und in eine **neue Existenzgründungsstrategie ein-**
910 **fließen lassen**. Die Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sollen sicht-
911 barer werden, um **Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen**.

912

913 **Tourismus – Mehr als ein Wirtschaftsfaktor**

914

915 Touristische Angebote sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern dienen auch der Lebens-
916 qualität vor Ort. Deswegen sprechen wir uns für integrierte Entwicklungskonzepte in den
917 Kommunen aus, die sich an Einwohnerinnen und Einwohner als auch an die Touristinnen und
918 Touristen wenden. Die Aufsplittung der Tourismusförderung zwischen verschiedenen Ministe-
919 rien und dem Landestourismusverband muss überwunden werden. **Wir wollen das integrierte**
920 **Landesmarketing mit Hilfe der Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) aus**
921 **einer Hand entwickeln**. Daneben brauchen die regionalen Tourismusverbände eine weitere
922 Stärkung durch das Land sowohl für ein regionales Marketing als auch der touristischen Inf-
923 rastruktur. Wegen der hohen Kinderarmut benötigen wir zum einen den Ausbau von Förder-
924 angeboten, die sich direkt an die Betroffenen wenden, als auch die institutionelle Unterstüt-
925 zung von Einrichtungen wie Jugendherbergen, Schullandheimen und Ferienfreizeitanbietern.
926 Ziel sind hier nicht nur hohe Umsätze, sondern ein breites soziales Angebot. Der **Kulturto-**
927 **rismus** mit seinen fünf Unesco-Weltkulturerbestätten, als auch der naturnahe Tourismus, wie
928 z. B. die Harzregion, der Elbe-Radweg und der Wassertourismus, müssen vor allem über das
929 regionale Marketing weiterentwickelt werden.

930

931 Vorrangige Aufgabe wird in den Jahren 2021 und 2022 die Sicherung und Unterstützung der
932 durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigten touristischen Infrastruktur sein. Das be-
933 trifft die Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe und die Veranstaltungsbranche in ihrer
934 Gesamtheit. Dazu dienen eine Grundsicherung der Selbständigen in diesem Bereich sowie
935 spezielle Programme zur Erleichterung des Neustarts von zwischenzeitlich geschlossen oder
936 eingeschränkten Angeboten. Eine solche Forderung setzt die Einhaltung der Standards für
937 gute Arbeit voraus.

938

939

940 **II.2 Energiewende: Sozial, ökologisch und vor Ort**

941

942 **Die Energiewende muss sozial werden, denn sie belastet die Menschen mit geringen**
943 **Einkommen zu stark**. Energiearmut ist die soziale Kehrseite der Energiewende. Bundesweit
944 wurden 2018 gegen etwa 300.000 Haushalte Stromsperrn verhängt. Dass dies viele Hartz-
945 IV-Empfänger*innen betrifft, ist nicht erstaunlich. Zwischen 2008 und 2018 stieg der Strom-
946 preis um rund 40 Prozent, während der Anteil für die Stromkosten im Regelsatz der Grundsich-
947 erung nur um 27 Prozent erhöht wurde. DIE LINKE fordert eine Erhöhung der Regelsätze
948 und eine jährliche Strompauschale. Wir werden uns weiter für ein gesetzliches Verbot von
949 Stromsperrn einsetzen. Darüber hinaus setzen wir uns für Sozialtarife für Strom ein. Strom-
950 sparen muss belohnt werden. Wir brauchen ein sozial gerechtes Strompreissystem. Die Ver-

951 braucher*innen dürfen nicht weiter für die enorme Rabatte für energieintensive Branchen zu
952 Kasse gebeten werden.

953

954 DIE LINKE fordert, Mittel der EU, des Bundes und des Landes in einem **Strukturfonds zur**
955 **Bewältigung des Klimawandels** für die unterschiedlichen Herausforderungen zu bündeln,
956 sei es die Verkehrswende, die Agrarwende oder jegliche anderen strukturellen Veränderun-
957 gen. Die bevorstehende Stilllegung, der Rückbau und die Renaturierung der Bergbauanlagen
958 erfordern die intensive Unterstützung von Bundes- und Landesregierung.

959

960 Wir wissen die Lebensleistung von Bergleuten zu schätzen. In den bevorstehenden Um-
961 bruchsprozessen wollen wir ihnen in der nächsten Legislaturperiode Wegbegleiter für neue
962 Arbeitsplätze sein. Die Kumpel wollen keinen mitleidigen oder gar zynischen Nachruf. Sie
963 brauchen glaubhafte Zukunftsperspektiven.

964

965 Sachsen-Anhalt ist Energieexportland und liegt bei der Erzeugung erneuerbarer Energien (oh-
966 ne offshore-Anlagen) im Ländervergleich vorn. Energie soll nach unserer Auffassung dort ver-
967 braucht werden, wo sie erzeugt wird! Deshalb hält DIE LINKE den Bau der Übertragungslei-
968 tung SuedOstLink für einen strategischen Fehler, weil die Energieregion einen Standortvorteil
969 verliert. Der SuedOstLink ist vor allem auf den Nutzen Bayerns und Baden-Württembergs aus-
970 gelegt, die ihren Windenergieausbau vernachlässigt haben.

971

972 Die Zeit des Abschieds von den fossilen Energien ist gekommen. Auch wenn viele Menschen
973 sich das noch nicht vorstellen können, verstehen sie doch, dass dies unvermeidbar ist. Denn
974 ohne Klimaschutz werden die Felder verdorren, die Wälder sterben und die Unwetter zuneh-
975 men. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss daher den Umbau unseres Energiesys-
976 tems mit Ziel des vollständigen Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen vorantreiben. Zur Errei-
977 chung der Klimaschutzziele ist der Ausbau der Energien erforderlich. Sachsen-Anhalt kann
978 dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu braucht es allerdings weiterer Ansiedlungen von
979 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in der Region

980

981 **DIE LINKE lehnt ein weiteres Endlager für Atommüll in Sachsen-Anhalt ab.**

982

983 **Was für den Ausbau der erneuerbaren Energien nötig ist**

984

985 Die Potentiale für erneuerbare Energien sind noch längst nicht erschöpft. Bei der Windenergie
986 droht durch das Auslaufen der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und
987 den Ausbaudeckel ein Rückgang der Energieproduktion. Bürgerenergieprojekte werden be-
988 nachteiligt, Großinvestoren gefördert. Daher fordern wir eine Änderung des EEG auf der Bun-
989 desebene. Gleichzeitig sind die Chancen des Repowering im Einklang mit den Interessen von
990 Mensch und Natur zu nutzen.

991

992 Die Erzeugung von Strom und Warmwasser durch Sonnenenergie muss stärker ausgebaut
993 werden. Dabei setzen wir vorrangig auf das Potential auf den Dächern und sehen insbeson-
994 dere die öffentliche Hand in einer Vorbildrolle, die Dächer ihrer Liegenschaften zur Energieer-
995 zeugung zu nutzen. Biogasanlagen verstetigen das Angebot an erneuerbaren Energien, denn
996 sie können Strom und Wärme kontinuierlich produzieren und speichern. Dabei ist uns wichtig,
997 dass vielfältige Substrate in den Biogasanlagen eingesetzt werden. Unser Hauptaugenmerk
998 liegt vorrangig in der Verwertung von Abfall- und Reststoffen landwirtschaftlicher Unterneh-

999 men. Dagegen soll die Produktion von Energiepflanzen nur in einem ökologisch vertretbaren
1000 Maß erfolgen.

1001

1002 **Wie wir die Energieversorgung organisieren wollen**

1003

1004 Wir stehen für reale Bürgerbeteiligung an der Energiewende und der Demokratisierung der
1005 Energiewirtschaft. Träger einer solchen Entwicklung sind aus unserer Sicht nicht die großen
1006 Energiekonzerne, sondern lokale Unternehmen von Stadtwerken bis hin zu Energiegenossen-
1007 schaften. DIE LINKE will eine dezentrale und digital vernetzte Energieversorgung, die sowohl
1008 wirtschaftlichen und sozialen als auch ökologischen Aspekten gerecht wird. Dezentrale Mo-
1009 delle zur Energieversorgung in den Städten und Dörfern sind nachhaltiger und daher vorrangig
1010 zu entwickeln. Produktion und Verteilung von Energie gehören als Teil der Daseinsvorsorge in
1011 die öffentliche Hand. Dazu wollen wir kommunale Eigentumsformen und Genossenschaften
1012 fördern, da sie die Möglichkeit einer demokratischen Mitsprache durch die Verbrau-
1013 cher*innen sichern. Initiativen, die sich für eine weitgehende Selbstversorgung mit Energie in
1014 ihren Regionen und Kommunen engagieren, soll das Land unterstützen.

1015

1016 Neben der Erzeugung von erneuerbarer Energie sind aus unserer Sicht vor allem auch deren
1017 effiziente Nutzung und Einsparung stärker in den Mittelpunkt der Energiepolitik zu stellen.
1018 Denn es geht um Ressourcenschonung. Energetische Gebäudesanierung insbesondere lan-
1019 deseigener Gebäude muss weiter vorangetrieben werden. Neubauten sollen Passivhausstan-
1020 dard haben.

1021

1022 Gleichzeitig gewinnt die Energiespeicherung an Bedeutung. Speichermöglichkeiten und auch
1023 stoffliche Nutzung z.B. mit grünem Wasserstoff sind wegweisend für die Dekarbonisierung der
1024 Industrie, machen erneuerbare Energien kontinuierlich verfügbar und dienen der regionalen
1025 Wertschöpfung. Deshalb wollen wir diese Projekte im Zuge des Strukturwandels weiter för-
1026 dern.

1027

1028

1029 **II.3 Klimaschutz: CO₂-Austoß reduzieren, Naturschutz verbessern**

1030

1031 Klimawandel und Umweltzerstörung nehmen weltweit ein immer gefährlicheres Ausmaß an.
1032 Die Verschmutzung unserer Gewässer, das Insektensterben und riesige Plastikstrudel im
1033 Ozean zeigen, wie weit die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen voranschreitet.
1034 Die Folgen des Klimawandels sind auch in Sachsen-Anhalt unübersehbar und bedrohlich. Die
1035 andauernden internationalen Proteste gegen die Klima- und Umweltzerstörung sind dagegen
1036 ein Zeichen der Hoffnung. Die Fridays-for-future-Bewegung unterstützen wir wegen ihres mu-
1037 tigen Kampfes für eine neue Klimapolitik. Die Klimaschutzbewegung erinnert uns immer wie-
1038 der daran, dass der Klimawandel die Armen als erstes betrifft und wie die Reichen von der
1039 Zerstörung und Verschmutzung unserer Lebensgrundlagen profitieren.

1040

1041 Wir wollen einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen, der mit einem Sozial- und Klimacheck politi-
1042 sche Entscheidungen und staatliches Handeln auf ihre Auswirkungen prüft und beratend tätig
1043 ist.

1044

1045

1046

1047

1048 **Energieverbrauch senken**

1049

1050 Zur Reduzierung von CO₂ muss der Energieverbrauch drastisch reduziert werden. Moderne
1051 Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sollen nicht nur im Kraftwerksbau berücksichtigt werden,
1052 sondern auch dort, wo Wärme entsteht (z.B. große Rechenzentren). Die Ausgaben für die
1053 energetische Sanierung von Gebäuden sollen nicht auf die Mieten umgelegt werden. Landes-
1054 liegenschaften werden nach Möglichkeit mit Solaranlagen ausgestattet und auf den energe-
1055 tisch neusten Stand gebracht.

1056

1057 **Was wir zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen tun können**

1058

1059 Wir wollen Anreize für eine erhebliche Reduzierung des Energieverbrauchs des produzierenden
1060 Gewerbes schaffen. Deswegen müssen hier auch gezielt die Fördermittel zur Bewältigung
1061 des Kohleausstiegs eingesetzt werden, um von der fossilen Energieerzeugung in der Industrie
1062 auf alternative Energie umzustellen. Der Verkehr mit Verbrennungsmotoren ist eine Hauptur-
1063 sache für den Anstieg von CO₂ in der Atmosphäre. Die Verkehrswende muss kommen.
1064 Gleichwohl ist Mobilität ein Grundbedürfnis. Die Verkehrswende ist daher ein Hauptpfeiler zur
1065 Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Die Verkehrswende muss sozial und für die Menschen ak-
1066 zeptabel gestaltet werden, Autofahrer dürfen nicht zu Sündenböcken abstempelt werden.
1067 **Gerade in Sachsen-Anhalt sind viele Menschen auf das Auto angewiesen, um ihrer Ar-
1068 beit nachzugehen. Um die Verkehrswende und einen reduzierten Straßenverkehr zu
1069 erreichen, brauchen wir einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, der
1070 für alle bezahlbar ist.** Attraktiv ist der ÖPNV, wenn auch Dörfer im ländlichen Raum in ak-
1071 zeptabler Zeit erreicht werden und das Früh, am Mittag, am Abend und auch in der Nacht.
1072 Der Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene kommt eine große Bedeutung zu. Dafür muss
1073 das Schienennetz massiv ausgebaut werden, was viele Arbeitsplätze schafft. Gleiches gilt für
1074 die Herstellung und den Einsatz schienengebundener Fahrzeuge. Der überregionale LKW-
1075 Verkehr soll auf die Schiene verlagert werden und der Transport zu regionalen Umschlagzen-
1076 tren ermöglicht werden. Von dort transportieren kleinere CO₂-neutrale Transporter die Waren
1077 vor Ort.

1078

1079 **E-Mobilität ist eine notwendige Brückentechnologie**

1080

1081 Die batteriebetriebene E-Mobilität ist eine notwendige Brückentechnologie. Als Technologie
1082 der Zukunft hat Wasserstoff sowohl als Energiespeicher, mobiler Energieträger und Grund-
1083 stoff für die Industrie aus unserer Sicht ein großes Potential. Die Wasserstofftechnologie zu
1084 erforschen und zu entwickeln ist eine Zukunftsaufgabe, der sich bereits unsere Forschungs-
1085 und Wissenschaftslandschaft stellt. Wir werden diese Entwicklung gezielt fördern und damit
1086 aktive Wirtschaftspolitik betreiben.

1087

1088 **CO₂-sparende Lieferketten**

1089

1090 Regionale Wirtschaftskreisläufe und kurze, CO₂-sparende Lieferketten sind für das Klima gut.
1091 Die pure Bepreisung von CO₂ greift zu kurz. Vielmehr muss der gesamte soziale und ökologi-
1092 sche Abdruck, den ein Produkt hinterlässt, berechnet und eingepreist werden. Es ist bequem
1093 darauf zu verweisen, dass die Verbraucher durch ihr Konsumverhalten steuernd eingreifen
1094 können. Jedoch müssen Handel und Produzenten viel mehr in Verantwortung genommen
1095 werden. Die Entsorgung von Einwegverpackungen aus der Umwelt ist für Land und Kommu-
1096 nen teuer. An diesen Kosten muss sich der Handel beteiligen.

1097 Müllimporte stoppen, Recycling und Müllvermeidung fördern

1098

1099 Die Menschen vor Ort sind es leid, dass ihnen eine Deponie nach der anderen vor die Nase
1100 gesetzt wird. Verantwortungsloses Handeln wie in der Grube Teutschenthal hat zu Recht gro-
1101 ße Proteste hervorgerufen. Deponien auf geologisch ungeeigneten Flächen wie in Roitzsch
1102 oder Deponien, die Orte mit Staub bedrohen, wie in Grossörner, haben Bürgerinitiativen ge-
1103 gen Mülldeponien entstehen lassen. Die Menschen nehmen es nicht mehr hin, dass ihnen der
1104 Müll aus ganz Europa vor die Füße gekippt wird. Daher kämpft DIE LINKE gegen Müllimporte,
1105 wo sie kann. Müllentsorgung muss öffentlicher Auftrag sein und gehört nicht in die Hand pri-
1106 vater Geschäftemacher. Daher muss im Abfallentsorgungsplan klar festgelegt werden, wo
1107 welcher Müll zu entsorgen ist und dem Wildwuchs privater Mülldeponien muss Einhalt gebo-
1108 ten werden. Beim Verbrennen von Müll in Betonwerken müssen die gleichen Anforderungen
1109 zu Immissionsrecht gelten, wie in Müllverbrennungsanlagen.

1110

1111 Der beste Müll ist der, der nicht entsteht. Schon bei der Herstellung neuer Materialien muss
1112 deren Entsorgung bzw. Wiederverwertbarkeit mitgeplant werden. Eine Kreislaufwirtschaft, die
1113 Ihren Namen verdient, darf daher nicht die Deponierung von Müll als „Baustoff“ tarnen oder
1114 die Verbrennung in Verbrennungsanlagen und Betonwerken als „Brennstoff“ deklarieren,
1115 sondern muss die Stoffe wieder in den wirtschaftlichen Umlauf bringen. Insbesondere For-
1116 schungsprojekte zum Kohlenstoffkreislauf wie „CarbonTrans“ möchten wir fördern, damit
1117 zukünftig aus Kohlenstoff im Müll wieder hochwertige Produkte oder Synthesestoffe für die
1118 chemische Industrie werden. Bauten der öffentlichen Hand sollen zukünftig einen Mindestan-
1119 teil an Recycling-Baustoffen haben.

1120

1121 Gewässerschutz

1122

1123 Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie tritt weitgehend auf der Stelle. Das Land muss
1124 endlich auch mit eigenem Geld die Umsetzung der WRRL vorantreiben. Die Durchgängigkeit
1125 der Fließgewässer ist Voraussetzung für eine naturnahe Entwicklung und die Wanderung von
1126 Fischarten. Dabei ist auch eine Kombination mit dem Tourismus reizvoll. Der Stoffeintrag in
1127 die Gewässer, z.B. Nitrate und Phosphate muss weiter reduziert werden. Nitrateintrag ist
1128 durch strenge Anwendung der Düngeverordnung, durch Blühstreifen an Gewässerrändern und
1129 durch staatliche Kontrollen weiter zu verringern. Nutzungskonflikte um Wasser müssen vor
1130 Ort moderiert werden. Dabei haben die Trinkwasserversorgung und die Versorgung der Natur
1131 Vorrang.

1132

1133 Natur- und Artenschutz

1134

1135 Der Rückgang der Tier- und Pflanzenarten hat weltweit ein bedrohliches Ausmaß angenom-
1136 men, so dass Wissenschaftler bereits von einem Auslöschungsereignis sprechen. Als Land
1137 können wir direkt auf den Schutz von Ökosystemen und von einzelnen Arten Einfluss neh-
1138 men. Dabei unterstützen die Umweltverbände, Vereine vor Ort sowie die Landschaftspflege-
1139 verbände den Staat. Sie sollten deswegen vertrauensvoll als Partner auf Augenhöhe behan-
1140 delt werden. Die Naturparks sollen stärker unterstützt werden. Die umweltpädagogischen
1141 Angebote wollen wir ausweiten. Gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten müssen mit mehr
1142 staatlichem Geld bekämpft werden, wenn sie einheimische Arten bedrohen. Die Naturschutz-
1143 behörden sollen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben umfas-
1144 send zu erfüllen. Moore speichern große Mengen an CO₂ durch den Aufbau und die Speiche-

1145 rung von Torf. Daher sind bestehende Moore zu schützen. Moore sind zu wertvoll, um als
1146 Blumenerde zu enden.

1147

1148 **Biotopverbände und Alleen**

1149

1150 Biotopverbände haben eine wichtige ökologische Funktion, da Arten darin wandern können.
1151 Mit dem Grünen Band haben wir einen großen Biotopverbund, der weiter ausgebaut werden
1152 muss. Aber auch Alleen und Baumreihen sind für unsere Kulturlandschaft unerlässlich. Daher
1153 möchte DIE LINKE einen **Alleenfonds** nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern, um
1154 den Erhalt aber insbesondere die Neuerschaffung von Alleen und Baumreihen zu finanzieren.
1155 Ein Baumkataster muss zukünftig baumgenau den Zustand unserer Alleen darstellen.

1156

1157

1158 **II.4 Land- und Fortwirtschaft: Ausverkauf stoppen, Wälder retten**

1159

1160 Die Landwirtschaft hat für Sachsen-Anhalt als Arbeitgeberin, Investorin, soziale Akteurin und
1161 Gestalterin der Kulturlandschaft eine herausragende Bedeutung. Der beste Garant für eine
1162 verantwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der Agrarflächen in Sachsen-Anhalt ist
1163 eine vielfältige Agrarstruktur mit einer breiten Eigentumsstreuung, vielfältigen Betriebsgrößen
1164 und regionaler Verankerung. Wir wollen die Stellung der Landwirt*innen in der Gesellschaft
1165 und die Wertschöpfungskette durch die Orientierung auf den Ausbau regionaler Kreisläufe für
1166 Verarbeitung und Vermarktung stärken. Eine tiergerechte, flächenangepasste Nutztierhaltung
1167 ist wichtiger Teil der Landwirtschaft. Wir setzen uns schon lange und auch weiterhin für
1168 Chancengleichheit ostdeutscher Agrarunternehmen ein. Sie dürfen nicht wegen ihrer Größe
1169 und Leistungsfähigkeit benachteiligt werden.

1170

1171 **Eine Bodenpreisbremse für Sachsen-Anhalt**

1172

1173 Die Privatisierung ehemals volkseigenen Bodens durch die bundeseigene BVVG wurde zum
1174 maßgeblichen Türöffner für landwirtschaftsfremdes Kapital zum Bodenmarkt. Diese landwirt-
1175 schaftsfremden Investoren sind eine existenzbedrohende Gefahr für die ortsansässigen Agrar-
1176 betriebe geworden, sei es direkt durch den Aufkauf ganzer oder den Erwerb von Anteilen an
1177 Agrarbetrieben und indirekt durch explodierende Bodenkauf- und Pachtpreise. Denn ihnen
1178 geht es nur um Maximalprofit – ohne Rücksicht auf örtliche Strukturen, Umwelt oder Arbeits-
1179 plätze. Wir müssen alles tun, um dem einen Riegel vorzuschieben. Dazu gehört auch, den
1180 Druck auf den Bund zu erhöhen, die Privatisierung ehemals volkseigener Flächen zu beenden
1181 und diese in einem öffentlichen Bodenfonds auf Bundes- oder Landesebene für langfristige
1182 Verpachtung an ortsansässige Agrarbetriebe im Interesse nachhaltiger Landnutzungskonzept-
1183 e zu sichern. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden denen ermöglichen, die ihn auch
1184 bearbeiten. Wir wollen deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken und Bodenver-
1185 käufe zur Sicherung der Agrarstruktur im Land regeln. Eine bundeseinheitliche Regulierung
1186 von Anteilsverkäufen und bei der Besteuerung von Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen ist
1187 unabdingbar. Bei der Verpachtung landeseigener Flächen sollen ortsansässige Betriebe vor-
1188 rangig berücksichtigt sowie eine besonders umweltgerechte Bewirtschaftung angestrebt wer-
1189 den.

1190

1191

1192

1193

1194 **Unser Agrarleitbild**

1195

1196 Für die Zukunft der Landwirtschaft ist die Fortsetzung der Agrar-Leitbilddiskussion unter Be-
1197 teiligung des Berufsstandes und der Zivilgesellschaft unerlässlich. DIE LINKE will eine am
1198 Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwer-
1199 punkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Die Landwirtschaft braucht
1200 verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen einen Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und
1201 sozialer Verantwortung. Wir wollen einen leichteren Zugang zu gesunden, regional produzier-
1202 ten Lebensmitteln für öffentliche Einrichtungen und ihre Küchen und Kantinen ermöglichen.

1203

1204 DIE LINKE will die Agrarförderung an Tier-, Umwelt- und Klimaschutz sowie hohe soziale Stan-
1205 dards binden. Dieser Einsatz soll sich für die Betriebe auch wirtschaftlich lohnen – sowohl bei
1206 der Flächenförderung als auch bei freiwilligen Programmen. Innovative Klimaanpassung, CO₂-
1207 Reduzierung, Wassermanagement, Humusaufbau, extensive Bewirtschaftungsformen, z.B.
1208 Agroforstsysteme sollen unsere Landwirtschaft zukunftsfest machen. Dabei geht es uns um
1209 ein Dünge- und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes
1210 sowie dem Erhalt der Biodiversität, dem Gewässer-, Boden- (Wasser- und Winderosion) und
1211 Immissionsschutz gerecht wird. Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Totalherbiziden
1212 wie Glyphosat ein und wollen den Einsatz von Pestiziden und schädlichen Düngeverfahren
1213 zurückdrängen.

1214

1215 Der Landtag soll bei der Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Agrarförderung in der
1216 nächsten EU-Förderperiode mitwirken, um den bürokratischen Aufwand im Antragsverfahren
1217 zu reduzieren. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger
1218 ertragreichen Gebieten, im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen be-
1219 rücksichtigen. Wir werden eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die – abhängig von
1220 der regionalen Futtermittelproduktion, den verfügbaren Flächen und den Möglichkeiten der
1221 Verwertung der Abfallprodukte – regionale Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen fest schreibt.
1222 Mit dem Tierschutzplan sollen die nötigen Ressourcen für die Umsetzung des Verbots der
1223 betäubungslosen Ferkelkastration, die Abkehr von engen Kastenständen für Sauen und den
1224 Verzicht auf das Kupieren von Schwänzen bereitgestellt werden. Der Einsatz von Antibiotika
1225 zu Mastzwecken muss verboten werden. Insbesondere dürfen Reserveantibiotika nicht in der
1226 Tierzucht eingesetzt werden. Tierhalter*innen sowie Kontrollbehörden zur Prävention und
1227 Bewältigung von Seuchensituationen sind langfristig bei der Umsetzung von Biosicherheits-
1228 maßnahmen zu unterstützen. Wir brauchen eine Eiweißpflanzenstrategie für Sachsen-Anhalt
1229 im Sinne von Nachhaltigkeit, CO₂-Reduzierung durch Futterimporte, Reduzierung von minera-
1230 lischem Dünger, Artenvielfalt auf Äckern zu entwickeln. Der Energiepflanzenanbau ist auf ein
1231 ökologisch verträgliches Maß zu beschränken und setzt bei Biogasanlagen in erster Linie auf
1232 den Einsatz von Abfall- und Reststoffen.

1233

1234 **Wie der Ökolandbau gefördert werden soll**

1235

1236 Bestehende Betriebe und neueinsteigende im Ökolandbau sind zu unterstützen, insbesondere
1237 bei der Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte. Damit wollen wir einerseits den Aufbau
1238 regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern, um den Bedarf an regional
1239 und ökologisch erzeugten Produkten in den Regionen zu decken und die Erzeuger*innen vor
1240 dem Druck der Handelsketten zu schützen. Andererseits geht es dabei auch um mehr regio-
1241 nale Wertschöpfung und die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen sowie eine bessere
1242 Umwelt- und Klimabilanz der Produktion. Bewirtschaftungs- und Umstellungsprämien sind so

1243 auszurichten, dass das Mindestziel eines 20-prozentigen Anteils an der Gesamtanbaufläche
1244 erreicht wird. Den Anbau von transgenen Organismen lehnen wir ab. Modernen Methoden,
1245 bei denen Pflanzen mittels einer Genschere (Crispr/Cas9) innerhalb des eigenen Genoms in
1246 einer Weise verändert werden, wie es auch durch Züchtung oder natürliche Mutation gesche-
1247 hen kann, stehen wir offen gegenüber.

1248

1249 **Wie wir die Weidetierhaltung voranbringen**

1250

1251 Die Haltung von Weidetieren, wie Schafen, Mutterkühen und Ziegen, erhält unsere Kultur-
1252 landschaft und trägt zur biologischen Vielfalt bei. Sie hilft auch beim Hochwasserschutz. Wir
1253 wollen deswegen eine tierbezogene Weidetierprämie einführen. Konflikte im Zusammenleben
1254 mit geschützten tierischen Rückkehrern wie dem Wolf müssen wir aushalten lernen durch
1255 Aufklärung der Bevölkerung, durch die Wiederentdeckung längst vergessener Kulturtechniken
1256 zum wirksamen Schutz von Weidetieren, aber auch durch einen finanziellen Ausgleich von
1257 Mehraufwand und Schaden für Nutztierhalter*innen. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter
1258 für einen einheitlichen Rechtsanspruch der Weidetierhalter*innen auf finanzielle und rechtli-
1259 che Unterstützung und Beratung beim Herdenschutz ein. Das wissenschaftliche Monitoring
1260 der Wolfspopulation im Land soll mittelfristig ausgebaut und langfristig gesichert werden.

1261

1262 **Gut für Sachsen-Anhalt: Der Weinbau**

1263

1264 Der Weinbau an Saale und Unstrut, der in vergangenen 30 Jahren regelrecht aufgeblüht ist,
1265 gehört zu den erfolgreichsten Zweigen unsere Landwirtschaft. Seit der deutschen Einheit hat
1266 sich die Zahl der Betriebe vervielfacht. Wir wollen dieses prägende Merkmal für die Kultur-
1267 landschaft erhalten, indem wir z.B. die Instandhaltung von Trockenmauern in den Weinbergen
1268 unterstützen. Die Förderung des Weinbaus ist für uns auch ein Beitrag zur Pflege dieser histo-
1269 rischen Kulturlandschaft im Saale-Unstrut-Gebiet. Das Landesweingut wollen wir erhalten.

1270

1271 **Für ein Bienenfreundliches Sachsen-Anhalt**

1272

1273 Wir freuen uns über gute Standortbedingungen für die Bienenzucht, die Zunahme der Bienen-
1274 völker um 30 Prozent und einen Zuwachs bei den Imkerinnen und Imkern. Im Moment haben
1275 wir eine Bienendichte von etwa 1,14 Völkern je Quadratkilometer. Für optimale Bestäubungs-
1276 leistungen benötigen wir zwei bis vier Bienenvölker je Quadratkilometer. Die Förderung der
1277 fachlichen Ausbildung von Imkern sowie der Zuschüsse für Geräte und Ausstattungsgegen-
1278 stände zur Nutzung für die Imkerei soll fortgesetzt werden. Das Schulimkerprojekt im Land
1279 Sachsen-Anhalt wollen wir als gelungenes Beispiel für Nachwuchsarbeit verstetigen, hier wer-
1280 den Schulbildung und Praxis gut miteinander verbunden.

1281

1282 **Wertschätzung für Angler**

1283

1284 Angler sind das gute Gewissen der Gewässer. Sie hegen und pflegen ehrenamtlich die Fisch-
1285 bestände Sachsens-Anhalts. Denn mit dem Fischereiausübungsrecht ist auch untrennbar die
1286 Verpflichtung zum Aufbau und Erhalt naturnaher Fischbestände verbunden. In den letzten
1287 Jahren mussten auch die Anglervereine schmerzlich erleben, welche Auswirkungen Hitze und
1288 Trockenheit auf die Fischbestände im Land haben. Damit sie auch zukünftig arbeitsfähig sind,
1289 ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, sie für Besitzmaßnahmen von standorttypi-
1290 schen Fischarten finanziell zu unterstützen und ihre wertvolle Arbeit im Ehrenamt anzuerken-
1291 nen.

1292 **Sachsen-Anhalts Wälder brauchen dringend Hilfe**

1293

1294 Unsere Wälder sind natürliche CO₂-Senken. Die Bäume speichern den Kohlenstoff im Holz und
1295 setzen wertvollen Sauerstoff frei. Unsere wunderschönen Waldlandschaften sind so bedroht
1296 wie nie. Naturschützer und Verbände warnen: Unser Land wird zum Epizentrum des Wald-
1297 sterbens. Seit Sommer 2017 haben die Folgen des Klimawandels, wie Stürme und Dürren,
1298 aber auch Brände und Schädlinge die größten Verwüstungen seit 200 Jahren hervorgerufen.
1299 Ohne das Zusammenwirken des Landes, des Bundes, der EU und der körperschaftlichen
1300 Waldeigentümer mit den 50.000 privaten Waldbesitzern, meistens Klein- und Kleinstwald-
1301 besitzer, wird es keine wirksame Strategie gegen dieses neue Waldsterben geben.

1302

1303 **Was wir zum Schutz unserer bedrohten Wälder tun müssen**

1304

1305 Die in den Dürrejahre zerstörten Wälder müssen schnellstens wieder aufgeforstet werden.
1306 Monokulturen haben dabei ausgedient. Vielmehr muss bei Aufforstung und Waldumbau da-
1307 rauf geachtet werden, dass naturnahe Mischwälder entstehen, die sich den veränderten
1308 Klimabedingungen anpassen. Damit im Landesforstbetrieb und im Landeszentrum Wald ge-
1309 nügend Stellen neu besetzt werden können, braucht es auch eine bessere Bezahlung des
1310 Personals sowie einer Stärkung der Forstausbildung in Magdeburgerforst. Waldbrandschutz-
1311 konzepte müssen entwickelt und die notwendige Infrastruktur (Wege, Löschwasser) ausge-
1312 baut werden.

1313

1314 Waldbesitzerinnen und -besitzer und Forstbetriebe sollen dabei unterstützt werden, die gro-
1315 ßen Mengen an Schadholz nach den Dürresommern und nach dem Befall mit Borkenkäfern,
1316 aber auch anderen Schädlingen, zu beseitigen. Dazu sind viele Unternehmen wegen der nied-
1317 rigen Holzpreise derzeit nicht in der Lage. Zur Wiederaufforstung wollen wir die bestehende
1318 Förderpraxis vereinfachen und entbürokratisieren. Besitzerinnen und Besitzer von kleinen
1319 Privatwäldern und forstliche Zusammenschlüsse, wie Forstbetriebsgemeinschaften, müssen
1320 künftig besser unterstützt werden, z.B. durch eine Erleichterung der Fördermittelbeantragung.

1321

1322 **Gut fürs Klima: nachhaltige Holznutzung**

1323

1324 Durch die nachhaltige Holznutzung kann der im Holz gespeicherte Kohlenstoff dauerhaft kon-
1325 serviert werden und somit das verbrauchte CO₂ dauerhaft aus der Atmosphäre entfernt wer-
1326 den. Sein Einsatz als Baumaterial sowie auch als Rohstoff für innovative Technologien, wie die
1327 Kunststoffgewinnung, birgt ein großes Potential. Den Vorschlag des Waldbesitzerverbandes
1328 für eine Holzbauquote für die öffentliche Hand halten wir für ökologisch und wirtschaftlich
1329 sinnvoll.

1330

1331 **Waldbesitz bedeutet, dem Gemeinwohl zu dienen – Eigentum verpflichtet**

1332

1333 Wir wollen den Verkauf von Waldflächen aus öffentlichem Besitz stoppen. Öffentliche Wald-
1334 flächen sind für das Gemeinwohl unverzichtbar. Wir plädieren für ein Vorkaufsrecht für regio-
1335 nal ansässige Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Wald darf nicht als reine Kapitalanlage
1336 missbraucht werden. Ein Vorkaufsrecht würde zudem langfristig die Betriebsstrukturen der
1337 Forstbetriebe verbessern. Wir plädieren für eine schrittweise Ausdehnung der Flächen, die
1338 nach den Maßstäben der Zertifizierungsorganisationen³ bewirtschaftet werden. Wir wollen

³ Insbesondere des Siegels des Forest Stewardship Council (FSC) und des Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes (PEFC)

1339 den Anteil der Waldflächen weiter ausbauen sowie zur natürlichen Entwicklung Flächen aus
1340 der kommerziellen Waldbewirtschaftung herausnehmen. Hierbei kommt der Stiftung Natur-,
1341 Umwelt- und Klimaschutz (SUNK) eine besondere Bedeutung zu.

1342

1343 Der Wald ist ein wichtiger Ort für Umweltbildung. Wir stehen deshalb zu den Jugendwaldhei-
1344 men des Landeszentrums Wald und wollen diese finanziell und personell für die Bildungsar-
1345 beit besser ausstatten.

1346

1347 Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der Waldbesitzerinnen
1348 und -besitzer sind ebenso zu berücksichtigen, wie unvermeidbare Nutzungen mit Kraftfahr-
1349 zeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische Ansprüche und die Bedürfnisse
1350 von Anliegerinnen und Anliegern müssen einbezogen werden.

1351

1352 **Tierschutz geht mit links**

1353

1354 Seit 2019 ist der Tierschutz als ein Staatsziel der Landesverfassung. Für dessen Umsetzung
1355 kommt es auf die Arbeit einer Vielzahl von im Ehrenamt Tätigen an. Die Arbeit von Tierheimen
1356 und Tierschutzvereinen muss gewährleistet werden, wobei die kommunale Pflichtaufgabe der
1357 Unterbringung von Fundtieren nicht zu Lasten ehrenamtlicher Tierschutzarbeit gehen darf.
1358 Wir wollen das Amt des Tierschutzbeauftragten weiterführen und ein Verbandsklagerecht für
1359 Tierschutzverbände einführen. DIE LINKE will weg vom Prinzip Rasselsteine bei Hunden. Die
1360 Nachteile für die Tierhalter*innen und der Nutzen für die Sicherheit, müssen neu abgewogen
1361 werden. Die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde muss konsequent umge-
1362 setzt werden, um die Arbeit der Tierheime zu erleichtern. Wir befürworten eine Regelung für
1363 Katzen, um aufgefundene Tiere ihren Halter*innen schnellst möglich zurückgeben zu können.

1364

1365

1366 **II.5 Digitalisierung: Teilhabe statt digitaler Spaltung**

1367

1368 Die Digitalisierung ist allgegenwärtig im Alltag, im Haushalt, in der Freizeit und auf Arbeit. In
1369 der Pandemie zeigte sich aber andererseits besonders deutlich, wer keinen digitalen Zugang
1370 hat, ist von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, ob in Bildung, Arbeit, Kultur oder Frei-
1371 zeit. Die Coronakrise hat die digitale Spaltung der Gesellschaft und die damit einhergehende
1372 soziale Spaltung dramatisch offengelegt: Wer keinen oder nur schlechten Zugang zu digitalen
1373 Kommunikationsmedien hat, wer zudem arm ist, der ist zweifach abgemeldet – digital und
1374 sozial. Die digitale Spaltung unserer Gesellschaft muss überwunden werden, denn sie ist ein
1375 Anachronismus in einer Zeit, in der wir über künftige Formen der Arbeit, des Arbeitsortes und
1376 der Kommunikation neu verhandeln. **Datensouveränität und digitaler Zugang müssen
1377 heutzutage soziale Grundrechte sein.** Denn: Sie sind Bedingungen für demokratische Teil-
1378 habe. Völlig unabhängig, ob in der Stadt oder im ländlichen Raum. Digitaler Zugang ist zu-
1379 gleich auch eine **Grundbedingung moderner Produktion und von erfolgreichen Wirt-
1380 schäftsstandorten.** Auch hier gilt: Digitale Gleichberechtigung in Ost und West, zwischen
1381 Stadt und Land, weltweit - für ein echtes World Wide Web. Anspruch linker Politik muss es
1382 sein, Digitalisierungs- und Arbeitszeitgewinne gerecht zu verteilen. Risiken müssen durch kla-
1383 re gesetzliche Leitplanken eingedämmt werden. Es braucht dafür das entschiedene Ringen
1384 aller linken und progressiven Kräfte um die Gestaltung von digitalen Möglichkeitsräumen.

1385

1386 Das Recht auf Datenschutz ist im 21. Jahrhundert ein Grundrecht und hat zahlreiche Facetten
1387 – von behördlichem Handeln bis in den privaten Alltag. **Datensouveränität, d.h. Schutz der**

1388 **Daten und Persönlichkeitsrechte, hat für uns Priorität, nicht die Aus- und Verwertung**
1389 **ihrer Daten als Geschäftsmodell.** Unternehmen, die gegen Datenschutzaufgaben verstoßen,
1390 müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine Stärkung der Amtsausstattung
1391 des Datenschutzbeauftragten. Wir wenden uns gegen jede Sperr- und Überwachungsinfra-
1392 struktur, denn das Netz soll ein freier gesellschaftlicher Diskursraum sein. Netzsperrern und
1393 Haftungsverschärfungen bei Verweisen/Links für Provider und Verbote auf andere Webseiten
1394 zu verlinken lehnen wir ab. Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung
1395 gilt auch für Beschäftigte. Einer Überwachung von Beschäftigten durch Video, Detektive oder
1396 des E-Mail-Verkehrs ist zu bekämpfen.

1397

1398 **Die Chancen der Digitalisierung**

1399

1400 Die Digitalisierung bietet vor allem durch intelligente Mess-, Auswertungs- und Berechnungs-
1401 systeme enorme **Chancen im Bereich der Energie- und Ressourceneinsparung.** Sie be-
1402 sitzt einen wichtigen Stellenwert bei der **Bewältigung des Klimawandels,** sowohl bei der
1403 Modellberechnung als auch bei der Möglichkeit Treibhausgase und Energie einzusparen. Der
1404 **ökologische Fußabdruck der Digitalisierung** durch die Verwendung von seltenen Erden für
1405 die Hardware oder auch Serverfarmen droht diese Chancen zunichte zu machen. Auch bei
1406 den digitalen Endgeräten selber muss deshalb auf **Nachhaltigkeit und Energiesparsamkeit**
1407 geachtet werden. Hier ist politische Regulierung notwendig, z.B. für eine Mindesthaltbarkeits-
1408 dauer für Geräte.

1409

1410 **Digitale Mitbestimmung am Arbeitsplatz**

1411

1412 Intelligente Systeme/Assistenzsysteme bieten viel Potential, um Arbeit sicherer, effizienter
1413 und gesundheitsschonender zu machen. Die Befreiung von körperlich schwerer oder monoto-
1414 ner Arbeit durch zum Beispiel Pflegeroboter oder unterstützende Roboter, (die helfen schwere
1415 und gesundheitlich bedenkliche Tätigkeiten zu minimieren oder gar zu verhindern) wollen wir
1416 vorantreiben. Die durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz entstehenden **Produktiv-
1417 tätspotentiale** wollen wir zum Nutzen aller freisetzen. DIE LINKE hält eine generelle Arbeits-
1418 zeitverkürzung auf 30 Stunden für möglich. Gleichzeitig treten wir Bestrebungen entgegen,
1419 die diese Technologien zur Arbeitsverdichtung, Stresserhöhung und verstärkter Kontrolle nut-
1420 zen. Mit der Digitalisierung gehen auch Veränderung von Geschäftsmodellen und damit auch
1421 der Beschäftigtenstruktur und Veränderungen im Arbeitsprozess einher. Plattformarbeit oder
1422 auch Crowdfunding bewegen sich in rechtlichen Grauzonen. Sie schaffen durch Deregulie-
1423 rung neue prekäre Arbeitsformen und soziale Entsicherung. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will
1424 ein **Verbot oder enge Begrenzung** der Verlagerung von Tätigkeiten auf Subunternehmen
1425 oder neue Formen der Scheinselbständigkeit (Plattformökonomie) Die Mitbestimmungsrechte
1426 der Belegschaften und Betriebsräte müssen dagegen erweitert werden. Gemeinsam mit Ge-
1427 werkschaften, Experten im Bereich Arbeitsrecht und Arbeitsmedizin müssen sie für den Be-
1428 reich der Plattformökonomie neu formuliert werden.

1429

1430 **Digitale Infrastruktur für Unternehmen, Verwaltung und Bildung ausbauen**

1431

1432 Der freie Markt hat beim Ausbau des schnellen Internets versagt. Die Landesregierung wird
1433 ihr Ziel, alle Schulen bis Ende 2020 ans Glasfasernetz anzuschließen, verfehlen. Viele Länder
1434 sind beim Anschluss an schnelles Internet, vor allem an Glasfaser deutlich weiter als Sach-
1435 sen-Anhalt. Was wir vor allem im ländlichen Raum brauchen, sind Lösungen wie der Zweck-
1436 verband Altmark und/oder staatlich geförderte Glasfasernetze im öffentlichen oder genos-

1437 senschaftlichen Eigentum. Jeder Haushalt muss ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen
1438 Internetanschluss haben. Schnelles Internet ist für DIE LINKE Bestandteil der Daseinsvorsor-
1439 ge, d.h. digitaler Zugang muss soziales Grundrecht sein und darf nicht nach wirtschaftlichen
1440 Renditeerwägungen punktuell erfolgen. Der Einsatz einer durchgehenden Glasfasertechnolo-
1441 gie muss Ziel des Landes sein, da nur diese in der Lage ist, die permanent steigenden Bedarfe
1442 an symmetrischen Down- und Upstreambandbreiten zu bewältigen.

1443

1444 Für die Digitalisierung in den Kommunen fordern wir eine Kommission aus Vertreter*innen
1445 von Land und Kommunen, welche die Standards und Ziele verbindlich formuliert und die Ver-
1446 teilung der notwendigen Mittel vornimmt.

1447

1448 **Mobilfunk – 5G-Ausbau**

1449

1450 Wir wollen in Sachsen-Anhalt bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation
1451 (5G) vorangehen. Schnelles Internet wollen wir an jeder Milchkanne. Denn davon sollen nicht
1452 nur städtische, sondern auch ländliche Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für
1453 eine umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht
1454 vom Geldbeutel abhängt. Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand
1455 weniger Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder genos-
1456 senschaftlich zu organisieren.

1457

1458 **Unterstützung von Freifunkinitiativen**

1459

1460 Die Schaffung von freien Internetzugängen ist in der durch Digitalisierung geprägten Welt ein
1461 wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Die zumeist ehrenamtlichen Freifunkinitiativen leisten
1462 dazu einen aner kennenswerten Beitrag. DIE LINKE will das gemeinnützige Engagement für die
1463 digitale Gesellschaft anerkennen und sich auf Bundesebene aktiv dafür einsetzen, dass Frei-
1464 funkinitiativen in der Abgabenordnung als gemeinnützig anerkannt werden. Die Landesförde-
1465 rung für Freifunknetze und WLAN wollen wir fortführen und weiter ausbauen. Für den weite-
1466 ren Ausbau von Freifunkinfrastruktur wollen wir auch, dass die landeseigenen Behörden und
1467 ihre Gebäude zur Verfügung gestellt werden.

1468

1469

1470 **II.6 Entwicklungspolitik: Globale Gerechtigkeit, die wir meinen**

1471

1472 Entwicklungspolitik lebt auch von Veränderung. Deshalb war es wichtig, dass DIE LINKE auf
1473 eine Überarbeitung und Aktualisierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien (EPL) unter Mit-
1474 wirkung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen hingewirkt hat. Aspekte wie lebenslanges
1475 Lernen, weltweite soziale Gerechtigkeit, Demokratiebildung und Friedenspolitik sind dabei für
1476 uns von zentraler Bedeutung. Die Stellen für die Eine-Welt-Promotor*innen-Stellen sind weiter
1477 zu finanzieren. Die Unterstützung des Fairen Handels, der nachhaltigen Beschaffung und von
1478 nachhaltigem Konsum können zur Armutsbekämpfung im globalen Süden beitragen. Ein ers-
1479 ter richtiger Schritt wäre das Vergabegesetz in Sachsen-Anhalt zu ändern, denn die Einhal-
1480 tung von Menschenrechten und verbindliche Umwelt- und Sozialstandards (ILO-
1481 Kernarbeitsnormen) in den Lieferketten sowie entsprechende Offenlegungspflichten dürfen
1482 nicht freiwillig sein, sondern ein Muss. Grundsätzlich wollen wir die Bildungsarbeit für nach-
1483 haltige Entwicklung mehr fördern, das heißt globalem Lernen mehr Raum geben. Die Länder
1484 des globalen Südens können durch Wissenstransfer über unsere Hochschulen mehr Unter-
1485 stützung erfahren und davon profitieren. Um auf Landesebene erfolgreiche entwicklungspoli-

1486 tische Arbeit zu leisten, wollen wir den Runden Tisch Entwicklungspolitik weiter institutionalisieren.
1487
1488

1489

1490

Teil III: Bildungsgerechtigkeit, die wir meinen

1491

III.1. Schule: Wir werden den Mangel beenden!

1493

1494 Der massive Lehrkräftemangel, der Rückstand in der digitalen Ausstattung, der Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule und die mangelnde Integration von Schüler*innen mit Migrationserfahrungen sind die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem. Unter den Bedingungen der Pandemie wurden dadurch ungezählte Schüler*innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Durch das Engagement und die Kreativität von Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen wurden an vielen Schulen in kurzer Zeit neue, mediengestützte Kommunikationsformen erprobt. Dies darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die Pandemie die soziale Schere in unserem Bildungssystem vergrößert hat. DIE LINKE tritt dafür ein, die erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen.
1500
1501
1502
1503

1504

Damit kein Kind abgehängt wird: Schulen ans Netz

1505

1506 Die Krise hat es gezeigt: Deutschland ist ein Entwicklungsland in Sachen digitalen Lernens. Um digitale Lernformen künftig für alle besser nutzbar zu machen, müssen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für leistungsfähiges Internet erhalten. DIE LINKE will außerdem sicherstellen, dass jede/r Schüler*in über ein internetfähiges Gerät und einen WLAN-Zugang verfügt. Für die Verbesserung des Bildungserfolgs gilt es neben der technischen Ausstattung aber auch, die kompetente Nutzung moderner Medien für die Gestaltung von Lernprozessen durch den verantwortungsbewussten und kreativen Umgang mit diesen Systemen durch Lehrer*innen und die Schüler*innen zu unterstützen, digitale Mündigkeit der Schüler*innen zu entwickeln und einen effektiven Datenschutz zu gewährleisten. Die Schulen brauchen solche IT-Systeme, die die Arbeit mit offenen Bildungsmaterialien uneingeschränkt ermöglichen.
1511
1512
1513
1514
1515
1516

1517

Volksbegehren umsetzen – unser Programm gegen den Personalmangel

1518

1519 Als Ziel für eine ausreichende Personalausstattung macht sich Die LINKE die Forderungen des Volksbegehrens „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“ zu eigen und wird dafür streiten, die dort geforderten Personalschlüssel im Schulgesetz zu verankern. **Dafür sollen in den Schuljahren 2021/22 bis 2025/26 mindestens 7.000 neue Lehrkräfte für den Schuldienst des Landes gewonnen werden.**
1524

1525

1526 Um diese Personalausstattung baldmöglichst zu erreichen, strebt DIE LINKE mit beiden Universitäten des Landes Ergänzungszielvereinbarungen an, um die **Lehrerausbildung von derzeit 1.000 auf 1.500 Erstsemesterplätze auszubauen**. Außerdem muss gemeinsam mit den Universitäten eine stärkere Ausrichtung der Fächerwahl der Lehramtsstudierenden am Bedarf des Landes erreicht werden. Um die Ausbildung und den Einsatz der neuen Lehrkräfte effizienter zu gestalten, soll die universitäre Ausbildung für die allgemeinbildenden Schulen nur noch in zwei Lehramtslaufbahnen stattfinden – eine Laufbahn für die Primarstufe einschließlich der sonderpädagogischen Fachrichtungen und eine Laufbahn gemeinsam für die Sekundarstufen I und II.
1531
1532
1533
1534

1535 Für den Vorbereitungsdienst sollen weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche des Landes
1536 (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) eingerichtet werden. Schulträger sollen mehr
1537 Zuständigkeit bei der Gewinnung von Lehrkräften bekommen. Außerdem sollen im Vorberei-
1538 tungsdienst in Abhängigkeit von der regionalen Bedarfssituation Anwärtersonderbezüge ge-
1539 zahlt werden, um im Wettbewerb mit den Nachbarbundesländern konkurrenzfähig zu sein.

1540

1541 Wir wollen zu jeder Zeit Einstellungen ermöglichen und auch die Rückkehr aus anderen Bun-
1542 desländern fördern. Durch schnelle Entscheidungen vor Ort wollen wir die Einstellungsverfah-
1543 ren verkürzen und den Schulen mehr Verantwortung und Einfluss einräumen. Es ist alles dafür
1544 zu tun, Bewerber*innen frühzeitig an einem Einsatz am vorgesehenen Einsatzort zu interessie-
1545 ren und dort gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen. Durch frühzeitige Ein-
1546 stellungszusagen sollen Gemeinden und Landkreise motiviert werden, bereits Studierende
1547 und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst aus ihrer Region zu unterstützen.

1548

1549 Der Schuldienst des Landes wird noch über lange Zeit auf viele Seiteneinsteiger*innen ange-
1550 wiesen sein. DIE LINKE wird dafür Sorge tragen, dass diese Lehrkräfte berufsbegleitend eine
1551 vollwertige pädagogische Ausbildung erhalten, unabhängig von der Zahl der Unterrichtsfä-
1552 cher. Auch wer sich ohne zusätzliche Ausbildung im Unterrichtseinsatz über längere Zeit be-
1553 währt, soll eine Laufbahnbefähigung erhalten und somit auf Dauer nicht schlechter bezahlt
1554 werden als Kolleg*innen mit grundständiger Lehrerausbildung.

1555

1556 Lehrkräfte sind Fachleute für das Lernen im Unterricht und benötigen dafür die Unterstützung
1557 anderer pädagogischer Professionen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass
1558 pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen in allen Schulen und entspre-
1559 chend des jeweiligen Bedarfs dauerhaft und unabhängig von EU-Förderprogrammen zum Ein-
1560 satz kommen. Beim Bedarf orientieren wir uns an den Personalschlüsseln aus dem Volksbe-
1561 gehren „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“. Um die regionalen Kennt-
1562 nisse für einen effizienten Einsatz der Lehrkräfte zu nutzen und die Verantwortung der Kom-
1563 munen als Schulträger zu stärken, werden wir für Gemeinden und Landkreise durch Modell-
1564 versuche die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen vorgegebener Stellenkontingente den Lehr-
1565 kräftebedarf für ihre Schulen selbst zu planen.

1566

1567 **Was wir gegen Schulschließungen und für Neu- oder Erweiterungsbauten tun**

1568

1569 In Sachsen-Anhalt sind in 30 Jahren mehr als die Hälfte aller staatlichen Schulen geschlossen
1570 worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im staatlichen Schulnetz. DIE
1571 LINKE wird entsprechend des Verfassungsauftrages das öffentliche Schulwesen stärken. Die
1572 Vorgaben für Schulgrößen und Klassenstärken an den staatlichen Schulen werden aufgehoben
1573 und durch globale Personalzuweisungen ersetzt. Die Entscheidung über die Schulstandor-
1574 te wird so vollständig an die Schulträger übertragen. Wir setzen uns ebenso für faire Entwick-
1575 lungsbedingungen der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft ein.

1576

1577 Jeder Schule sollen ausreichend Räume zur Verfügung stehen. Schulen sollen nicht mehr
1578 überfüllt werden. Bei der rechtzeitigen Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten
1579 müssen die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützt werden.
1580 Wir werden verbindliche Vorgaben für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden schaf-
1581 fen. Außerdem sollen die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzzuweisungen
1582 in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewälti-

1583 gen. Bei Neubauten und Grundsanierungen müssen Pädagog*innen, Schüler*innen, Eltern
1584 und weiterer Partner*innen der Schulen verbindliche Mitsprache erhalten.

1585

1586 **Länger gemeinsam Lernen – eine Erfolgsgeschichte**

1587

1588 Die Gemeinschaftsschulen haben sich in der letzten Wahlperiode gegen Widerstände aus der
1589 CDU als erfolgreiche Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert. Sie sind bei im-
1590 mer mehr Schüler*innen und ihren Eltern beliebt, weil die Entscheidung über den Bildungs-
1591 weg länger offengehalten wird. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Gemein-
1592 schaftsschulen sollen künftig neben dem mittleren Schulabschluss auch eine Hochschulzu-
1593 gangsberechtigung vergeben können. Dafür wollen wir die Einrichtung kleiner gymnasialer
1594 Oberstufen ermöglichen. Darüber hinaus sollen alle Gemeinschaftsschulen eine Fachoberstu-
1595 fe einrichten können, um in Kooperation mit Berufsbildenden Schulen die Fachhochschulreife
1596 anzubieten. Gemeinschaftsschulen sollen dafür ein attraktives polytechnisches Profil entwi-
1597 ckeln, bei dem praxisorientiertes Lernen von Anfang an und verstärkt ab dem 7. Schuljahr-
1598 gang einen festen Platz hat. Für Sekundarschulen soll es attraktiv werden, sich in Gemein-
1599 schaftsschulen umzuwandeln. Wir streben auf der Basis freiwilliger Entscheidungen von Schu-
1600 len und Schulträgern einen vollständigen Übergang zu einem Schulsystem aus zwei Säulen im
1601 Bereich der Sekundarstufe I an, bestehend aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien.

1602

1603 **Inklusion an den Schulen voranbringen**

1604

1605 Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für alle Schüle-
1606 rinnen und Schüler verbindlich und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Gewährleistung
1607 des sozialen Zusammenhalts. Inklusion kann und muss besser gelingen. Um dieses Ziel zu
1608 erreichen, werden wir die Rahmenbedingungen für die sonderpädagogische Förderung in Re-
1609 gelschulen strukturell verbessern und vor allem deutlich mehr qualifizierte Pädagogen einset-
1610 zen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werden wir Regionale Förderzentren ermögli-
1611 chen, um so einen Übergang vom bisherigen Förderschulsystem zu einem inklusiven Schul-
1612 system zu erreichen. Ab der 7. Klasse können bei Bedarf Förderklassen an Regelschulen der
1613 Sekundarstufe I eingerichtet werden.

1614

1615 **Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort gestalten – Horte ins Schulgesetz!**

1616

1617 Bildung für alle ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftlichen
1618 Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt. Auf diesem Weg
1619 kommen der Ausweitung der Lernzeit, dem längeren gemeinsamen Lernen in Gemeinschafts-
1620 schulen, der Entwicklung von inklusiv arbeitenden Regelschulen, der Erweiterung von Ganz-
1621 tagsangeboten und der flächendeckenden Etablierung von Schulsozialarbeit und praxisorien-
1622 tiertem Lernen entscheidende Bedeutung zu. Gute Bildung braucht ausreichend Zeit. Deshalb
1623 will DIE LINKE eine 10jährige Vollzeitschulpflicht für alle Schüler*innen. Ziel ist es, dass alle
1624 mindestens den mittleren Schulabschluss (Realschulabschluss) nach 10 Schuljahren errei-
1625 chen können. Dabei kann das 10. Schuljahr auch an einer Berufsbildenden Schule in der dua-
1626 len Ausbildung absolviert werden.

1627

1628 Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte mit ihren spezifi-
1629 schen Angeboten einen größeren Beitrag leisten, Freiräume für Kreativität und Gemein-
1630 schaftsarbeit schaffen sowie Raum für Sport, Erholung und Besinnung bieten. Die notwendige
1631 enge Kooperation von Grundschulen und Horten soll durch die Verankerung der Horte im

1632 Schulgesetz gewährleistet werden, wobei die bisherige Trägervielfalt erhalten bleiben soll.
1633 Außerdem wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um Ganz-
1634 tagsangebote an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszu-
1635 bauen.

1636

1637 **Eigenverantwortung und Schuldemokratie**

1638

1639 Damit Schulen Motoren ihrer eigenen Entwicklung werden, müssen sie über organisatorische,
1640 finanzielle und pädagogische Fragen selbst mehr entscheiden können. DIE LINKE wird sich
1641 dafür einsetzen, dass die Gesamtkonferenzen mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten. **Dabei**
1642 **soll es auch möglich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die**
1643 **Drittel-Parität einzuführen.** Außerdem sollen die Schulträger aufgefordert werden, den
1644 Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushaltes als Budget zur eigenen Bewirtschaftung
1645 zur Verfügung zu stellen.

1646

1647

1648 **III.2 Kitas und Jugend: Beitragsfrei für alle**

1649

1650 DIE LINKE will einen uneingeschränkten Rechtsanspruch der Kindertagesbetreuung für alle
1651 Kinder. Dieser gilt unabhängig von ihrer familiären oder sozialen Situation. **Wir wollen bei-**
1652 **tragsfreie Kitas für alle.** Dafür haben wir ein transparentes Finanzierungssystem erarbeitet,
1653 dass sich an den Personalkosten orientiert und den schrittweisen Einstieg in die Beitragsfrei-
1654 heit für Eltern schafft. Das gemeindliche Defizit wollen wir auflösen. Der Personalschlüssel
1655 muss den individuellen Bedarfen Rechnung tragen und soll schrittweise angepasst werden.

1656

1657 Auch für die Kindertagespflege müssen vernünftige Arbeitsbedingungen geschaffen werden.
1658 Dazu zählt vor allem, dass, wie die Kitas auch, die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und
1659 Qualitätsvereinbarungen mit den Jugendämtern abschließen kann. Dies hilft, die tatsächlichen
1660 Kosten transparent zu machen und die Einkommen der Tagespflegepersonen anzuheben.
1661 Tagespflegepersonen müssen aus prekärer Beschäftigung heraus. Wir werden eine kostenlo-
1662 se Mittagsversorgung für alle Kinder in Kitas und Tagespflege schaffen. Auch Trinkbrunnen
1663 sollten in allen Einrichtungen vorhanden sein.

1664

1665 Das Programm „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ wollen wir um den Bereich der
1666 Medienpädagogik erweitern. Im engen Dialog mit den Trägern von Einrichtungen setzt sich
1667 DIE LINKE dafür ein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen die Horte an die Grundschulen zu
1668 übertragen.

1669

1670 **Jugendämter, Hilfen zur Erziehung, Ombudschaften, Jugendhilfeplanung**

1671

1672 In vielen Bereichen befinden sich unsere Jugendämter in einer schwierigen Lage. DIE LINKE
1673 wird in einen Qualitätsdialog mit den Kommunen treten, um die personelle Ausstattung der
1674 Jugendämter zu erfassen, um diese zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau und die Weiter-
1675 entwicklung der Netzwerke Früher Hilfen und Kinderschutz sowie die Förderung präventiver
1676 und niedrigschwelliger Angebote insbesondere im ländlichen Raum. Es muss auch gelingen,
1677 den Bereich Hilfen zur Erziehung arbeitsfähiger zu gestalten, Hilfen zielgenauer zu gestalten
1678 und problematischen Kinderschutzverläufen möglichst frühzeitig präventiv zu begegnen und
1679 zu verhindern. Für die Hilfen zur Erziehung in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugend-
1680 psychiatrien gilt: Wir brauchen ein gelingendes Übergangsmanagement und verbindliche Ko-

1681 operationsstrukturen. Beide Strukturen müssen enger miteinander verzahnt werden, um die
1682 Hilfen passgenau für jeden jungen Menschen anzubieten. Kinder, Jugendliche und ihre Fami-
1683 lien müssen bei ihrem Recht auf Jugendhilfe stärker unterstützt werden. Deswegen will DIE
1684 LINKE die flächendeckende Einführung von Ombudsstellen in allen Landkreisen und kreis-
1685 freien Städten. Lokale und regionale Jugendhilfeplanungen brauchen Aktualität sowie verbind-
1686 liche quantitative und qualitative Mindeststandards. Dafür treten wir ein. DIE LINKE nimmt
1687 den Auftrag des SGB VIII ernst, die Jugendhilfeplanungen der Landkreise und kreisfreien Städ-
1688 te und die des Landes stärker als bisher aufeinander abzustimmen.

1689

Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

1691

1692 Die Förderung der Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit (ehemals Jugendpauschale und
1693 Fachkräfteprogramm) wollen wir um mindestens eine halbe Million Euro erhöhen. Wir sind
1694 bestrebt, eine Dynamisierung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr gesetzlich zu verankern.
1695 Die Evaluation des KJHG LSA nehmen wir zum Anlass, einen Flächenfaktor bei der Förderung
1696 einzuführen, um Benachteiligungen im ländlichen Raum zu überwinden. Wir werden im Dialog
1697 mit den Kommunen prüfen, welche Eigenanteile von den Trägern vor Ort zukünftig leistbar
1698 sind. Die Beschäftigten in der Jugendarbeit kommen oft zu kurz, viele befinden sich in einer
1699 prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation. Die Jugendarbeit braucht deshalb, eben-
1700 so wie Jugendverbände, eine gesicherte und auskömmliche Finanzierungsgrundlage. Für DIE
1701 LINKE gilt generell: Guter Lohn für gute Arbeit. Dies gilt auch für die Beschäftigten in der Ju-
1702 gendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Wir setzen uns für mehrjährige Zuwendungsbescheide,
1703 eine tarifgerechte Eingruppierung und Bezahlung analog zum öffentlichen Dienst in der Ju-
1704 gendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell geförderten Trägern und Beratungs-
1705 stellen ein. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von personellen Mindeststandards für den
1706 erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Der
1707 Jugend(medien)schutz muss verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfeplanungen werden.

1708

Kinder- und Jugendteilhabegesetz

1709

1711 Bereits 2014 hat DIE LINKE ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet. Kinderrechte in
1712 die Landesverfassung aufnehmen, Wählen ab 14 Jahren, mehr Mitsprache auf der Ebene der
1713 Kommunen und des Landes, mehr Rechte für Schülerinnen und Schüler – das wollen wir wei-
1714 terhin erreichen.

1715

Kinder- und Jugendpolitik auf Landesebene

1716

1717
1718 Beim Landtag soll eine **Kinderkommission** als parlamentarischer Unterausschuss eingerich-
1719 tet werden. Sie vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt. Ein
1720 regelmäßiger Austausch der Kinderkommission mit den Vertreter*innen des Netzwerkes ge-
1721 gen Kinderarmut Sachsen-Anhalt, dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., der Lan-
1722 desvereinigung für kulturelle Jugendbildung und anderen soll darüber hinaus genutzt werden,
1723 auftretende Problemstellungen schneller zu erkennen und entsprechende Lösungen zu entwi-
1724 ckeln. Der/die Kinderbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mit-
1725 glied der Kinderkommission sein.

1726

1727

1728

1729

1730 **Angebote für queere junge Menschen**

1731

1732 Der 7. Kinder- und Jugendbericht Sachsen-Anhalts konstatiert ein zu geringes Angebot für
1733 junge queere, inter* und trans* Menschen. Dabei ist es eben diese Gruppe, die am häufigsten
1734 angab, Opfer von Gewalt geworden zu sein⁴. Das Jugendpolitische Programm des Landes
1735 und die örtlichen und überörtlichen Jugendhilfeplanungen müssen daher im Hinblick auf
1736 queere Lebensweisen angepasst werden. Die Leitsätze für Diversität, die der Landesjugend-
1737 hilfeausschuss beschlossen hat, müssen umgesetzt werden. Dazu gehört, dass in einer zent-
1738 ralen Anlaufstelle in Landkreisen und kreisfreien Städten zukünftig Beratungsangebote ge-
1739 schaffen werden sollen.

1740

1741 **Verlässliche Förderung des Sports**

1742

1743 Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau der Sportinfrastruktur des Landes und der
1744 Kommunen ein. Kinder und Jugendliche sollen Sportstätten in den Städten und Gemeinden
1745 kostenfrei nutzen dürfen. Sport treiben zu können, soll nicht vom Einkommen und sozialen
1746 Status abhängen. Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen extreme Rechte,
1747 Diskriminierung und Gewalt sowie für die integrative Wirkung der Sportvereine sollen erhöht
1748 und nachhaltig festgeschrieben werden. Ebenso werden wir die Ausbildung neuer Übungslei-
1749 ter und -leiterinnen sowie Trainer und Trainerinnen fördern.

1750

1751

1752 **III.3 Studium und Wissenschaft fördern**

1753

1754 Wie sehr unsere Hochschulen und Unis gebraucht werden, zeigt sich bei der Bewältigung der
1755 Pandemie und der Klimakrise. Auch die Folgen des Lockdowns müssen erforscht werden. Wir
1756 brauchen die Wissenschaft für die Überwindung der Wirtschaftskrise und den Strukturwandel.
1757 Dabei geht es nicht nur um hochinnovative Ausgründungen, sondern auch um die ökonomi-
1758 sche, psychologische und soziologische Begleitforschung. Gleichwohl sind die Hochschulen
1759 und wissenschaftlichen Institute DIE Innovationsmotoren und willkommene Partner um die
1760 wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. DIE LINKE steht zur Freiheit von Forschung und
1761 Lehre und deren Einheit, zum Prinzip Bildung durch Wissenschaft und zur Autonomie der
1762 Hochschulen. Bei allem gesellschaftlichen Anspruch an die Hochschulen, bleiben Forschung
1763 und Lehre ihre Hauptaufgaben. Die **Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung**
1764 sollen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Grundlagenforschung ist die tragende
1765 Säule, ohne die keine anwendungsorientierte Forschung möglich ist.

1766

1767 **Wie DIE LINKE für die Hochschulen fördern will**

1768

1769 **Die Hochschulbudgets sind jährlich um 3 Prozent zu erhöhen**, wobei Tarifierhöhungen in
1770 vollem Umfang auszugleichen sind. In den letzten Jahren wurden die Hochschulen immer ab-
1771 hängiger von befristeten Projektfinanzierungen. Diese Fehlentwicklungen müssen korrigiert
1772 werden. Zusätzliche Bundesmittel dürfen nicht weiter als Kürzungsreserve des Finanzminis-
1773 ters zweckentfremdet werden. Auf den sogenannten Corona-Solidarbeitrag der Hochschulen
1774 sollte verzichtet werden. Da der Trend einer **Akademisierung von Berufen** anhält, müssen
1775 den Hochschulen auch dafür zusätzliche Mittel zu Verfügung gestellt werden. Diese neuen
1776 Aufgaben, z.B. bei den Hebammen, den Pflegeberufen oder Physiotherapeut*innen sollten

⁴ Siehe 7. Kinder- und Jugendbericht LSA, Teil A, 2.7 Herausforderungen im jugendlichen Alltag, S. 134, Anstrich 2

1777 nicht zu Lasten bisheriger Studienplätze gehen. Die Hochschulen spielen für die **Bekämpfung**
1778 **des Fachkräftemangels** eine zentrale Rolle. Ein großer Fokus liegt dabei auf Mathematik,
1779 Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik, den sogenannten MINT-
1780 Fächern.

1781
1782 Um dem drohenden **Ärztmangel** entgegenzuwirken, sollen an den beiden medizinischen
1783 Fakultäten jeweils 75 zusätzlich Studienplätze entstehen. Schon heute ist absehbar, dass in
1784 den nächsten 10 Jahren 50 Prozent Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen in den Ruhe-
1785 stand gehen. Deswegen werden wir unverzüglich 20 zusätzliche Studienplätze an der MLU
1786 einrichten. Mit der Universität, den Kammern und den Krankenkassen muss das Land eine
1787 Vereinbarung abschließen, die den zukünftigen Bedarf, die notwendigen Studienplatzkapazitä-
1788 ten und deren Finanzierung berücksichtigt.

1789
1790 DIE LINKE hält an den beiden **Hochschulmedizin-Standorten Halle und Magdeburg** fest,
1791 verschließt sich jedoch nicht einer stärkeren Verzahnung und fairen Abstimmung darüber,
1792 welches Profil am jeweiligen Standort angeboten wird. Um ein dauerhaftes Defizit der Univer-
1793 sitätsklinik zu vermeiden, wollen wir einen Systemzuschlag und die Ausfinanzierung der
1794 Hochschulambulanzen durch die Krankenkassen. Die **Vielfalt der Fächer** macht unsere
1795 Hochschulen attraktiv. Daher hält DIE LINKE daran fest. Das gilt auch für die sogenannten
1796 kleinen Fächer. Gleichwohl sollen echte Kooperationsplattformen mehr Kraft in einzelnen
1797 Disziplinen entwickeln. Die Kooperation der Universitäten mit den **Hochschulen für ange-**
1798 **wandte Wissenschaften** ist dabei auszubauen. Wir setzen uns weiterhin für das Promotions-
1799 recht der Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein. DIE LINKE garantiert die Weiter-
1800 führung des **staatlichen Studienkollegs** an den Standorten Halle und Köthen mit einer an-
1801 gemessenen Ausstattung. Den existierenden privaten Kollegs stehen wir offen gegenüber,
1802 fordern aber die Einhaltung von Qualitätsstandards ein. Einen weiteren Wildwuchs werden wir
1803 verhindern.

1804 1805 **Was DIE LINKE für die Studierenden tun will**

1806
1807 Wer in Sachsen-Anhalt sein Bachelorstudium erfolgreich absolviert, soll eine **Masterstudien-**
1808 **platzgarantie** bekommen. Wir stehen ohne Wenn und Aber für ein **gebührenfreies Studium**
1809 ein. Es ist in dieser Wahlperiode gelungen, die Langzeitstudiengebühren abzuschaffen. **Jetzt**
1810 **müssen auch die Lehr- und Lernmittelgebühren fallen**, die ein Studium, z.B. in experi-
1811 mentellen Fächern der Naturwissenschaften, teuer machen. Auch **die Zweitstudiengebüh-**
1812 **ren sollen abgeschafft** werden. Denn niemand darf dafür bestraft werden, wenn er dem
1813 gesellschaftlichen Ruf nach lebensbegleitendem Lernen folgt.

1814
1815 Die **Studentenwerke** werden wir finanziell besser ausstatten, damit die Beiträge nicht weiter
1816 steigen. Dem Hochschulpakt muss endlich ein Hochschulsozialpakt folgen, mit dem Wohn-
1817 heimbau und -sanierung und eine bessere Mensaversorgung gewährleistet wird. Das **Bafög**
1818 muss endlich elternunabhängig, auf einem real grundsichernden Niveau und für die gesamte
1819 Dauer des Studiums gezahlt werden. Wir wollen ein kostengünstiges **landesweites Studie-**
1820 **renticket** für den ÖPNV einführen.

1821 1822 **Was DIE LINKE für die Hochschulbeschäftigten tun will**

1823
1824 DIE LINKE wird einen Kodex für gute Beschäftigung im Hochschulgesetz verankern und die
1825 Forderungen nach guter Arbeit in der Wissenschaft, dauerhafte Arbeitsperspektiven im Wis-

1826 wissenschaftlichen Mittelbau und fairen Karrierechancen durch Tenure Track erfüllen. Alle Arbei-
1827 ten, die dauerhaft anfallen, sollen durch unbefristet angestellte Mitarbeiter erledigt werden.
1828 Teilzeitjobs oder befristete Arbeitsverträge wollen wir zurückdrängen.

1829
1830 Der **Abbau von Barrieren** endet für uns nicht bei der Gestaltung von Räumen, Wegen und
1831 Gebäuden. Auch unterschiedliche Zugänge zu wissenschaftlicher Arbeit durch Hilfs- und Un-
1832 terstützungssysteme müssen an den Hochschulen ermöglicht, Barrieren für Studierende oder
1833 Beschäftigte mit Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen abgebaut werden. Dazu
1834 gehören unter anderem flexible Studienzeiten, frühzeitige Beratung und Studienplatzzusagen
1835 sowie wirksame Nachteilsausgleiche.

1836
1837 **Wie wir Frauen an den Hochschulen fördern wollen**

1838
1839 **Der Frauenanteil an den Berufungen muss erhöht werden.** Die Berufungsgremien müs-
1840 sen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden In den Zielvereinbarungen mit den
1841 Hochschulen sollen dazu verbindliche Quoten im Sinne eines »Kaskaden-Modells plus« ver-
1842 einbart werden. Danach ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil einer jeden wissenschaft-
1843 lichen Karrierestufe durch eine Steigerung des tatsächlichen Anteils der Frauen auf der direkt
1844 darunter liegenden Qualifizierungsstufe. Das Leben mit Kindern oder die Verantwortung für
1845 familiäre Aufgaben darf kein Hinderungsgrund für ein erfolgreiches Studium sein, nicht für
1846 Frauen und nicht für Männer. Flüchtlingen soll der Zugang zu den Hochschulen unabhängig
1847 vom Aufenthaltsstatus gewährt werden. Wir unterstützen Initiativen der Hochschulen, statt
1848 der Formalen Nachweise der Studierfähigkeit Flüchtlingen durch Prüfungen den Hochschul-
1849 zugang zu ermöglichen.

1850
1851 **Was wir für Hochschulautonomie und Hochschuldemokratie tun wollen**

1852
1853 Wir treten für eine paritätische Besetzung der Hochschulgremien ein. Gleichstellungsbeauf-
1854 tragte und Schwerbehindertenvertretung sollen mit Sitz und Stimme vertreten sein. Gewählte
1855 Gremien wie Studierenden- und Fachschaftsräte sollen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufga-
1856 ben mit grundlegender Ausstattung und mehr verbrieften Rechten ausgestattet werden. Dies
1857 schließt insbesondere Informationspflichten der Hochschulleitung gegenüber den studentischen
1858 Gremien über die Studierendenschaft direkt betreffende Themen mit ein. Nicht allein
1859 die wirtschaftliche Verwertbarkeit ist für uns Kriterium für eine zukunftsfähige Wissenschafts-
1860 landschaft. Grundlagenforschung auf entscheidenden Gebieten, Risikoforschung ebenso wie
1861 die geisteswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Forschung müssen gestärkt werden.
1862 Besonderen Wert legen wir darauf, die Bewertung sozialer und ökologischer Risiken von
1863 Technologie und Fortschritt kritisch zu begleiten. Wir wollen kein öffentliches Geld mehr für
1864 Forschung zu militärischen Zwecken einsetzen. Das werden wir mit einer Zivilklausel im Lan-
1865 deshochschulgesetz sicherstellen.

1866
1867 Auch die **außeruniversitären Forschungsinstitute** werden wir weiter unterstützen. Sach-
1868 sen-Anhalt ist Sitzland der nationalen Akademie Leopoldina. Auch die Global Young Academy
1869 hat hier ihr zu Hause gefunden. Daher werden wir diese Institutionen auch finanziell unter-
1870 stützen.

1871
1872
1873
1874

1875 **Teil IV: Zusammenhalt, den wir meinen**

1876

1877 **IV.1 Ländliche Räume und kommunale Selbstverwaltung**

1878

1879 CDU und SPD haben den Staat jahrelang aus der Fläche zurückgezogen und damit selbst die
1880 Perspektivlosigkeit herbeigeführt und die Abwanderung befördert, die sie nun so wortreich
1881 beklagen. Wer heute über die Stärkung der Kommunen spricht, muss diesen Worten Taten in
1882 den ländlichen Räumen folgen lassen. Das Land muss sich seine Versprechen etwas kosten
1883 lassen. **Schulstandorte im ländlichen Raum dürfen nicht aus finanziellen Gründen ge-**
1884 **schlossen werden.** Die Stilllegung von Bahnstrecken ist rechtlich zu untersagen; die Bahn
1885 muss mehr im ländlichen Raum investieren. Auch wenn wir auf die Verbesserung des ÖPNV
1886 setzen, erkennen wir an, dass das Auto für viele Arbeitnehmer, Familien und Senioren unver-
1887 zichtbar ist. Dorfgemeinschaftshäuser, Vereine, Freizeit- und Erholungsangebote im ländli-
1888 chen Raum sind stärker finanziell zu unterstützen. Mit Dorferneuerungsprogrammen können
1889 Veränderungsprozesse gesteuert und der Ausbau von Angeboten der Daseinsvorsorge oder
1890 die Schaffung bzw. Erhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen gefördert werden. Und auch
1891 das Internet muss im kleinsten Dorf verfügbar sein. Privat und beruflich sind Funklöcher in
1892 der heutigen Zeit absolut inakzeptabel. Der wachsende Leerstand in den Dörfern ist nicht
1893 zuletzt für die besorgniserregend, denen diese Häuser ursprünglich auch der Altersvorsorge
1894 dienen. Wir brauchen eine Förderung des ländlichen Raums, damit dieser wieder attraktiv für
1895 junge Familien wird. Dazu gehören eine erreichbare Grundversorgung und attraktive lebendi-
1896 ge Ortskerne.

1897

1898 Hierzu ist ein Umsteuern der Politik zugunsten des ländlichen Raums erforderlich. Die Woh-
1899 nungsknappheit in den Ballungsgebieten und die Digitalisierung bieten die Chance für ländli-
1900 che Räume als neue Wohn- und Arbeitsorte. Dafür brauchen wir Mobilität und Glasfaseraus-
1901 bau. Der ländliche Raum muss attraktive Lebensbedingungen für junge Menschen, Familien
1902 und die ältere Generation bieten. Die Digitalisierung darf nicht am Dorf vorbeigehen. Teleme-
1903 dizin und die digitale Vernetzung in allen Bereichen des Lebens, wie zum Beispiel Mitfahr-
1904 Apps, sind nur so umsetzbar. Dafür müssen regionalpolitisch die finanziellen Weichen gestellt
1905 werden. Strukturschwache Regionen müssen durch entsprechende Förderprogramme be-
1906 dacht werden.

1907

1908 **Mittelzentren in Sachsen-Anhalt**

1909

1910 Das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen nach unseren Vorstellungen 24 Mittel-
1911 zentren in Sachsen-Anhalt sein. Diese müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle
1912 und infrastrukturelle Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln
1913 problemlos mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen des
1914 Landes Sachsen-Anhalt, die besonders stark von Bevölkerungsverlust betroffen sind, als ver-
1915 lässliche Zentren landesplanerisch gefördert werden. Keine Region darf von der gesellschaft-
1916 lichen Entwicklung abgeschnitten sein. Deshalb ist es wichtig, die Planungsregionen des Lan-
1917 des (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg und Halle) zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu
1918 geben, ihre eigenen Entwicklungspotenziale zu entfalten. Die Einheits- oder Verbandsgemein-
1919 den müssen mit größeren Handlungsspielräumen ausgestattet werden. Sie sollen darüber
1920 entscheiden, welche, wo und wie viel Infrastruktur vorgehalten wird. Wir wollen die Regional-
1921 budgets weiter stärken. Diese müssen der regionalen Entwicklung dienen.

1922

1923

1924 **Kommunale Unternehmen**

1925

1926 Für DIE LINKE gilt: Wenn es um eine gesicherte Grundversorgung geht, muss die öffentliche
1927 Hand verantwortlich sein, damit nicht der Profit für Einzelne im Mittelpunkt steht. DIE LINKE
1928 möchte die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf die Bereiche des Gesundheits- und
1929 Pflegewesens sowie die Beteiligung im Bereich erneuerbarer Energien ausweiten. Die wirt-
1930 schaftliche Betätigung einer Kommune im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens dient
1931 immer dem öffentlichen Zweck und sollte daher in unseren Augen nicht ausschließlich auf das
1932 Gebiet der Kommune begrenzt werden, soweit nicht mit benachbarten Kommunen konkurriert
1933 wird. Besonders die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune im Bereich erneuerbarer
1934 Energien soll den Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Strom- und Energieversorgung kli-
1935 mafreundlich umzustellen.

1936

1937 **Bürgernahe Verwaltung garantieren**

1938

1939 Bürgeranliegen gehören in die Rathäuser. Dazu müssen ortsnahe Verwaltungen auch bürger-
1940 nah aufgestellt sein. Sie sind als Eingangsportale zum Dialog mit den Einwohnerinnen und Ein-
1941 wohnern zu entwickeln. Die Kommunen brauchen insgesamt mehr Personal in den Umwelt-
1942 ämtern, bei den Kfz-Zulassungen, bei den Gesundheits- und Jugendämtern. Die LINKE tritt für
1943 entsprechende Aufstockungen der Zuweisungen an die Kommunen ein. Wir wollen außer-
1944 dem, dass die Aufgabenverteilung zwischen dem Landesverwaltungsamt und den Kommunen
1945 mit dem Ziel der Erweiterung der Gestaltungsspielräume für die Kommunale Selbstverwaltung
1946 evaluiert wird. Nach dem Online-Zugangs-Gesetz (OZG) müssen alle Verwaltungsleistungen
1947 bis spätestens 31.12.2022 seitens des Bundes und der Länder auch digital angeboten wer-
1948 den. Dieses Vorhaben wurde von Beginn an vernachlässigt und muss nun zügig und flächen-
1949 deckend umgesetzt werden.

1950

1951

1952 **IV.2 Verkehr: Angebote für Stadt und Land**

1953

1954 Wir plädieren für eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege und Wasserstraßen sowie für
1955 barrierefreie und kostengünstige Mobilitätsangebote für alle. Wir setzen uns für eine kosten-
1956 deckende Mittelbereitstellung durch den Bund ein. Jede Gemeinde muss bedarfsgerecht an
1957 den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein.

1958

1959 DIE LINKE will dem Ausbau dieser Infrastruktur sowohl beim Mitteleinsatz als auch bei der
1960 planerischen Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der Landesverwaltung
1961 höhere Priorität einräumen. Mit hohen Qualitätsstandards wollen wir den ÖPNV gegenüber
1962 dem Individualverkehr aufwerten. Daher soll guter Nahverkehr nicht nur als Pflicht zur Da-
1963 seinsvorsorge laut ÖPNV-Gesetz, sondern auch als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrie-
1964 ben und finanziert werden. Erreichbarkeit, Verknüpfungen von Bus und Bahn sollen mit den
1965 Menschen vor Ort entschieden werden.

1966

1967 **Attraktiver ÖPNV durch kostengünstige Tickets**

1968

1969 Wir werden kostengünstige und ganzjährig geltende Schüler-, Azubi-, Studierenden- und Sozi-
1970 altickets sowie einem landesweiten Tarifverbund durchsetzen. Die derzeit geltende Eigenbe-
1971 teiligung von Schülerinnen und Schülern für den Schülerverkehr in Klasse 11, 12 und 13 ist
1972 eine Benachteiligung nicht nur für Familien mit geringem Einkommen. Das wollen wir abschaf-

1973 fen. Der Preis ist ein entscheidender Faktor für die Nutzung des ÖPNV durch junge Men-
1974 schen. Der Nahverkehr muss daher mittelfristig kostenfrei landesweit nutzbar sein, besonders
1975 für Auszubildende und Bundesfreiwilligendienstleistende.

1976

1977 **Wir setzen auf Bahnen und Busse**

1978

1979 Um Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, bedarf es eines intakten
1980 Schienennetzes und einer aktiven Sicherung der Bahninfrastruktur. DIE LINKE setzt sich dafür
1981 ein, eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch festzuschreiben, um sie
1982 später reaktivieren zu können. Stillgelegte Haltepunkte sollen reaktiviert werden. Das geht
1983 einher mit der Unterstützung der neuen S-Bahn-Verbindung von Merseburg nach Leipzig und
1984 führt gleichzeitig zur Notwendigkeit der Nachverhandlung zur Verteilung der Regionalisie-
1985 rungsmittel des Bundes für eine auskömmliche Finanzierung der vom Land bestellten Beför-
1986 derungsleistungen. Im überregionalen Nahverkehr setzen wir auf eine Stärkung landesbe-
1987 deutsamer Buslinien, die entsprechend mit dem Schienenpersonennahverkehr enger zu ver-
1988 takten sind. Hier sind nicht nur die Pendler*innenströme in die Zentren zu beachten. Zwi-
1989 schen den kleinen Orten im ländlich geprägten Raum müssen unabhängig von der Schü-
1990 ler*innenbeförderung, mehr Busse fahren.

1991

1992 DIE LINKE will mit Verkehrsinvestitionen vorrangig die Werterhaltung fördern. Neubau soll es
1993 nur da geben, wo Umfahrungen aus Gründen der Verkehrssicherheit oder zur Verbesserung
1994 der Lebensbedingungen in den Orten dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung
1995 im ländlichen Raum verbessert werden muss. Rufbusse und Anrufbusse, die wie ein Taxi fun-
1996 gieren, müssen gesetzlich ermöglicht werden für eine alternative Mobilität ohne eigenes Auto.

1997

1998 DIE LINKE bekennt sich zu den landesbedeutsamen **Fähren** und will die Kommunen bei Be-
1999 trieb und Unterhalt unterstützen. Hierzu ist eine Änderung des Landesstraßengesetzes samt
2000 Mittelbereitstellung im Landeshaushalt unumgänglich.

2001

2002 **Ausbau von Rad- und Fußwegen**

2003

2004 Wir sollten künftig bewilligte Fördermittel für den Straßenbau an die Bedingung knüpfen, Rad-
2005 und Fußwege auszubauen. Radwegebau zwischen den Gemeinden und die überregionalen
2006 Verbindungen werden Landesaufgabe. Das Land entwickelt bis 2023 einen Radwegeplan, der
2007 schnelles und sicheres Radfahren in und zwischen den Gemeinden ermöglicht und das Um-
2008 land mit den Städten verbindet. Der Radwegeplan ist Grundlage für Planung und Bau der
2009 Radwege. Der Radwegeplan soll bis 2030 umgesetzt werden. Das Förderprogramm für Las-
2010 tenräder wird ausgebaut und Stellplatzsatzungen werden zukünftig sichere Fahrradabstell-
2011 plätze berücksichtigen. Carsharing soll erleichtert und gefördert werden, wobei das stations-
2012 gebundene Carsharing bevorzugt wird.

2013

2014 **Keine neuen Autobahnen**

2015

2016 Sachsen-Anhalt ist durch seine zentrale Lage Transitland. Der damit verbundene Ausbau im-
2017 mer neuer Verkehrsadern führt zu erheblichen Einschnitten in das Landschaftsbild und zu
2018 Eingriffen in die natürliche Umwelt. DIE LINKE respektiert getroffene Entscheidungen zum
2019 Ausbau zentraler Verkehrswege, setzt aber in der Verkehrspolitik andere Prioritäten.

2020

2021 Wir setzen uns dafür ein, Transparenz und Bürgerbeteiligung bei allen Bauprojekten von Landes-, Bundes- und Kommunalstraßen deutlich zu verbessern. Dazu ist es auch erforderlich, den Landesstraßenbaubetrieb nach der Ausgliederung der Bundesauftragsverwaltung in die
2022 Infrastrukturgesellschaft des Bundes finanziell und personell zu stärken. Bisher fehlen die
2023 Planungskapazitäten für den nötigen Ausbau und die Sanierung der Rad- und Fußwege. DIE
2024 LINKE wird bei der planerischen Gestaltung der Verkehrswege den gewachsenen Mobilitäts-
2025 bedürfnissen Rechnung tragen.
2026
2027

2028 **Flughafenpolitik**

2029 Der Flughafen Leipzig/Halle sollte besser auf den Transitverkehr nach Osteuropa eingestellt
2030 werden. Zudem setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen beim Postdienstleister DHL
2031 und für mehr Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der betroffenen Anwohner ein. Eine militäri-
2032 sche Nutzung des Flughafens lehnen wir nachdrücklich ab. Für die Entwicklung regionaler
2033 Verkehrsflughäfen mit Landesmitteln sehen wir keine Notwendigkeit.
2034
2035
2036
2037

2038 **IV.3 Stadtentwicklung und Wohnen: Bezahlbar, familienfreundlich und altersgerecht**

2039 Beim Stadtumbau haben wir schon viel erreicht, aber wir dürfen da nicht stehenbleiben. Die
2040 erreichten Erfolge im Stadtumbau sind zu sichern. Dort, wo es noch Investitionsbedarf gibt,
2041 muss der Weg fortgesetzt werden. Die Erhaltung der erreichten Standards im Wohnungsbau,
2042 die technischen Ausstattungen und die zugehörigen Ver- und Entsorgungsleistungen sind
2043 dauerhaft für alle bezahlbar zu garantieren.
2044

2045 Eine hohe Wohnqualität darf für Mieter*innen oder Genossenschaftler*innen nicht zu sozialen
2046 Härten führen. Spekulanten dürfen hier nicht weiter die Preise treiben. Das gilt auch für
2047 Grundstückseigner*innen, bei denen Grundsteuern, Beiträge, Energie, Wasser und Entsor-
2048 gungsleistungen nicht zur Armutsfalle werden dürfen.
2049

2050 Wir wollen vor allem innovative und alternative Wohnkonzepte fördern. Dazu zählen zum Bei-
2051 spiel Mehrgenerationen-Wohnprojekte und gemeinnützige Wohngemeinschaften oder Formen
2052 betreuten Wohnens, in denen die Generationen voneinander lernen und sich gegenseitig hel-
2053 fen können. Auch notwendige Umzugsassistenz könnte solche Wohnformen unterstützen und
2054 eine Belebung des ländlichen Raumes fördern. Plattenbauten aus DDR-Zeiten sollen durch
2055 Aufwertung und Geschossrückbau attraktiver werden.
2056

2057 DIE LINKE will eine Wohnungsbauförderung, die vorrangig auf energetische Sanierung, be-
2058 darfsgerechte Ertüchtigung, Barrierefreiheit sowie auf Ausbau statt Neubau setzt. Lediglich in
2059 den großen Städten sehen wir einen Bedarf für moderaten Neubau und Verdichtung. Eine
2060 Zersiedelung durch Neubauten am Stadtrand und auf der grünen Wiese lehnen wir ab. Wir
2061 fordern und unterstützen das Bauen mit alternativen Baustoffen wie Holz, Stroh oder Lehm.
2062

2063 **Gegen steigende Mieten, für sozialen Wohnungsbau**

2064 In Städten wie Halle und Magdeburg gibt es eine Verdrängung einkommensschwacher Haus-
2065 halte aus guten Wohnlagen in weniger attraktive Wohngebiete. Die schmale Rente älterer
2066 Menschen kann immer weniger mit steigenden Mieten mithalten. Es werden mehr altersge-
2067 rechte Wohnungen gebraucht. Wenn das bestehende Mietrecht nicht ausreicht, um steigende
2068 Mieten zu dämpfen, sind regionale Mietendeckel zu erproben. Wir wollen gutes und energie-
2069

2070 sparendes Wohnen auch für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen gewährleisten,
2071 modern und inmitten des gemeindlichen Lebens.
2072 DIE LINKE fordert daher die unbefristete Fortsetzung von Städtebau- und sozialer Wohnraum-
2073 förderung im bisherigen Umfang. Damit Kommunen hier angemessen mitwirken können, ist
2074 deren Finanzausstattung dauerhaft zu sichern. In Verantwortung der CDU bleibt der soziale
2075 Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt weiterhin auf der Strecke, obwohl der Bund dafür 30 Millio-
2076 nen Euro zur Verfügung gestellt hat. Die zur Verfügung stehenden Mittel verfallen, weil die
2077 Landesregierung die Fertigstellung der zwingend erforderlichen Richtlinie bisher nicht zu
2078 Stande gebracht hat. Die Haseloff-Regierung verkennt das Problem von fehlendem bezahlba-
2079 rem Wohnraum im Land, besonders in den Zentren. Die bisherige Wohnungsbauförderung ist
2080 nicht geeignet, bezahlbares Wohnen auch in attraktiven Lagen für Geringverdienende abzusie-
2081 chern. Zugleich soll neben der Schaffung bedarfsgerechter, energieeffizienter und bezahlba-
2082 rer Wohnungen auch eine vom Land (zwischen)finanzierte Anschlusslösung für Altschulden
2083 geleistet werden. Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Fortführung des Stadtum-
2084 baus gilt es zu verbessern. Die neuen Förderziele sollen klimaneutrale und barrierefreie Quar-
2085 tiere fördern, das Quartiersmanagement ist auszubauen.

2086

2087 **Förderung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft**

2088

2089 Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen müssen dabei die Mög-
2090 lichkeit haben, ihre finanzielle Situation verlässlich und stabil zu gestalten. Dazu ist u.a. der
2091 bisherige zielgenaue und bedarfsgerechte Einsatz von rückzahlbaren Fördermitteln für die
2092 Schaffung von altersgerechtem, barrierefreiem und energieeffizientem Wohnraum zu überprü-
2093 fen.

2094

2095 Die Rückläufe aus dem Landesanteil früherer Förderungen sollen weiterhin zweckgebunden
2096 dem Wohnraumförderfonds und der Förderung für Umbaumaßnahmen, Schuldenentlastung,
2097 Wiederertüchtigung von Leerstand zufließen. Die Finanzhilfen des Bundes für die bestehen-
2098 den Wohnungsbauförderprogramme sind langfristig zu vereinbaren, um Planungssicherheit zu
2099 gewährleisten.

2100

2101 Der Stadtumbau mit öffentlicher Beteiligung zur Quartiersentwicklung ist gemeinsam mit
2102 starken kommunalen und genossenschaftlichen sowie privaten Wohnungseigentümer*innen
2103 und öffentlichen Verwaltungen uneingeschränkt fortzuführen. Damit können teurer Woh-
2104 nungsleerstand und Schrottimmobilien verringert oder bedarfsgerecht ertüchtigt und sozial
2105 verträgliche Miet- und Wohnkosten erhalten bleiben.

2106

2107 **Wie wir den Erhalt von Kleingärten fördern wollen**

2108

2109 Kleingärten sind unverzichtbar für das soziale Miteinander und für die kostengünstige Erho-
2110 lung. In der Corona-Pandemie haben sich die Kleingärten als perfekter Rückzugs- und Aus-
2111 gleichsort bewährt. Und gerade in den Zeiten des Klimawandels verdienen die Kleingärtnerin-
2112 nen und Kleingärtner mehr Wertschätzung für ihre vielfältigen Beiträge zur Reduzierung von
2113 CO₂. Kleingärten binden Schadstoffe, sorgen für Verschattung, Abkühlung und dienen als
2114 Wasserspeicher sowie Rückzugsort für zahlreiche Arten. Leerstand und Umnutzungen zu Bau-
2115 gebieten bedrohen jedoch den Bestand. Im Jahre 2018 waren von den 110.000 Kleingärten
2116 über 20.000 ungenutzt. Wir wollen den Bestand der Kleingartenanlagen erhalten. Besonders
2117 wichtig ist es, dass Land und Kommunen, den Generationswechsel in den Kleingärten fördern.

2118

2119 **IV.4 Kultur: Kreativ und solidarisch**

2120

2121 Kunst und Kultur sind fundamental für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Ohne sie gibt
2122 es keine Empathie und Toleranz. Politik für die Künste ist Politik für Mitmenschlichkeit und
2123 kritisches Denken. Linke Kulturpolitik will Wegbereiterin einer emanzipierten Kunst- und Kul-
2124 turszene sein. Sachsen-Anhalt braucht die Künstler*innen und Kreativen, die Theater, Muse-
2125 en, die Galerien, die Bibliotheken, die Soziokulturellen Zentren, Ausstellungen, die Clubs und
2126 Projekte als Vermittler zwischen den Generationen, zwischen Vergangenem und Gegenwärtig-
2127 em, als Korrektiv und als Unterhaltungsfaktor. Denn Kunst und Kultur vermag all diese Ei-
2128 genschaften zu vereinen, wie kein anderes Politikfeld.

2129

2130 **Wie die Folgen der Corona-Pandemie Kunst und Kultur bedrohen**

2131

2132 Die aktuelle Krise zeigt die Anfälligkeit des Kulturfördersystems in drastischer Weise, poten-
2133 ziert die bereits vorhandenen Probleme und reißt neue Lücken. Die Spezialisierung, das zu
2134 geringe Fördervolumen von Soforthilfeprogrammen, fehlende Kontinuität und Vorsorge in
2135 Vorkrisenzeiten, ein Mangel an unbürokratischen Entscheidungsmöglichkeiten schließen gro-
2136 ße Teile der Kreativen, der Kunst- und Kulturschaffenden im Land von der Förderung aus,
2137 erkennen den Wert des Kunstschaffens an sich nicht an und führen über kurz oder lang zu
2138 einem Verlust künstlerischer und kultureller Vielfalt in Sachsen-Anhalt. Einnahmeausfälle dro-
2139 hen auch für die Folgejahre, wenn Projekte und Programme verschoben werden, wenn die
2140 hohe Schuldenbildung Auswirkungen auf den Landeshaushalt zeigen wird und die kommunale
2141 Kulturförderung vermehrt mit Haushaltssperren und Einsparungen bei den freiwilligen Leis-
2142 tungen ansetzt.

2143

2144 **Warum die staatliche Kulturförderung sich ändern muss**

2145

2146 Die Praxis der staatlichen Kulturförderung in Sachsen-Anhalt fällt durch Bevormundung, In-
2147 kompetenz und Desinteresse an künstlerischen Produktionsweisen auf. Im 30. Jahr der deut-
2148 schen Einheit werden in Sachsen-Anhalt Künstlerinnen und Künstler gegängelt und öffentlich
2149 bloßgestellt. Das Landesverwaltungsamt behindert durch eine engstirnige Förderpraxis Viel-
2150 falt und Kreativität. Wir wollen die Kulturförderung grundlegend reformieren. Dazu gehören
2151 die Etablierung von überjährigen Förderungen, Konzeptförderungen, Vollfinanzierungen, die
2152 Flexibilisierung der Förderung sowie die Vereinfachung der Rahmenbedingungen für Zuwen-
2153 dungen. Die Kulturförderung des Landes braucht endlich einen künstlerischen Beirat, der
2154 künftig über inhaltliche Schwerpunkte der Förderung mitbestimmt.

2155

2156 **Für Vielfalt und eine freie Kunst- und Kulturszene in Sachsen-Anhalt**

2157

2158 Die kontroverse Auseinandersetzung mit dem Publikum wohnt künstlerischem Handeln inne.
2159 Kulturelle Angebote und ihre kommunikativen Kräfte, ästhetische Experimente, ein Mehr an
2160 Kunst und offene Räume sind in der Lage „Filterblasen“ zu durchdringen und Empathie herzu-
2161 stellen. Nur der direkte Kontakt mit Kunst und Kultur, das Erleben und die Auseinanderset-
2162 zung mit dem Erlebten können eine Annäherung und einen schrittweisen Wandel im Denken
2163 erreichen, um der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Das passiert
2164 nicht von heute auf morgen. Deshalb geht eine nachhaltige kulturelle Infrastruktur vor reiner
2165 Projektarbeit und aktionistischen Formaten. DIE LINKE unterstützt Kunst- und Kulturschaf-
2166 fende in und abseits der Städte dabei, in den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zu treten,

2167 indem wir Soziokulturelle Zentren stärken, Kunst und Kulturschaffen im ländlichen Raum er-
2168 möglichen, langfristige und nachhaltige Konzepte und Mobilität unterstützen.

2169

2170 **Tarifgerechte Entlohnung im Kulturbereich**

2171

2172 DIE LINKE setzt sich für gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich ein. Künstlerinnen
2173 und Künstler sollen von ihrer Arbeit leben können und müssen sozial abgesichert sein. Eine
2174 flächendeckende Tarifausstattung der im Landesauftrag tätigen Einrichtungen sowie die Ein-
2175 haltung von Honoraruntergrenzen sind Bestandteil linker Kulturpolitik.

2176

2177 **Kunst und Kultur gegen rechten Populismus verteidigen**

2178

2179 Rechter Populismus polemisiert gegen die Freiheit und Vielfalt der Kunst. Museen, Theater,
2180 Literaturhäuser, Gedenkstätten und Kultureinrichtungen stehen als Bastionen gegen die rech-
2181 te Umdeutung und Vereinnahmung von Geschichte und Kultur in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE
2182 unterstützt die Kunst- und Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen gegen Angriffe von
2183 rechts und fördert deren Solidarisierung untereinander.

2184

2185 **Kulturelle Bildung ist Mehr**

2186

2187 Persönlichkeitsentwicklung mit und in den Künsten ist Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe.
2188 Die Vermittlung, die Schaffung von Zugängen und die damit verbundene frühzeitige Heranfüh-
2189 rung an Kunst und Kultur ist wesentlicher Bestandteil der Fördermaßnahmen und Auftrag für
2190 alle Kultureinrichtungen im Land. Kulturelle Bildung ist Querschnittsaufgabe und erfordert
2191 eine enge Zusammenarbeit von Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik. Alle Menschen müssen
2192 von Anfang an die Möglichkeit zur Teilhabe am kulturellen Leben und dem kulturellen Reich-
2193 tum dieser Gesellschaft haben, um einen kontinuierlichen, lebenslangen Lernprozess zu er-
2194 möglichen. DIE LINKE will eine Verbesserung der Förderung zwischen non-formaler und in-
2195 formeller Bildung und der des formalen Bildungssystems schaffen. Neben der verstärkten
2196 Förderung von Kooperationsprogrammen kultureller Bildung und Schule in unterschiedlich-
2197 sten Sparten sind auch Programme zur Stärkung des Austauschs zwischen Kultureinrichtungen
2198 z.B. UNESCO Weltkulturerbe und allgemeinbildenden Schulen Bestandteil linker Kulturpolitik.
2199 DIE LINKE will die notwendige Verzahnung der Ressorts im Bereich Kultureller Bildung lang-
2200 fristig sicherstellen, in dem wir Kulturelle Bildung in den zuständigen Ministerien als Quer-
2201 schnittsaufgabe stärken, Konzepte und Ausstattung zu Fragen der Digitalisierung der Kulturel-
2202 len Bildung befördern, die Position künstlerischer Fächer an den allgemeinbildenden Schulen
2203 festigen, Austauschformate fördern, die Infrastruktur der außerschulischen Kulturellen Bil-
2204 dung stärken und die kulturelle Bildung in den Kultureinrichtungen unterstützen.

2205

2206 **Musikschulen sind ein Herzstück des Musiklandes Sachsen-Anhalt**

2207

2208 Musikschulen sind Partner für die Gestaltung kultureller Infrastruktur. Die Qualitäts- und Leis-
2209 tungsstandards des Musikschulgesetzes ermöglichen jedem Bürger und jeder Bürgerin des
2210 Landes unabhängig vom Geldbeutel eine musikalische Ausbildung. Seit Bestehen des Geset-
2211 zes im Jahr 2006 gilt es als bundesweit musterhaft. Es droht jedoch ausgehöhlt zu werden.
2212 DIE LINKE nimmt das Gesetz ernst und erachtet die seit über 20 Jahren stagnierende Landes-
2213 förderung als dringend überarbeitungsbedürftig. Wir wollen, dass das Land sich stärker an der
2214 Finanzierung der Musikschulen beteiligt. Die 20 staatlich anerkannten Musikschulen mit ihren
2215 landesweit 231 Unterrichtsorten gehören zur Daseinsvorsorge. Bei kontinuierlicher Steige-

2216 rung der Betriebs- und Personalkosten wird eine qualitätsvolle musikalische Bildung erheblich
2217 erschwert. DIE LINKE will die Angebote öffentlicher Musikschulen weiterhin für die gesamte
2218 Bevölkerung zugänglich erhalten.

2219

2220 **Novellierung des Bibliotheksgesetzes**

2221

2222 Öffentliche Bibliotheken sind Orte lebenslangen Lernens, der kulturellen Betätigung, der
2223 Kommunikation und des interkulturellen Austausches. Sie sind darüber hinaus zentrale Bil-
2224 dungspartner formaler, non-formaler und informeller Bildungsangebote sowie von Einrichtun-
2225 gen der Kultur und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt. Öffentliche Bibliotheken müssen langfris-
2226 tigt gestärkt werden. In den Jahren von 1991 bis 2017 hat die Zahl der öffentlichen Bibliothe-
2227 ken in Sachsen-Anhalt um 74 Prozent dramatisch abgenommen. DIE LINKE setzt sich für eine
2228 Überarbeitung des Bibliotheksgesetzes ein. Neben dem Abbau von Barrieren für Kinder und
2229 Jugendliche zielt die Gesetzesänderung auf eine langfristige Qualitätssicherung.

2230

2231 **Theater muss sein – Theater und Orchester stärken**

2232

2233 Die Stadttheater in Sachsen-Anhalt wirken in den urbanen und sozialen Raum. Die strukturel-
2234 le Sicherung der Theaterlandschaft durch die Sicherung der Landesförderung im Rahmen der
2235 Theatervertragsverhandlungen ist Grundbaustein linker Kulturpolitik. Neben der Bestärkung
2236 des Auftrages an die Theater, junges Publikum durch theaterpädagogische Angebote zu errei-
2237 chen, möchte DIE LINKE verstärkt die Netzwerke und Kooperationen von Theaterhäusern un-
2238 terstützen.

2239

2240 **Museen und Sammlungen – Stärkung regionaler Herzstücke**

2241

2242 DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Museumslandschaft inhaltlich zu entwickeln, nachhaltig zu
2243 stabilisieren und langfristig zu professionalisieren. Für DIE LINKE sind Museen und Sammlun-
2244 gen unabhängig ihrer Trägerschaft von besonderem Landesinteresse, die für Sachsen-Anhalt
2245 prägende Entwicklungen aufarbeiten und von hoher regionaler Bedeutung sind. Diese wollen
2246 wir mit Landesmitteln unterstützen.

2247

2248

2249 **Teil V: Vielfalt braucht Solidarität**

2250

2251 **V.1 Queeres Sachsen-Anhalt: Diskriminierung überwinden**

2252

2253 Wir treten dafür ein, dass die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Identität
2254 überwunden wird. Deswegen wirken wir auf Bundesebene weiterhin für eine Änderung des
2255 Grundgesetzes, die das klarstellt. Wir wollen den Diskriminierungsschutz für Lesben, Schwule,
2256 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen (LSBTTI*) im all-
2257 gemeinen Gleichstellungsgesetz verankern. Wir unterstützen die Forderung des LSVD nach
2258 einem Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände. Geschlechtsangleichende Ope-
2259 rationen bei intergeschlechtlichen Kindern sollten gesetzlich verboten werden. Das Transse-
2260 xuellengesetz wollen wir durch ein modernes Geschlechtsidentitätsgesetz ersetzen, damit die
2261 Änderung des Vornamens sowie des rechtlichen Geschlechts problemlos beim Standesamt
2262 möglich ist. Wir werden die Umsetzung des neuen Adoptionshilfegesetzes kritisch begleiten

2263 und prüfen, inwiefern im Zuge dessen Diskriminierungstatbestände gegenüber Regenbogen-
2264 familien erfüllt sind.

2265

2266 Auf Landesebene muss das „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTTI“ in einem Dia-
2267 logprozess mit den im Land aktiven Verbänden, die sich für deren Interessen einsetzen, fort-
2268 geschrieben und an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Förderung der Lan-
2269 deskoordinierungsstellen LSBTTI* ist fortzusetzen. Der Lockdown hat auch die Beratungs-
2270 und Szenestrukturen von LSBTTI* getroffen. Wir setzen uns dafür ein, den Beratungsstellen
2271 auch unter Pandemiebedingungen eine niedrigschwellige und sichere Arbeit zu ermöglichen.
2272 Hierbei dürfen der ländliche Raum und auch die Situation von Senior*innen nicht vergessen
2273 werden.

2274

2275 **Gewalt gegen LSBTTI***

2276

2277 Noch immer werden nicht alle Straftaten von den Opfern angezeigt – aus Scham, Angst oder
2278 aus anderen Gründen. Zugleich gibt es Probleme bei der Erfassung durch die Polizei. Wir for-
2279 dern ein Bund-Länderprogramm gegen homo- und transphobe Gewalt, das zudem Präventi-
2280 onsstrategien beinhaltet und zum anderen eine Reform des polizeilichen Erfassungssystems,
2281 um Straftaten klar zuordnen zu können und eine jährliche Berichtspflicht. Es bedarf einer ge-
2282 setzlichen Regelung im SOG LSA zum Wahlrecht von Trans* und Inter* bei polizeilichen kör-
2283 perlichen Durchsuchungsmaßnahmen. Der Titel der Ansprechperson bei Polizeidienststellen
2284 in Sachsen-Anhalt muss in „LSBTTI*“ geändert werden.

2285

2286 **Asylsuchende LSBTTI***

2287

2288 Wir setzen uns dafür ein, dass Basisinformationen über die Situation und Probleme von asyl-
2289 suchenden LSBTTI* für die Behörden bereitgestellt werden. Ferner fordern wir die Schaffung
2290 von sozialpädagogisch betreuten Schutzräumen für LSBTTI* ab Beginn der Anerkennungs-
2291 phase als Flüchtling und die Etablierung einer queeren Geflüchtetenhilfe.

2292

2293 **Geschlechtergerechte Bildung weiter voranbringen**

2294

2295 Queere Lebensweisen müssen verbindlich in die Curricula der Erzieher*innen- und Lehrkräf-
2296 teausbildung aufgenommen werden, um diese als verbindlichen Bestandteil des Unterrichts
2297 zu verankern. Darüber hinaus muss die geschlechtliche Vielfalt in Fachlehrplänen und Unter-
2298 richtsmaterialien berücksichtigt werden. Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kin-
2299 der- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. soll weiterhin institutionell gefördert werden. Die
2300 Einführung des Medienkoffers für Kitas und Grundschulen in Sachsen-Anhalt ist ein guter und
2301 richtiger Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Bildung, jedoch kann dies nur der Anfang
2302 sein. Die Finanzierung des Medienkoffers muss daher verstetigt werden.

2303

2304

2305 **V.2 Integration statt Abschottung**

2306

2307 Wir leben in einer Welt, in der nach Angaben der UN 80 Millionen Menschen auf der Flucht
2308 sind. Ohne die Überwindung der wichtigsten Fluchtursachen, die in einer ausbeuterischen
2309 und ungerechten Weltwirtschaftsordnung, Umweltzerstörung, völkerrechtswidrigen Angriffs-
2310 kriegern und politischer, sexistischer und rassistischer Unterdrückung bestehen, wird es wei-
2311 ter Flucht und Vertreibung geben.

2312 Die Notwendigkeit der Bekämpfung der Fluchtursachen, darf niemals Ausrede dafür sein,
2313 Menschen in Not Hilfe zu verweigern. Obwohl nur ein Bruchteil der Geflüchteten nach Europa
2314 gelangt, setzt die EU auf Abschottung ohne Erbarmen. Seit 2014 sind nach Schätzungen von
2315 Hilfsorganisationen mehr als 20.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Ungezählt bleiben
2316 diejenigen, die auf den Fluchtrouten verhungert, verdurstet und getötet worden sind. In dieser
2317 Situation setzt die EU auf Tränengas, Gewalt gegen Kinder, Knüppelinsätze und Schüsse an
2318 der griechischen-türkischen Grenze, duldet Überfälle und das Ausrauben von Geflüchteten auf
2319 den Fluchtrouten. Die Brände im Lager Moria auf Lesbos im September 2020 hätte es ohne
2320 diese absichtliche europäische Hilfsverweigerung nicht gegeben.

2321
2322 Im Unterschied zu zahlreichen EU-Staaten hat sich Deutschland 2015 seiner humanitären
2323 Verantwortung, in großem Umfang Menschen in Not aufzunehmen, gestellt. Dies sollte jedoch
2324 den Blick auf zahlreiche Missstände im Umgang mit den Geflüchteten nicht verstellen.

2325
2326 DIE LINKE begreift es als ihre Aufgabe, diesen Zuständen entgegenzutreten. Menschenrechte
2327 sind universell; für ihre Einhaltung wollen wir Verantwortung übernehmen. Mit der Pandemie
2328 hat sich die Situation der Geflüchteten noch einmal verschärft. Geflüchtete haben sich hier in
2329 hoher Zahl infiziert, weil sie in der Zentralen Unterbringung keine Möglichkeit hatten, die Si-
2330 cherheitsabstände einzuhalten. Wir setzen uns für einen Paradigmenwechsel in der deut-
2331 schen und europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ein, der den Bedürfnissen von Schutzsu-
2332 chenden endlich Rechnung trägt.

2333

2334 **Wie wir die Lage von Geflüchteten verbessern wollen**

2335

2336 Wir fordern ein **Landesaufnahmeprogramm für aus Seenot Gerettete**, das das Anliegen
2337 der „Sichere-Häfen-Beschlüsse“ der Städte Halle und Magdeburg aufgreift. Mit diesem guten
2338 Beispiel wollen wir sowohl im Bund als auch in der EU ein Zeichen der Solidarität setzen.

2339

2340 Wir halten eine **dezentrale Unterbringung** in Wohnungen als Regelaufnahme für den besten
2341 Weg der Integration. Soweit eine vorläufige Unterbringung in größeren Wohneinheiten unver-
2342 meidlich ist, wollen wir verbindliche Standards festschreiben. Kindern und Jugendlichen muss
2343 so umgehend wie möglich der **Regelunterricht an Schulen** ermöglicht werden. Wir begrü-
2344 ßen, dass endlich erste Verbesserungen in der Aufnahme sogenannter **vulnerabler Perso-**
2345 **nengruppen** gemäß EU-Recht eingeleitet wurden. Denn von sexueller Gewalt betroffene
2346 Mädchen und Frauen, Opfer von Menschenhandel, Schwangere, LSBTTI-Personen, allein rei-
2347 sende Minderjährige, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Kranke brauchen unseren be-
2348 sonderen Schutz. Indes mangelt es noch immer sowohl an der praktischen Umsetzung, als
2349 auch an ausreichenden Kapazitäten (Beratungsangebote, Gewaltschutzräume u.a.). Wir wol-
2350 len Asylsuchenden möglich machen, ihren Wohnsitz innerhalb Sachsen-Anhalts frei zu wäh-
2351 len.

2352

2353 Wir wollen eine **elektronische Gesundheitskarte** zur Gesundheitsversorgung von Geflüchte-
2354 ten mittels Rahmenvertrag zwischen Land und Krankenkassen einführen. Dies dient dem Ab-
2355 bau von Diskriminierung beim Zugang zur ärztlichen Versorgung und entlastet zudem die Be-
2356 hörden, in denen bislang nicht-medizinisches Personal Entscheidungen über die Notwendig-
2357 keit der Versorgung fällt. Ferner treten wir für **anonymisierte Krankenscheine** analog der
2358 Regelungen in Thüringen oder Hessen ein. Damit sorgen wir für eine Gesundheitsversorgung
2359 illegalisierter Personen und für Menschen, ohne gesetzlichen Krankenversicherungsschutz.
2360 Unter den Bedingungen der Pandemie ist dies ein Gebot der Stunde.

2361 **Wie wir die Integration verbessern wollen**

2362

2363 **Aufbau eines neuen Integrationskonzeptes.** Integrationspolitik begreifen wir nicht als Ord-
2364 nungspolitik, sondern als zentrale Frage gesellschaftlicher Entwicklung. Wir wollen hierfür die
2365 Funktion der/des Integrationsbeauftragten ausbauen und die vielen Menschen der Zivilge-
2366 sellschaft stärken, die sich couragiert für eine Willkommenskultur im Land einsetzen. Das
2367 Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen (LAMSA) und der Flüchtlingsrat, die Kirchen,
2368 antirassistische Initiativen, Bürgervereine und Einzelpersonen leisten eine unverzichtbare Ar-
2369 beit; oftmals in einem rechtlichen und bürokratischen Spannungsfeld. Gemeinsam mit Ge-
2370 meinden, Städten und Landkreisen, Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden wollen wir ein Auf-
2371 nahme- und Integrationskonzept entwickeln. Sowohl der Flüchtlingsrat als auch die LAMSA
2372 brauchen eine angemessene institutionelle Grundförderung, um eine Unabhängigkeit der Pro-
2373 jektförderung zu erreichen, die dann diese wichtige Arbeit nur noch ergänzend unterstützt.

2374

2375 **Änderung des Landesaufnahmegesetzes:** Wir wollen die fachlich zuständigen Verwal-
2376 tungsstellen in den Kommunen in einer Servicestelle Einwanderung zusammenzufassen. In-
2377 terkulturelle Fachkompetenzen, behördliche Zuständigkeiten und Informationen über Bera-
2378 tungs- und Unterstützungsangebote sollen gebündelt und Migrant*innen der Behördenmar-
2379athon erspart werden. Zusätzlich zu der in Magdeburg wollen wir eine **zweite Clearingstelle**
2380 im Süden des Landes einrichten. Denn unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen un-
2381 seren besonderen Schutz.

2382

2383 Wir treten für **Erleichterungen bei der Einbürgerung** ein. Dazu gehört einerseits sich auf
2384 Ebene des Bundes für eine Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes einzusetzen. Anderer-
2385 seits sollte auf Landesebene eine spielraumnutzende Durchführungsverordnung und entspre-
2386 chende Weiterbildungsangebote die Entscheidungspraxis in den Kommunen verbessern und
2387 vereinheitlichen.

2388

2389 **Was für die schulische Förderung von Migrant*innen zu tun ist**

2390

2391 Wir wollen das bereits einmal in der 6. Wahlperiode erfolgreich eingeführte System von
2392 Sprachlehrkräften wiederbeleben und bedarfsgerecht ausbauen. Die Schulen sollen besser
2393 befähigt werden, die kulturelle Vielfalt, die Schüler*innen mit Migrationserfahrungen in die
2394 Bildungseinrichtungen bringen, verstehen und schätzen zu lernen. Das kann auch durch Lehr-
2395 kräfte mit Migrationserfahrung geschehen. Wir werden die Hürden für ihre Einstellung senken
2396 und für eine bessere Bezahlung sorgen.

2397

2398 **Abschiebung und soziale Diskriminierung überwinden**

2399

2400 Viele weitere zentrale Weichen der Asyl- und Zuwanderungspolitik werden bundespolitisch
2401 gestellt. Die kritischen Forderungen der Länder an die Migrations- und Asylpolitik des Bundes,
2402 die sie in den letzten Jahren im Bundesrat gestellt haben, wurden durch den Bund ignoriert.
2403 Wir wissen uns in Übereinstimmung mit zahlreichen Sozialministerinnen und -ministern, wenn
2404 wir uns für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen.
2405 Wir kritisieren die Abschiebungspraxis und die Abschiebedebatten in unserem Land, Abschie-
2406 bung ist weder eine Strafe noch ein Instrument der Integrationspolitik. Dazu gehören Winter-
2407 abschiebestopps, Abschiebestopp in (Bürger-)Kriegsländer, auf Abschiebehaft gänzlich zu ver-
2408 zichten, umfassende Einzelfallprüfung von Abschiebehindernissen, die Öffnung der Härtefall-
2409 kommission auch für Menschen im Dublin-Verfahren, die Orientierung am Kindeswohl und die

2410 Verhinderung der Familientrennung oder auch die Geltendmachung von Landesinteressen,
2411 z.B. in Fällen von in Ausbildung bzw. Arbeit befindlichen Personen.

2412

2413

2414 **V.3 Sachsen-Anhalt barrierefrei**

2415

2416 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden – so will es das Grundgesetz.
2417 Und Menschen mit Behinderungen wollen genauso leben wie nichtbehinderte Menschen
2418 auch. Inklusion heißt die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in
2419 den Schulen, Kitas, in Beruf und Studium, in Politik, Kunst, Kultur, Freizeit und Sport, im
2420 ÖPNV und beim Wohnen. Alle Barrieren, die die Teilhabe verhindern, müssen fallen. Für DIE
2421 LINKE ist die UN-Behindertenkonvention ist hierbei das Leitbild. Deswegen sollte die Förde-
2422 rung von Investitionen verbindlich an Barrierefreiheit gebunden werden.

2423

2424 **Solidarität in der Pandemie**

2425

2426 Die Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen in Zeiten von Pandemien muss gesi-
2427 chert sein – unabhängig von der Hilfe von Familie und Freunden – zur Sicherung der unab-
2428 hängigen Daseinsvorsorge und Teilhabe. Beschäftigte in Werkstätten sind im Falle eines
2429 Lockdowns von Verdienstaussfällen betroffen. Menschen mit Erwerbsminderungsrenten, für
2430 die der Verdienst in der Werkstatt anrechnungsfrei ist, sind auf diesen unbedingt angewiesen.
2431 Für Werkstattbeschäftigte müssen Ersatzleistungen geschaffen werden.

2432

2433 **Interessenvertretungen in Gesetzgebung einbinden**

2434

2435 Durch eine Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Sachsen-Anhalt sollen mindes-
2436 tens zwei Drittel der Mitglieder des Landesbehindertenbeirates ein Spektrum von Menschen
2437 mit unterschiedlichen Behinderungen in einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und
2438 Männern zueinander abbilden. Wir wollen die Rechte der kommunalen Behindertenbeauftrag-
2439 ten im Hinblick auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, des Landesbehindertenbe-
2440 auftragten sowie der Betroffenenverbände stärken. Bei Gesetzgebungs- und Verordnungsvor-
2441 haben sowie bei Verwaltungsvorschriften sollen die/der Beauftragte und der Beirat einge-
2442 bunden werden. Ihnen müssen die Mitarbeit sowie eine umfassende Stellungnahme ermög-
2443 licht werden. Wir fordern hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte (für Landkreise
2444 und kreisfreie Städte). Kostenträger ist das Land. Ebenso im Hinblick auf Schulungen und
2445 Weiterbildungsmaßnahmen.

2446

2447 **Das Blinden- und Gehörlosengeld erhöhen**

2448

2449 Die Aufwendungen, die den Betroffenen entstehen, können mit den derzeitigen Beträgen (360
2450 Euro Blindengeld und 52 Euro Gehörlosengeld) kaum gedeckt werden. Allein die Kosten von
2451 Gebärdensprachdolmetscher*innen sind mit diesem Betrag nicht zu stemmen.

2452

2453 **Barrierefreiheit**

2454

2455 Barrierefreiheit betrifft alle Lebensbereiche: Von der baulichen Gestaltung von Straßen und
2456 Wohnungen, bis zu Wegweisern in leichter Sprache. Wir wollen flächendeckend einen barriere-
2457 freien ÖPNV und ein bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnungsangebot ohne Barrieren.

2458 Die Arbeit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit verdient hohe Wertschätzung und wird von
2459 uns auch künftig unterstützt.

2460

2461 **Teilhabe am Arbeitsmarkt**

2462

2463 Derzeit gibt es in Sachsen-Anhalt 17 Inklusionsbetriebe. Davon spricht man, wenn mindes-
2464 tens 30 Prozent der Mitarbeiter eine geistige oder körperliche Beeinträchtigung aufweisen.
2465 Inklusionsbetriebe sind wichtig für den Übergang aus den Werkstätten für behinderte Men-
2466 schen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Deswegen muss das Land diese Betriebsmodelle
2467 unterstützen, z.B. durch die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand.

2468

2469

2470 **Teil VI: Demokratie, die wir meinen**

2471

2472 **VI.1. Bürgerbeteiligung und Volksgesetzgebung in Schwung bringen**

2473

2474 Beteiligung und Mitarbeit der Menschen an den politischen Gestaltungsprozessen sind im
2475 Land bisher nur schwach entwickelt, weil die rechtlichen Grundlagen für eine aktive Mitwir-
2476 kung nicht ausreichen. Die bestehenden Regelungen, um sich außerhalb von Wahlen einbrin-
2477 gen zu können, sind für die Initiatoren oft entmutigend – das zuletzt gescheiterte Volksbegeh-
2478 ren, aber auch die Fülle an erfolglosen Bürgerbegehren sind nachdrückliche Belege dafür. Das
2479 wollen wir ändern.

2480

2481 **Wahlen sind das Rückgrat der Demokratie**

2482

2483 Die Teilnahme an Wahlen ist ein zentrales Element unseres demokratischen Gemeinwesens.
2484 Deshalb ist es das Ziel der LINKEN, so viele Menschen wie möglich an diesen Entscheidungen
2485 zu beteiligen. Wir wollen das aktive Wahlalter auf kommunaler und auf Landesebene auf 14
2486 Jahre absenken. Darüber hinaus wollen wir ein aktives Wahlrecht für Migrantinnen und Mig-
2487 ranten für die kommunalen Vertretungen.

2488

2489 **Direkte Demokratie beleben**

2490

2491 DIE LINKE will die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen deut-
2492 lich erleichtern und erweitern. Dafür hatten wir in der zurückliegenden Legislatur bereits um-
2493 fassende Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes und des Kommunalverfassungsgeset-
2494 zes eingebracht. Einige Teile davon wurden umgesetzt, aber nur sehr verzagt. Das reicht uns
2495 nicht.

2496

2497 Bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sollen die Quoren zum Teil weiter
2498 abgesenkt werden. Vor allem aber wollen wir die Bedingungen für die Initiatoren, diese
2499 Quoren auch erreichen zu können, durchgreifend verbessern. Darüber hinaus sollen sich
2500 künftig Fachausschüsse des Landtages mit Anliegen befassen, wenn dies mindestens 1.000
2501 Einwohnerinnen und Einwohner fordern (neues Element: die Einwohnerinitiative).

2502

2503 Auf kommunaler Eben wollen wir die Quoren absenken: für Einwohneranträge auf maximal ein
2504 Prozent der stimmberechtigten Einwohner, für Bürgerbegehren auf maximal fünf Prozent und
2505 Bürgerentscheide auf ... Prozent der wahlberechtigten Bürger. Einwohnerversammlungen sol-
2506 len einberufen werden, wenn mindestens fünf Prozent der Einwohner dies beantragen. Auch

2507 über Angelegenheit von Ortschaften soll eine Entscheidung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid möglich werden. Außerdem soll es zur Unterstützung der Initiatoren eine unabhängige Beratung zu den formalen Voraussetzungen von Bürgerbegehren geben.

2510

2511 **Petitionsrecht im Landtag stärken**

2512

2513 Petitionen sind ein praktischer Beweis, dass die Menschen mitreden und mitentscheiden wollen. Deshalb wollen wir das Petitionsrecht stärken. Petitionen an den Landtag sollen künftig auch online als Öffentliche Petitionen gestellt und mitgezeichnet werden können, der Petitionsausschuss soll in den Regionen Bürgersprechstunden anbieten und über eine öffentliche Petitionsplattform sollen Austausch und Diskussion sowie die Mitzeichnung von Bitten und Beschwerden ermöglicht werden.

2519

2520 **Entscheidungen auf Kommunen verlagern**

2521

2522 DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung des Gemeinwesens in den Ortschaften ein. Deshalb müssen die letzten Gebietsreformen seit 2007 (Landkreise und Gemeinden) evaluiert werden. Die Funktionalreform muss erneut angepackt werden, denn das Versprechen, mit den Gebietsreformen den Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse zu geben, blieb unerfüllt. Auch für viele Bürgerinnen und Bürger brachten die Reformen Einschnitte mit sich.

2527

2528 **Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen**

2529

2530 Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Wir fordern einen Ehrenamtsfonds zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte sowie kommunale Budgets zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements auch durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ehrenamtliche Mitglieder der Vertretung (Fraktionen) sollen aus Haushaltsmitteln Zuwendungen erhalten sowie eine angemessene sächliche als auch personelle Ausstattung. Das alles soll in einem „Ehrenamtsgesetz“ verbindlich geregelt werden, das wir bereits in der zurückliegenden Legislatur eingebracht haben.

2537

2538

2539 **VI.2 Justiz: Bürgernah und gerecht**

2540

2541 Die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist maßgeblich für das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat. Doch in Sachsen-Anhalts Gerichten stauen sich die Verfahren. Die Neuzugänge steigen, während die Abarbeitung von Altbeständen nur schleppend vorangeht. So betrug beispielsweise die durchschnittliche Verfahrensdauer erledigter Klagen bei den Sozialgerichten im Jahr 2019 ca. 17 bis 19 Monate. Beim Landessozialgericht lag die durchschnittliche Verfahrenslaufzeit erledigter Berufungen bei 21 Monaten. Im Zeitraum von 2018 bis zum Stichtag des 31.08.2020 sind insgesamt 30.960 Verfahren anhängig. An den Verwaltungsgerichten des Landes liegt die durchschnittliche Dauer der Verfahren mit 14,4 Monaten über dem Bundesdurchschnitt von 2,8 Monaten. Mehrere hundert Verfahren sind älter als zwei oder drei Jahre. Insgesamt sind mehr als 5.200 Verfahren anhängig, etwa 40 Prozent mehr als vor 2015.

2552

2553 Eine hohe Arbeitsbelastung geht einher mit einem hohen Krankenstand, der seit Jahren ansteigt. Diese und viele Überstunden sind eine Ursache für überlange Verfahren. Gerade für

2555 Menschen mit wenig Geld, die vor Sozial- und Verwaltungsgerichten ihre Ansprüche durch-
2556 setzen wollen, ist dies sehr bedrückend. Für DIE LINKE ist besonders wichtig: Rechtsschutz
2557 darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass
2558 der Zugang zur Rechtsprechung nicht infolge fiskalischer Barrieren und Sparmaßnahmen be-
2559 grenzt wird. Deshalb wenden wir uns gegen Beschränkungen der Beratungs-, Prozess- und
2560 Verfahrenskostenbeihilfen für die Bürgerinnen und Bürger.

2561

2562 **Bürgernahe Justiz – Erhalt von bürgernahen Gerichtsstandorten**

2563

2564 Wir stehen für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstandortstruktur sowie einer bürger-
2565 freundlichen Justiz. Wir werden uns deshalb für den Ausbau von bürgerorientierten Justizzen-
2566 tren einsetzen. Die Grundversorgung mit Justizdienstleistungen mit einem möglichst wohnor-
2567 tnahen Zugang der Bürgerinnen und Bürger mittels Einzelgericht soll verbessert werden. Wir
2568 unterstützen die Erhaltung und Sanierung des Landes-Grundbucharchivs in Barby.

2569

2570 **Was wir für mehr Richter und Staatsanwälte tun wollen**

2571

2572 Sachsen-Anhalt hat eine ausreichende Stellenausstattung mit Richtern und Staatsanwälten.
2573 Leider nur auf dem Papier. Denn das CDU-Justizministerium betreibt die Neubesetzung frei-
2574 werdender Stellen nicht in dem erforderlichen Maße. Gerichte und Staatsanwaltschaften sind
2575 somit gravierend personell unterausgestattet. Um dem entgegenzutreten hat DIE LINKE eine
2576 Personalstrategie für ausreichende Neueinstellungen erarbeitet um aktuelle und künftige Al-
2577 tersabgänge langfristig zu kompensieren. Das Land muss für den juristischen Nachwuchs
2578 attraktiver werden und berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Das
2579 beginnt mit einer konkurrenzfähigen Werbung und guten Bedingungen für die Richter*innen
2580 auf Probe. Es muss sich mehr um Arbeitszufriedenheit und die Bedingungen für eine zuverlässige
2581 Lebens- und Familienplanung gekümmert werden. Wir wollen eine Evaluation und Mo-
2582 dernisierung der Fort- und Weiterbildungen in der Justiz, darin eingeschlossen eine partielle
2583 Fortbildungspflicht unter Wahrung des Grundsatzes der richterlichen Unabhängigkeit.

2584

2585 **Nur eine digitalisierte Justiz ist auch eine bürgernahe Justiz**

2586

2587 Die Digitalisierung der Justiz ist unumkehrbar. Denn bis 2026 sind in allen Verfahrensarten
2588 elektronische Akten einzuführen. Wir sehen darin eine große Chance, Arbeitszeit einzusparen
2589 und Verfahren zu beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gerichte künftig Schrift-
2590 sätze, Unterlagen, Akten, Dokumente elektronisch versenden und Videokonferenzen im Ge-
2591 richtssaal abhalten können. Richter und Richterinnen müssen die Möglichkeit erhalten, auch
2592 von zuhause Zugriff auf benötigte Fachprogramme zu haben. Wir wollen dafür sorgen, dass
2593 die Justiz ein leistungsstarkes Datennetz sowie eine moderne digitale Ausstattung erhält.

2594

2595 **Wir wollen neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten**

2596

2597 Für die Verfolgung bestimmter schwerwiegender Strafsachen, einschließlich deren Strafvoll-
2598 streckung, wollen wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit landesweiter Ermittlungsbefug-
2599 nis einrichten. Dies ist vor allem in den Bereichen Rechtsextremismus und Gewalt gegen
2600 Frauen nötig.

2601

2602

2603

2604 **Sozial verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren**

2605

2606 Der Zugang zu Gerichten und Einrichtungen der Justiz darf nicht durch finanzielle Hürden erschwert oder sogar unmöglich gemacht werden. Im Bundesrat muss sich unser Land für sozial verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren einsetzen.

2607

2608

2609

2610

Warum wir das Strafrecht reformieren wollen

2611

2612 Die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates wird nicht durch eine stetige Verschärfung des Strafrechts garantiert. Es darf nur dann zur Anwendung kommen, wenn es unweigerlich erforderlich ist. Deswegen wollen wir Straftatbestände wie das „Containern“ oder das „Schwarzfahren“ abschaffen. Auch der Gebrauch von Drogen wie Cannabis sollte nicht weiter kriminalisiert werden. Die zutiefst frauenfeindliche Kriminalisierung der Information über Schwangerschaftsabbrüche muss schleunigst beendet werden. All das wird zu einer Entlastung bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten, die für die Verfolgung schwerer Straftaten benötigt werden, führen.

2613

2614

2615

2616

2617

2618

2619

2620

2621

Was wir für die Entlastung der Haftanstalten fordern

2622

2623

2624

2625

2626

2627

2628

Mediation statt langer Gerichtsverfahren

2629

2630

2631

2632

2633

2634

2635

2636

Opferschutz und Opferhilfe verbessern

2637

2638

2639

2640

2641

2642

2643

2644

2645

2646

2647

2648

2649

2650

2651

2652

Opfer einer Straftat zu werden ist oftmals ein so erschütternder Einschnitt in das persönliche Leben, dass noch sehr lange Hilfe benötigt wird. Daher setzen wir uns für einen Opferhilfefonds in Sachsen-Anhalt ein. Es geht um unbürokratische Hilfe, vor allem dann, wenn kein Geld aus dem bundesweiten Opferentschädigungsgesetz beansprucht werden kann. Die Landesregierung hat im Sommer dieses Jahres die Stelle einer ehrenamtlichen Opferbeauftragten eingerichtet. Wir fordern jedoch die Einrichtung einer Stelle eines/r hauptamtlichen Landesopferbeauftragten, um die Unterstützung von Opfern und deren Angehörigen bestmöglich zu koordinieren sowie zu unterstützen und die Akteure des Hilfesystems zu vernetzen. Wir schlagen vor, dass die Einnahmen aus Geldauflagen im Rahmen von Strafverfahren, stärker Einrichtungen zu Gute kommen, die Opferschutzarbeit leisten. Opfer von Straftaten sollen kostenlose Untersuchungen in den Opferschutzambulanzen erhalten, weil sie eine gerichtsverwertbare Dokumentation ihrer Verletzungen benötigen. Die in Halle und Magdeburg bestehenden Opferschutzambulanzen sind zu erhalten und auszubauen.

2653 **Haftvermeidung und Täter-Opfer-Ausgleich**

2654

2655 Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen
2656 von Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung von Straftätern und Straftä-
2657 terinnen. Im Mittelpunkt steht dabei die Wiedergutmachung eines durch eine Straftat ent-
2658 standenen materiellen und immateriellen Schadens. Gerichte und Staatsanwaltschaften sind
2659 in Sachsen-Anhalt dafür zu sensibilisieren, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in
2660 vollem Umfang - vor allem im Jugendbereich - zu nutzen. Weiterbildungen für Richterinnen
2661 und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Justizbedienstete sollen dieses Vor-
2662 haben unterstützen. DIE LINKE unterstützt Projekte zur Haftvermeidung durch frühzeitige
2663 ambulante sozialpädagogische Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte, wie
2664 den Täter-Opfer-Ausgleich.

2665

2666 **Was getan werden muss, damit Jugendliche nicht weiter auf die schiefe Bahn geraten**

2667

2668 Es gibt gute Gründe dafür, dass das Jugendstrafrecht in wesentlichen Grundsätzen vom all-
2669 gemeinen Strafrecht abweicht. Eine Jugendstraftat soll in erster Linie durch Erziehungsmaß-
2670 regeln geahndet werden. Im Bereich des Jugendstrafvollzugs lehnen wir kriminalpolitische ad
2671 hoc-Entscheidungen und unverhältnismäßige, freiheitsentziehende Maßnahmen, wie etwa den
2672 sogenannten Warnschussarrest für Jugendliche und heranwachsende Straftäter, kategorisch
2673 ab. Wir sehen vielmehr Handlungsbedarf an anderen Punkten. Um Chancen auf ein zukünftiges
2674 straffreies Leben zu erhöhen, muss der Jugendstrafvollzug die Jugendlichen aus den Gef-
2675 ängnisstrukturen und den dort herrschenden Subkulturen herauslösen. Deshalb wollen wir
2676 eine Modelleinrichtung „Strafvollzug in freien Formen“. Straffällige Jugendliche sollen in
2677 Wohngruppen an alltäglichen Problemlösungen beteiligt werden, um die soziale Verantwor-
2678 tung zu stärken. Um schneller auf Jugendkriminalität reagieren zu können, streben wir die
2679 Errichtung von Häusern des Jugendrechts an. Sie dienen der behördenübergreifenden Zu-
2680 sammenarbeit bei Straftaten von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Die Häuser
2681 sollen kurze Informationswege zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Ge-
2682 richten sowie freien Trägern unter einem Dach bieten. Damit soll eine schnelle und individuell
2683 zugeschnittene Reaktion auf straffälliges Verhalten erfolgen. Dagegen sprechen wir dem Ju-
2684 gendarrest eine überzeugende erzieherische Wirkung ab. Zwischen Tat und Ahndung liegen
2685 regelmäßig größere Zeiträume und die Rückfallquote ist relativ hoch. Die erforderliche inten-
2686 sive Betreuung durch Fachpersonal kann nicht ausreichend gewährleistet werden. Solange
2687 jedoch für die Abschaffung keine rechtlichen Grundlagen auf Bundesebene existieren, hat der
2688 Vollzug des Jugendarrestes mit einem reformierten Landesgesetz in einer modernen Jugend-
2689 arrestanstalt in Sachsen-Anhalt zu erfolgen. Auch Schulschwänzer gehören nicht in den Ju-
2690 gendarrest. Wegsperrern ist aus pädagogischer und erzieherischer Sicht ungeeignet, nicht
2691 zielführend und untauglich.

2692

2693 **Straftäter resozialisieren**

2694

2695 Strafvollzug heißt resozialisieren und nicht einfach wegsperrern. Nur wer eine positive Per-
2696 spektive für die Zeit nach der Haftentlassung hat, kann dauerhaft ein straffreies Leben bewäl-
2697 tigen. Daher ist ein professionelles Übergangsmangement einzuführen. Damit sollen Gefan-
2698 gene und Haftentlassene individuell begleitet und betreut werden. Für erfolgreiche Resoziali-
2699 sierungsmaßnahmen bedarf es einer ausreichenden Finanzierung, aber vor allem muss der
2700 personellen Unterbesetzung im Justizvollzug entgegengewirkt werden. DIE LINKE wird sich
2701 dafür einsetzen, dass für die Gefangenen ausreichende und gute Bildungs- und Qualifizie-

2702 rungsangebote sowie Arbeitsangebote im Strafvollzug zur Verfügung gestellt werden. Zu ei-
2703 nem menschenwürdigen Strafvollzug gehört außerdem, dass die Arbeitsleistungen der Straf-
2704 gefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

2705

2706 **Justizvollzugsstandorte in Sachsen-Anhalt**

2707

2708 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die ab dem Jahr 2025 vorgeschriebene Einzelunterbrin-
2709 gung von Gefangenen flächendeckend sichergestellt wird. Die dafür notwendige Erweiterung
2710 der Justizvollzugsanstalt Halle (Dessauer Straße), deren bauliche Umsetzung sowie Finanzia-
2711 rung werden wir kritisch begleiten. Eine Privatisierung von Teilen des Strafvollzugs lehnen wir
2712 strikt ab, ebenso die Privatisierung von Tätigkeiten im Strafvollzug. Unser Anspruch ist es,
2713 den offenen Vollzug zu stärken und künftig zum Regelvollzug auszugestalten. Für eine effekti-
2714 ve Arbeit der Ermittlungsbehörden müssen die beiden rechtsmedizinischen Standorte in
2715 Magdeburg und Halle erhalten bleiben. Ihr Erhalt ist ebenfalls Voraussetzung dafür, eine ge-
2716 nerell verpflichtende zweite Leichenschau bei Erd- und Feuerbestattungen realisieren zu kön-
2717 nen. Dazu bedarf es einer generellen Reformierung des Bestattungsrechts.

2718

2719

2720 **VI.3 Inneres, Feuerwehren und Bevölkerungsschutz**

2721

2722 Eines der Grundbedürfnisse der Menschen ist es, sicher leben und arbeiten zu können. Das
2723 heißt vor allem vor Kriminalität geschützt zu werden, aber auch vor Armut, vor Ausgrenzung,
2724 aber auch vor unverhältnismäßigen Eingriffen des Staates in ihr Leben. Wir wollen weg von
2725 einem auf law&order reduzierten Sicherheitsbegriff, der Bedrohungen nur von außen kommen
2726 sieht und vor allem auf Restriktion, Abschreckung und Überwachung setzt, hin zu einem um-
2727 fassenden Begriff von öffentlicher Sicherheit. Wir stehen für eine Politik, die dort ansetzt, wo
2728 Menschen in ihrem täglichen Erleben tatsächlich mit Unsicherheiten zu kämpfen haben. Der
2729 populistische Ruf nach dem starken Staat kommt zwar im Bereich der Sicherheit sehr laut
2730 aus der CDU, zugleich wird der Staat da, wo er konkret erlebbar ist, aber immer weiter ge-
2731 schwächt. Wenn es um den Schutz vor rassistischem und rechtsextremem Terror geht, haben
2732 die Sicherheitsbehörden regelmäßig versagt. Zunehmende Cyberkriminalität, internationaler
2733 Terrorismus und Neonaziterror sowie eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft im sozia-
2734 len Nahbereich – das alles zählt zu den zentralen innenpolitischen Herausforderungen.

2735

2736 **Das Gewaltmonopol muss in der Hand des Staates bleiben**

2737

2738 Polizeiliches Handeln ist hoheitliches Handeln. Das Gewaltmonopol des Staates legitimiert
2739 sich nur durch die besondere Bindung an Recht und Gesetz und muss deshalb auch besonde-
2740 rer Kontrolle unterliegen. Immer wieder wird das jedoch in Frage gestellt, sei es durch fehlen-
2741 de Kontrollmechanismen oder auch durch die Auslagerung einzelner Bereiche in private Si-
2742 cherheitsunternehmen oder ähnliches. Eine Verlagerung des staatlichen Gewaltmonopols auf
2743 kommunale Vollzugsbedienstete lehnen wir ab. Erst recht lehnen wir die Übertragung hoheit-
2744 licher Aufgaben auf private Sicherheitsunternehmen vehement ab. Ermittlungs- und Strafver-
2745 folgungsaufgaben gehören ausschließlich in die Hände von öffentlichen Bediensteten. Bür-
2746 gerwehren oder andere vergleichbare Strukturen, die das Gewaltmonopol in Frage stellen,
2747 lehnen wir ab.

2748

2749

2750

2751 **Wir wollen eine gut ausgestattete und demokratisch verfasste Polizei**

2752

2753 Sachsen-Anhalt benötigt motivierte und bürgernah agierende Polizisten und Polizistinnen, die
2754 flächendeckend präsent und einsatzbereit sind. CDU und SPD haben in den letzten Jahren
2755 einen unverantwortlichen Personalabbau betrieben, der mittlerweile zu einem Personalnot-
2756 stand führt, der von den Polizistinnen und Polizisten ausgebadet werden muss und der ein-
2757 deutig zu Lasten der Öffentlichen Sicherheit geht.

2758

2759 **Was DIE LINKE für Personal, Bezahlung und Ausstattung der Polizei tun will**

2760

2761 Für DIE LINKE steht Nachwuchsgewinnung bei der Polizei im Vordergrund. Die hohe Zahl von
2762 Altersabgängen bei der Polizei muss kompensiert werden. Aus diesem Grund sind die Anzahl
2763 von Neueinstellungen, die Ausbildungskapazitäten und -inhalte konsequent an künftige Her-
2764 ausforderungen anzupassen und auszubauen. Wir fordern eine vorausschauende Personalpla-
2765 nung bei der Polizei, die verlässlich und motivierend für die Lebensplanung der Beam-
2766 ten*innen ist. Dies schließt eine moderne Polizeiausbildung, die Reduzierung von Mehrarbeit
2767 und Überstunden, gute Bezahlung, ein wirksames Gesundheitsmanagement ein.

2768

2769 **Beförderungstau auflösen**

2770

2771 Seit vielen Jahren warten Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen in Sachsen-Anhalt vergeblich
2772 auf ihre Beförderung, obwohl sie beförderungsfähig waren. DIE LINKE setzt sich dafür ein,
2773 dass dieser Beförderungstau unverzüglich abgearbeitet wird. Hierzu bedarf es eines jährlich
2774 verlässlichen, langfristigen und rechtzeitigen Beförderungskonzeptes. Das Budget zur Finan-
2775 zierung muss so ausgestaltet sein, dass es für alle beförderungsfähigen Polizeibeamten und -
2776 beamtinnen hinreichend ist.

2777

2778 **Polizeigebäude sanieren**

2779

2780 Marode polizeiliche Gebäude müssen schnellstens saniert werden, um die örtliche Unterbrin-
2781 gungssituation und infolgedessen die Arbeitsbedingungen der Polizisten und Polizistinnen zu
2782 verbessern. Die bauliche Situation der Polizeigebäude muss zur „Chefsache“ in der Landesre-
2783 gierung erklärt, die diesbezüglichen Kompetenzschiebereien zwischen dem Ministerium für
2784 Finanzen und dem Ministerium für Inneres und Sport des Landes müssen beendet werden.

2785

2786 **Ausbildung, Fortbildung und Qualitätssicherung**

2787

2788 Eine Grundlage dafür, dass die Polizei ihre Aufgaben verantwortungsvoll erfüllen kann, ist eine
2789 fundierte Ausbildung. Die polizeiliche Aus- und Fortbildung muss deshalb in hoher Qualität
2790 und mit ausreichend personellen, räumlichen und sächlichen Kapazitäten sichergestellt wer-
2791 den. Um diskriminierende polizeiliche Maßnahmen zu verhindern, müssen Polizisten und Poli-
2792 zistinnen bereits während ihrer Ausbildung entsprechend sensibilisiert werden und Fortbil-
2793 dungen zu interkultureller Kompetenz verbindlich werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die
2794 Ausbildung für den Kriminalpolizeidienst über einen eigenständigen Studiengang „Kriminalis-
2795 tik“ qualifiziert wird.

2796

2797

2798

2799 **Aufklärung und Untersuchung rechtsextremer und rassistischer Haltungen, Struktu-**
2800 **ren und Vorfälle in den Sicherheitsbehörden**

2801

2802 In den letzten Jahren sorgten immer wieder Enthüllungen über rechte Netzwerke in Polizei
2803 und Bundeswehr, unerlaubte Informationsweitergabe an rechtsextreme Gruppen, Berichte
2804 über Polizeigewalt und rechtswidrige Maßnahmen aus rassistischen Motiven für Erschütte-
2805 rung. In einer Gesellschaft, in der Rassismus, Antisemitismus und rechte Einstellungen ein
2806 erhebliches Problem darstellen, können staatliche Strukturen gar nicht frei davon sein. Schon
2807 deshalb brauchen wir besondere Aufmerksamkeit für solche Einstellungen in den Sicherheits-
2808 behörden. Wer Sicherheit will, muss also auch eine kritische Überprüfung polizeilichen Han-
2809 delns garantieren. Neben der verstärkten Sensibilisierung und verbindlichen Aus- und Fortbil-
2810 dungsmaßnahmen brauchen wir auch eindeutige gesetzliche Regelungen, die diskriminieren-
2811 de Maßnahmen nicht nur abstrakt verbieten (wie bisher), sondern sie auch effektiv verhin-
2812 dern.

2813

2814 Racial Profiling bei der Polizei muss unterbunden werden. DIE LINKE wird sich für die Erarbei-
2815 tung einer umfassenden wissenschaftlichen Studie zu Racial Profiling einsetzen, um auf deren
2816 Grundlage strukturellen Rassismus in der Polizei zu erkennen und abzustellen.

2817

2818 **Auch die Polizei macht Fehler**

2819

2820 Die Vorgänge, die in der Landesbereitschaftspolizei bekannt geworden sind, müssen umfas-
2821 send aufgearbeitet werden. Der Aktionismus des Innenministers kann die Versäumnisse der
2822 letzten Jahre nicht aufwiegen. Offensichtlich haben wir es mit einem strukturellen Problem zu
2823 tun, das unabhängige Beschwerdestelle, externer Ermittlungen, Zusammenarbeit mit nicht-
2824 staatlichen Fachstellen bedarf, aber auch einer anderen Haltung, mit der das Innenministeri-
2825 um und damit die Landespolizei geführt wird. Hierfür brauchen wir eine funktionierende Feh-
2826 lerkultur, wirksame Strukturen des Beschwerdemanagements, eine kritische Überprüfung der
2827 Verfasstheit der Sicherheitsbehörden und letztlich auch dienstrechtlicher Konsequenzen.

2828

2829 **Demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden**

2830

2831 Die bereits eingeführte Kennzeichnungspflicht von uniformierten Polizeibeamt*innen wollen
2832 wir beibehalten. Wir wollen sie mittels der Einrichtung einer tatsächlich unabhängigen Anlauf-
2833 und Beschwerdestelle sowohl für Betroffene als auch für Angehörige der Polizei zur Untersu-
2834 chung polizeilichen Fehlverhaltens - faktisch losgelöst und unabhängig vom Ministerium für
2835 Inneres und Sport - stärken. Die parlamentarischen Kontrollbefugnisse gegenüber den Si-
2836 cherheitsbehörden müssen deutlich erweitert werden. Nazis, Rassisten und Antisemiten müs-
2837 sen aus dem Polizeidienst entfernt werden.

2838

2839 **Waffenbesitz**

2840

2841 DIE LINKE steht für deutlich weniger Waffen im privaten Besitz. Die Waffenbehörden müssen die Ein-
2842 haltung der entsprechenden Gesetze umsetzen und kontrollieren. Waffenrechtliche gesetzliche Rege-
2843 lungen gehören auf den Prüfstand und es müssen individuelle Waffenverbote und Kontrollen stärker
2844 zum Tragen kommen. Wir wollen die Entwaffnung der extremen Rechten und besonders der
2845 sogenannten Reichsbürger*innen vorantreiben.

2846

2847

2848 **Versammlungsrecht**

2849

2850 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Verfassungsgut. Wir setzen uns deshalb für ein de-
2851 mokratieförderndes und grundrechtsbezogenes Versammlungsrecht ein. Versammlungsbe-
2852 hörden und Polizei haben zuallererst die Pflicht, dieses verfassungsmäßige Recht auf Ver-
2853 sammlungsfreiheit zu garantieren. Dieser Verantwortung müssen die Versammlungsbehörden
2854 durch ihr Agieren und die Einsatzstrategien der Polizei gerecht werden und Strategien der
2855 Deeskalation erarbeiten. Staatliche Beschränkungen und Auflagen für Versammlungen dürfen
2856 nicht dazu führen, dass Versammlungen erschwert und das Versammlungsrecht willkürlich
2857 eingeschränkt wird. Zugleich sehen wir, dass bei rechten und verschwörungsideologischen
2858 Versammlungen immer wieder Auflagen verletzt werden, Beobachtende und Journalist*innen
2859 angegriffen werden und strafrechtlich relevante Aussagen getätigt werden können. Das ist
2860 nicht hinnehmbar. Hier haben wir es allerdings nicht mit einem Problem in der Rechtslage zu
2861 tun, sondern mit der fehlenden Durchsetzung geltenden Rechts. Wir wollen dafür sorgen,
2862 dass Versammlungsbehörden und Polizei ihren Auftrag erfüllen und Straftaten und Auflagen-
2863 verstöße konsequent ahnden, Pressefreiheit schützen und Straftaten und Übergriffe als sol-
2864 che erkennen, diese voll umfänglich dokumentieren, rechtlich zutreffend analysieren und vor
2865 allem: eingreifen, ahnden und sanktionieren. Denn der Staat und seine Behörden sind nicht
2866 neutral. Sie sind der Demokratie verpflichtet.

2867

2868 **Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz**

2869

2870 DIE LINKE bringt den Beschäftigten der Feuerwehr, der Rettungsdienste und des Katastro-
2871 phenschutzes große Wertschätzung entgegen. Wir fordern mehr Anerkennung für ihre Lei-
2872 stung im Haupt- und Ehrenamt für unser aller Wohl. Wir finden, dass für **ehrenamtliche Tä-
2873 tigkeit Rentenpunkte zur gesetzlichen Rente für die Teilnahme am aktiven Einsatz-
2874 dienst bei den freiwilligen Feuerwehren als Anerkennung des Ehrenamtes wichtig
2875 sind**. Eine gute Jugendarbeit mit der Nachwuchsförderung in Kinder- und Jugendfeuerwehren
2876 und der Ausbau der Entschädigungsmöglichkeiten der freiwilligen Feuerwehren bilden die
2877 Grundlage dafür. Die Forderung nach einem Erlass einer Feuerwehr-Entschädigungs-
2878 verordnung am Thüringer Modell unterstützen wir ausdrücklich.

2879

2880 Wir fordern mehr Personal für das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge
2881 und die Förderung der Landesrettungsschule zur Gewährleistung einer hochwertigen Ausbil-
2882 dung.

2883

2884 Für eine gute ehrenamtliche Arbeit ist die Kommunikation auf allen Ebenen wichtig, diese ist
2885 oftmals nicht gegeben, daher beantragten wir bereits die Einrichtung eines Landesbeirates
2886 für Brandschutz, Allgemeine Hilfen und Katastrophenschutz. Leider wurde dieser bis heute
2887 nicht eingerichtet, wir bleiben dran.

2888

2889 Gesundheit ist auch bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ein hohes Gut. Daher
2890 ist es uns wichtig, einen verbesserten Schutz der Kamerad*innen bei Einsätzen zu gewähr-
2891 leisten. Eine Reform der Feuerwehrunfallkasse in Sachsen-Anhalt ist unbedingt notwendig.
2892 Hierbei steht die Anpassung an aktuelle Anforderungen und Verbesserung der Anerkennung
2893 von Unfällen im aktiven Einsatzdienst der Feuerwehren und eine Verbesserung der Trauma-
2894 bewältigung (Krisenintervention) für schwere Einsätze der freiwilligen Feuerwehren und des
2895 Rettungsdienstes im Vordergrund. Finanziell ist dies durch die Auszahlung von 90 Prozent
2896 der Einnahmen der Feuerschutzsteuer an die Städte und Gemeinden zweckgebunden für den

2897 Brandschutz abzusichern. Eine aus Spargesichtspunkten betriebene Zentralisierung der Rettungsleitstellen im Land lehnen wir ab.

2898

2899

2900 Das Kostenerstattungserstattungssystem für Feuerwehren und Rettungsdienste muss vereinfacht werden.

2901

2902

2903 Die Arbeitsfreistellung der ehrenamtlich in Feuerwehr, Katastrophenschutz sowie in Hilfsdiensten des Rettungsdienstes Tätigen muss weiterhin unterstützt werden.

2904

2905

2906

2907

VI.4 Staatsziel Antifaschismus

2908

2909 Seit dem Frühjahr 2020 hat unsere Landesverfassung eine Antifaschismusklausel. Gemäß Artikel 37a ist es „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen“, eine Wiederbelebung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie »rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen“. Dennoch zählt Sachsen-Anhalt zu den Ländern mit den meisten rechtsextremen, rassistisch und antisemitisch motivierten Straftaten pro 100.000 Einwohnern in der Bundesrepublik. Staatliches Handeln und staatliche Härte sind hier das Gebot der Stunde.

2915

2916

2917

Antifaschistische Kämpfe gemeinsam führen

2918

2919 Rechtsextremismus und Rassismus müssen nicht nur staatlich, sondern gesellschaftlich bekämpft werden. An der Seite der Betroffenen, solidarisch mit sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Gruppen. Wir nehmen nicht hin, wenn Gewerkschaft*innen, Schüler*innen von Fridays for Future und Antifaschist*innen als linksextrem diskreditiert werden. Gemäß Artikel 37a der Landesverfassung kommen wir gemeinsam in breiten Bündnissen der Verantwortung nach, Naziaufmärsche und rassistische Angriffe nicht zuzulassen.

2925

2926

Einsatz für Demokratie stärken

2927

2928 Wir wollen den Einsatz für die Demokratie stärken und die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements verlässlich finanzieren. Dazu werden wir das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit aufstocken, die Antragstellung vereinfachen und das Programm hinsichtlich der förderbaren Aktivitäten überarbeiten. Für die Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt wollen wir eine eigenständige gesetzliche Grundlage schaffen, die den Trägern Rechtssicherheit und Verlässlichkeit garantiert und dauerhafte Förderung ermöglicht.

2933

2934

Betroffene schützen und Beratung stärken

2935

2936

2937 Wir wollen das Monitoring politisch motivierter Straftaten in Zusammenarbeit mit den Opferberatungsstellen verbessern und die Mobile Opferberatung dauerhaft besser finanzieren. Eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle soll eingerichtet werden. Für Opfer rechtsextremer Gewalt fordern wir ein Bleiberecht, um der auf Vertreibung gerichteten Ideologie der Täter entgegenzutreten und die Betroffenen zu schützen. Betroffene wollen wir besser schützen, den Schutz von Synagogen, Moscheen und anderen bedrohten sakralen Orten ausbauen. Analyse, Aufklärung und Beratung sind entscheidend für den gesellschaftlichen Einsatz gegen die extreme Rechte. Wir werden die Förderung der Träger, z.B. der Regionalen Beratungsteams und der Arbeitsstelle Rechtsextremismus sowie lokaler Bündnisse ausbauen. Die Ver-

2945

2946 suche von AfD und CDU, diese Arbeit zu delegitimieren, weisen wir zurück. Ebenso den Ver-
2947 such, über die falsche Auslegung des Neutralitätsgebots die Arbeit freier Träger zu entpoliti-
2948 sieren und ihr Eintreten für Menschenrechte und die Verfassung zu diskreditieren.

2949

2950 **Bildung und Gedenken**

2951

2952 Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit rechtsextremer, rassistischer und antisemiti-
2953 scher Gewalt für Schulen schaffen und die Auseinandersetzung mit rechtem Terror in den
2954 Lehrplänen verankern. Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur und den 8.
2955 Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als Feiertag ein. Wir werden Stätten der Erinne-
2956 rung unterstützen, ihre Finanzierung ausbauen und sichern.

2957

2958

2959 **VI.5 Für Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat**

2960

2961 Für DIE LINKE bleiben die christlichen Kirchen ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Partner im
2962 humanistischen Dialog, auch wenn die Mehrheit der Menschen in Sachsen-Anhalt ohne religi-
2963 öses Bekenntnis lebt.

2964

2965 Wir empfinden Hochachtung für das Engagement von Christinnen und Christen für die In-
2966 tegration von Migrantinnen und Migranten und in der Auseinandersetzung mit Rechtsextre-
2967 misten. Darüber hinaus wollen wir die Kontakte zu den jüdischen und muslimischen Gemein-
2968 den im Land intensivieren und sie bei ihrem Recht auf Religionsausübung unterstützen. Wir
2969 wollen die Beziehung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Landesverband der mus-
2970 limischen Gemeinden institutionalisieren und rechtlich absichern.

2971

2972 Dass Juden und Muslime immer wieder bedroht, beleidigt und angegriffen werden, verlangt
2973 nach einer höheren Sensibilität der Verfolgung solcher Straftaten genauso wie nach einer
2974 gesellschaftlichen Ächtung von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit. Der schreckliche
2975 Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Halle unterstreicht die Notwendigkeit eines kompro-
2976 misslosen Kampfes gegen alle Formen des Antisemitismus in Deutschland.

2977

2978 Das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf einen fakultativen Religionsunterricht steht
2979 einem verbindlichen Angebot eines Werteunterrichtes, der Grundverständnis der Weltreligio-
2980 nen vermittelt, nicht entgegen.

2981

2982 Die beiden christlichen Großkirchen verfügen über zahlreiche finanzielle Privilegien, die für ein
2983 finanzschwaches Land wie Sachsen-Anhalt nicht mehr zeitgemäß sind. Das Land Sachsen-
2984 Anhalt zahlt wegen der bisher abgeschlossenen Verträge die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-
2985 Leistungen an die Kirchen. Es gibt auch keine zeitliche Begrenzung dieser dynamisch steigen-
2986 den Kosten. Seit über 100 Jahren fordern Verfassung und Grundgesetz die Ablösung der
2987 Staatskirchenleistungen für die evangelische und katholische Kirche. Wir werden uns auch
2988 dafür einsetzen, dass dieser verfassungswidrige Zustand beendet wird. Entweder über eine
2989 Abgeltung dieser Ansprüche durch eine Übernahme der Baulast von besonders kulturhisto-
2990 risch bedeutenden Kirchen und Gebäuden oder eine Einmalzahlung aus dem Landeshaushalt.

2991

2992

2993

2994

2995 **VI.6 Bundes- und Europapolitik**

2996

2997 Als Internationalist*innen wissen wir, dass die Zukunft Sachsen-Anhalts nicht nur Teil der
2998 Entwicklung Deutschlands ist, sondern untrennbar in europäische und globale Zusammen-
2999 hänge eingebettet ist. Der Weg unseres Landes kann nur erfolgreich sein, wenn unsere Nach-
3000 barländer, die gesamte EU und Europa als Ganzes seine Integration vertieft.

3001

3002 Wir haben gesehen, wie während der Corona-Pandemie nationalistische Abschottung Proble-
3003 me verschärft, statt sie zu lösen. Deswegen kämpfen wir für einen grundlegenden Wandel der
3004 EU, von einem marktorientierten Staatenbund hin zu einer echten Solidargemeinschaft, die
3005 den Menschen in den Mitgliedsländern soziale Sicherheit gibt, statt diese zu bedrohen, die
3006 reale Schritte hin zu einer CO2-neutralen Wirtschaft einleitet und als stabilisierender Frie-
3007 densfaktor weltweit wirkt. Wir streiten für die Durchsetzung grundsätzlicher Werte wie
3008 Rechtsstaatlichkeit, gegen die Diskriminierung von Minderheiten und für die humanistische
3009 Aufnahme von Flüchtlingen als verbindende Grundlage der Europäischen Union. Sachsen-
3010 Anhalt hat in den vergangenen Jahren sehr viel von Strukturfördermitteln der EU profitiert. Wir
3011 wollen diese Mittel auch in Zukunft für die Entwicklung der Infrastruktur und für sozialpoliti-
3012 sche Projekte in Sachsen-Anhalt einsetzen und setzen uns für eine verbesserte Zugänglich-
3013 keit und Abrechnung dieser Gelder ein. Wir beteiligen uns nicht an der engstirnigen Diskussi-
3014 on über Nettozahlungen an den EU-Haushalt, weil wir wissen, dass die Strukturförderung,
3015 insbesondere bei unseren osteuropäischen Nachbarn, die Entwicklung voranbringen kann und
3016 damit auch die Rahmenbedingungen für Sachsen-Anhalt geschaffen werden.

3017

3018 Auch wenn wir für den Wegfall der Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland eintreten
3019 und eine Phase der Kooperation und Zusammenarbeit einleiten wollen, setzen wir uns für
3020 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Russland ein.

3021

3022 In Sachsen-Anhalt leben etwa 34.000 nichtdeutsche EU-Bürger*innen. Sie arbeiten in der
3023 Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie, der Gastronomie und im Tourismus. Ohne sie wür-
3024 de in der Pflege nichts mehr laufen. Darüber hinaus gibt es eine hohe Zahl von Werkvertrags-
3025 arbeiter*innen. Leider hat Sachsen-Anhalt im Vergleich zu westlichen Bundesländern eine
3026 niedrige Attraktivität für den Zuzug von EU-Bürger*innen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass
3027 das Land Sachsen-Anhalt mehr für den Arbeitsschutz und zur sozialen Absicherung der EU-
3028 Bürger*innen tut. Zoll und Landesbehörden müssen hier zusammenwirken. Auf der Bundes-
3029 ebene geht es um das Verbot von Werksverträgen und den Anspruch auf SGB II-Leistungen
3030 ohne Fristen für den Zugang von Menschen aus Osteuropa, die Stärkung der Beratungsstruk-
3031 tur und den Zugang zu Sprachkursen für EU-Bürger*innen. Vor dem Hintergrund der demo-
3032 grafischen Entwicklung werden wir weiter für eine interkulturelle Öffnung in Verwaltung und
3033 Zivilgesellschaft streiten.

3034

3035

3036 **VI.7 Für eine plurale Medienlandschaft**

3037

3038 DIE LINKE setzt sich für Qualität, Medienvielfalt und Transparenz als wichtiges Instrument
3039 demokratischer Willensbildung und Teilhabe, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen
3040 allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Die gegenwärtigen Bedin-
3041 gungen der Digitalisierung, die veränderten Nutzungsgewohnheiten und -angebote beschrei-
3042 ben den radikalen Umbruch in der Medienlandschaft. Dieser Umbruch geht mit einem zu-
3043 nehmenden Legitimationsdruck öffentlich-rechtlicher Medien, sich verschlechternden Rah-

3044 men- und Arbeitsbedingungen, durch sinkende Printauflagen, Konzentrationsprozesse bei den
3045 Zeitungen und Redaktionen, mit einer Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und einer zu-
3046 nehmenden Kommerzialisierung von journalistischen Angeboten einher.

3047
3048 DIE LINKE setzt sich für eine plurale Medienlandschaft ein. Dazu gehören in Sachsen-Anhalt
3049 die Regionalstudios des öffentlich- rechtlichen Rundfunks, die Bürgermedien mit den sieben
3050 Offenen Kanälen und den zwei nichtkommerziellen Radiosendern sowie die privaten Radio-
3051 sender und regionalen Fernsehsender in Sachsen-Anhalt.

3052 3053 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**

3054
3055 Mittels Information, Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung einen Beitrag zur Meinungs-
3056 vielfalt und somit zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten, ist Grundauftrag öffentlich-
3057 rechtlicher Medien. Für ein unabhängiges Programm, das frei von den Interessen Dritter ge-
3058 staltet werden kann, brauchen öffentlich-rechtliche Sender eine bedarfsgerechte Finanzia-
3059 rung. DIE LINKE setzt sich für die Ausweitung der Beitragsbefreiung u.a. auf soziale Einrich-
3060 tungen und Menschen mit Beeinträchtigungen ein. Eine Kompensation der Beitragsbefreiun-
3061 gen aus Steuermitteln würde einen erheblichen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten, ist mit
3062 der gebotenen Staatsferne vereinbar und würde den Rundfunkbeitrag längerfristig stabil hal-
3063 ten. DIE LINKE lehnt Programmkürzungen und Kürzungen bei den festen und freien Mitarbei-
3064 ter*innen im ÖRR ab und fordert mehr journalistische Berichterstattung und mehr Programmi-
3065 vielfalt. Darüber hinaus fordert DIE LINKE umfassende Transparenz der Gehaltsstrukturen.
3066 Dazu gehört, dass sich Intendant*innengehälter an der Besoldung von Ministerpräsi-
3067 dent*innen orientieren und auch außer- und übertarifliche Gehälter in einer strukturierten
3068 Darstellung öffentlich zugänglich gemacht werden.

3069 3070 **Bürgermedien**

3071
3072 Bürgermedien mit ihren lokalen und regionalen Bezügen sind sie Teil der demokratischen Wil-
3073 lensbildung, sie sind Orte der Integration und Koordination aller gesellschaftlichen Gruppen
3074 und Instrumente politischer Bildung und Medienkompetenz. DIE LINKE will diese Funktionen
3075 stärken und gemeinsam mit den Bürgermedien im Land weiterentwickeln.

3076 3077 3078 **Teil VII: Wer bezahlt die Rechnung für die Krise?**

3079
3080 **DIE LINKE steht dafür, dass Superreiche zur Finanzierung der Krise herangezogen und**
3081 **Geringverdiener und Mittelschicht vor den Krisenkosten geschützt werden.** Wir brau-
3082 chen einen fairen Lastenausgleich, wie ihn das Grundgesetz für solche Fälle vorsieht. Wir wol-
3083 len eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre einführen. Jetzt ist
3084 die Solidarität derer gefordert, denen es sehr gut geht. Nach der Krise braucht es eine große
3085 Steuerreform, die Geringverdiener*innen und die Mitte entlastet. Wir wollen eine progressive
3086 Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre, die im Jahr rund 100 Mrd. Euro einbringt
3087 und dauerhaft Zukunftsinvestitionen in Bildung, Sozialstaat, Energiewende und Infrastruktur
3088 ermöglicht. Auch auf EU-Ebene brauchen wir eine Abgabe auf Vermögen von Milliardären, um
3089 die Mittel des Wiederaufbaufonds refinanzieren zu können. Für uns gilt: Weder die deutsche
3090 Verkäuferin noch der italienische Krankenpfleger sollen für diese Krise bezahlen.

3091
3092

3093 **Wie es um den Landeshaushalt bestellt ist**

3094

3095 Im laufenden Doppelhaushalt Sachsen-Anhalts werden derzeit Einnahmeausfälle von 1,75
3096 Mrd. Euro erwartet. Wir rechnen damit, dass dieses Haushaltsloch bis 2024 auf 5 Mrd. Euro
3097 anwächst. Dagegen hat die Haseloff-Regierung einen Nachtragshaushalt von lediglich 500
3098 Mio. gesetzt. Sachsen-Anhalt muss endlich seine Notkreditermächtigungen nutzen, um die
3099 Steuerausfälle der Jahre 2020/21 sowie krisenbedingte Mehrbedarfe durch eine entspre-
3100 chende Erhöhung der Nettokreditaufnahme auszugleichen. Wir teilen die Auffassung des
3101 DGB, dass für diese Kredite ein Tilgungszeitraum von 30 Jahren festzulegen ist. Die mittelfris-
3102 tige Finanzplanung ist mit dem Ziel zu überarbeiten, dass die Fehlbeträge der Jahre 2022 bis
3103 2024 durch eine entsprechende Kreditaufnahme ausgeglichen werden. Dabei ist der Landtag
3104 darüber in Kenntnis zu setzen, welche Kosten unter den Bedingungen des gegenwärtigen
3105 Niedrigzinsumfeldes bzw. der Emission von Nullzinsanleihen dafür entstehen. Die Landesre-
3106 gierung muss sich gegenüber dem Bund für einen gesetzlichen Lastenausgleich zum Abbau
3107 der notlagebedingten Schulden einsetzen.

3108

3109 Die Kreditaufnahme ist deswegen ein strategisches Finanzierungsinstrument, weil derzeit
3110 kaum Zinsen für deutsche Staatsanleihen auf den internationalen Finanzmärkten anfallen. Vor
3111 allem aber wird immer mehr deutlich, dass die Notlage für die öffentlichen Haushalte nicht
3112 allein auf die Pandemie zurückzuführen ist, sondern auf die komplexen Verflechtungen ver-
3113 schiedener Krisenprozesse, die nicht nur eine temporäre Schock-, sondern eine langfristige
3114 Erosionswirkung auf die Wirtschaftsabläufe entfalten.

3115

3116 **Bedarfsgerechte Kommunalfinanzen**

3117

3118 Kernproblem der kommunalen Finanzausstattung bleibt die weit hinter dem Bundesdurch-
3119 schnitt zurückbleibende Steuerkraft der Städte und Gemeinden Sachsen-Anhalts. DIE LINKE
3120 fordert mit ihrem Konzept „Steuergerechtigkeit für Kommunen“ eine Umverteilung zugunsten
3121 der Städte und Gemeinden. Pro 10 000 Einwohner*innen würden damit ca. 2,5 Mio. Euro
3122 jährlich Mehreinnahmen entstehen.

3123

3124 **Unsere Anforderungen an das Land**

3125

3126 Mit mehr als 3 Mrd. Euro ist die Kommunalquote im Landeshaushalt zwar hoch, jedoch erfolgt
3127 die Verteilung der Mittel in einer Vielzahl von Programmen und Fördertöpfen. Das führt zu
3128 Verteilungsungerechtigkeit und hohem bürokratischen Aufwand. Diese Zustände stehen für
3129 das Misstrauen der Landespolitik in die Kommunen.

3130

3131 DIE LINKE vertraut auf kommunale Selbstverwaltung. Wir werden die Vielzahl der Fördertöpfe
3132 durch klare Strukturen im Finanzausgleich ersetzen. Der seit 2016 geltende Festbetragsfi-
3133 nanzausgleich von 1,6 Mrd. Euro hat zwar den Sparkurs auf Kosten der Kommunen beendet,
3134 jedoch reicht das nicht aus. Deswegen werden wir das Finanzausgleichsgesetz ändern, damit
3135 es sich besser am kommunalen Finanzbedarf orientiert. Wir wollen auch für die kreisangehö-
3136 rigen Gemeinden Ergänzungszuweisungen zum Belastungsausgleich einführen. Dieser Aus-
3137 gleich von 30 Mio. Euro für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die Kosten für
3138 die Unterhaltung der Gemeindestraßen soll künftig als Ergänzungszuweisung im Finanzaus-
3139 gleich verankert und nach Länge der Gemeindestraßen verteilt werden. Die Investitionspau-
3140 schale wollen wir beibehalten und in sie auch die anteilige Finanzierung des Landes an den
3141 kommunalen Aufwendungen für die Abschreibungen integrieren.

3142 Der Städte- und Gemeindebund hat nach einer Umfrage, an der sich 77 Städte und Gemein-
3143 den beteiligt haben, einen Sanierungsbedarf von rund 114 Mio. Euro ermittelt. Wir wollen
3144 einen **Schwimmbadfonds** auflegen, damit die Kommunen die Aufgabe stemmen können. Für
3145 die Kommunen wollen wir verbindliche Regelungen der Erstattung der tatsächlich anfallenden
3146 Kosten in Verbindung mit zu erfüllenden Qualitätsstandards für die Unterbringung und Be-
3147 treuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Mit Blick auf die Finanzbeziehungen von Bund
3148 und Ländern tritt DIE LINKE hierbei für eine deutlich stärkere Bundesbeteiligung ein.

3149
3150 Mit der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfes soll sich künftig eine vom Landtag einge-
3151 setzte Gemeindefinanzkommission befassen. Die Verteilung der Finanzausgleichsmittel muss
3152 den Aufgaben und Belastungen folgen.

3153 Die Kommunen müssen von restriktiven Regeln der Haushaltsaufstellung und Haushaltskon-
3154 solidierung befreit werden. Die Vorschrift, wonach bei fehlendem Ausgleich des Finanzhaus-
3155 haltes bereits ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen ist, muss abgeschafft wer-
3156 den. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen hat dazu geführt, dass die Kom-
3157 munen erhebliche Defizite vor sich herschieben. Deshalb sollten sie zum einen von ihren Alt-
3158 schulden entlastet werden. In der Haushaltskonsolidierung sind nur gegenwärtige strukturelle
3159 Defizite und die Fehlbeträge der vergangenen drei Jahre anzurechnen. Für die verbleibenden
3160 Altfehlbeträge wollen wir die Möglichkeit der Umschuldung in einen Landesfonds anbieten, in
3161 welchem diese auf eine Frist von 30 bis 50 Jahren zurückgezahlt werden sollen. Dabei wollen
3162 wir mit Zins- und Tilgungshilfen zusätzliche Anreize setzen.

3163

3164 **Unsere Anforderungen an den Bund**

3165

3166 DIE LINKE fordert eine Gemeindefinanzreform, die eine Neuausrichtung der Steuerverteilung
3167 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend der gesamtstaatlichen Aufgabenver-
3168 teilung zum Gegenstand hat. Die Gewerbesteuer muss dringend reformiert und als Gemein-
3169 dewirtschaftssteuer gestaltet werden. Für die Landkreise fordern wir eigene Anteile an den
3170 Gemeinschaftssteuern, zum Beispiel der Umsatzsteuer.

3171

3172 Sachsen-Anhalt sollte bei der Grundsteuer keinen Sonderweg gehen, sondern die Vorausset-
3173 zungen für die Umsetzung des reformierten Bundesgesetzes schaffen. Die „Aufkommens-
3174 neutralität“ kann vor dem Hintergrund des grundgesetzlich gesicherten Hebesatzrechtes der
3175 Gemeinden nicht durch landesrechtliche Bevormundung, sondern nur durch eine angemesse-
3176 ne Finanzausstattung erreicht werden.

3177

3178 **Steuergerechtigkeit, die wir meinen**

3179

3180 Wir wollen das Einkommensteuerrecht umgestalten. Wer weniger als 5.600 Euro pro Monat
3181 zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr versteuern muss, wird belastet. Dies erreichen
3182 wir durch eine Änderung des Steuertarifs. Der Grundfreibetrag wird auf 9.300 Euro erhöht, so
3183 dass mindestens ein Bruttolohn in Höhe von 12.000 Euro im Jahr steuerfrei bleibt. Der Spit-
3184 zensteuersatz wird auf 53 Prozent (ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von
3185 65.001 Euro) angehoben. Der sogenannte Mittelstandsbauch wird beseitigt, indem die Steu-
3186 erbelastung bis zum Spitzensteuersatz linear ansteigt. Letzteres senkt nicht nur die Steuerbe-
3187 lastung von mittleren Einkommen, sondern schwächt zugleich die sogenannte kalte Progres-
3188 sion ab.

3189

3190

3191 **Teil VIII: Ohne Frieden ist alles andere nichts: Nein zum Krieg! Nein zur Rüstung!**

3192

3193 In einer Zeit wachsender Kriegsgefahren ist DIE LINKE die Partei des Friedens. Alle westlichen
3194 Angriffskriege wie im Irak (1991/92 und 2003), in Jugoslawien (1995), Afghanistan (seit
3195 2001), die Intervention in Libyen (2011) und das Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg (seit
3196 2012) wurden mit dem Schutz der Menschenrechte und der Einführung der Demokratie be-
3197 gründet. Sie dienten jedoch nur machtpolitischen Zielen und haben Not, Elend und Flücht-
3198 lingsströme vergrößert. Seitdem hat die Kriegsgefahr nicht abgenommen.

3199

3200 Unsere Botschaft bleibt deswegen: Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können kei-
3201 ne Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Die Aussetzung der Umsetzung des Vertrages
3202 über Konventionelle Streitkräfte in Europa durch Russland im Jahre 2007, die Außerkraftset-
3203 zung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme durch die USA stehen ebenso für
3204 eine Rückkehr zum Wettrüsten, wie auch das NATO-Ziel, zwei Prozent des BIP für Militäraus-
3205 gaben zu verschwenden. DIE LINKE lehnt eine Steigerung der Rüstungsausgaben wie auch
3206 eine weitere Ausdehnung der NATO nach Osten ab. Sachsen-Anhalt muss im Bundesrat eine
3207 deutliche Stimme für die Entspannung und die friedliche Kooperation mit Russland sein. Die
3208 Bundesregierung muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Das bedeutet
3209 auch, dass die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

3210

3211 **Bundeswehr in Sachsen-Anhalt reduzieren**

3212

3213 Dass die Bundeswehr in Sachsen-Anhalt wieder die Truppenstärke wie vor der Bundeswehrre-
3214 form 2011 hat, ist für uns kein Grund zur Freude. Die Standorte sind Teil der Militarisierung
3215 der deutschen Außenpolitik. Sie sind damit auch Teil eines gefährlichen Bedrohungsszenari-
3216 ums, vor allem gegenüber Russland. Wir unterstützen auch weiterhin die Proteste das Ge-
3217 fechtsübungszentrum Schnögersburg (Altmark), das ausdrücklich zur Vorbereitung von
3218 Kriegseinsätzen der Bundeswehr und ausländischer Streitkräfte dient. Der Truppenübungs-
3219 platz im Zeitzer Forst sollte geschlossen werden. Anlässlich des 30. Jahrestages der deut-
3220 schen Einheit ist daran zu erinnern, dass eine zentrale Forderung der DDR-Friedensbewegung
3221 die Schließung des Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide war. Diesem Erbe der
3222 friedlichen Revolution von 1989 fühlen wir uns auch weiter verpflichtet. Die militärische Nut-
3223 zung des Flughafens Leipzig/Halle lehnen wir ab.

3224

3225 **Solidarität statt Ellenbogen**

3226

3227 Gerade die Corona-Krise hat uns doch vor Augen geführt, dass wir uns für gesellschaftlichen
3228 Zusammenhalt oder für den Sieg des Egoismus zu entscheiden haben. Niemand lebt ohne
3229 Eigeninteresse, aber auch keiner nur für sich allein. Das Wesen unserer künftigen Gesell-
3230 schaft wird maßgeblich davon geprägt sein, wie die Kosten der Krise verteilt werden.

3231

3232 DIE LINKE will eine gerechte Lastenverteilung. Wer Millionen hat, kann Tausende zahlen. Wer
3233 wenig hat, darf nach der Krise nicht noch weniger haben. Diese Forderung vertreten wir
3234 schon lange, nicht erst seit Corona. Jetzt aber haben wir die Chance, die sozialen Ungerech-
3235 tigkeiten zu überwinden.

3236

3237 Wir wollen das Land verändern. Gegen soziale Ungerechtigkeit können wir gemeinsam vieles
3238 tun. Deshalb werben wir für Solidarität statt Ellenbogen.

3239